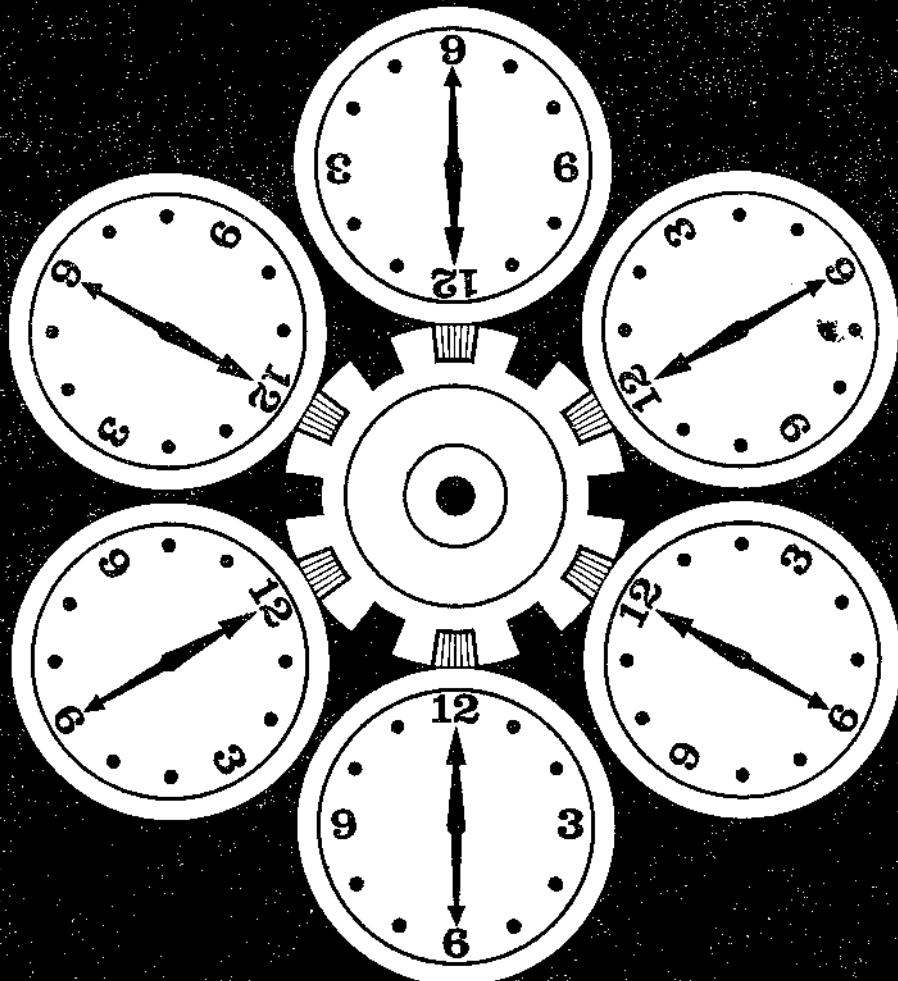


Blick auf die Zeit

Ganz typische IDEAL-STANDARD-Maßzeit...



Stimmt Deine Zeit?

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

23. Jahrgang / Heft 3/4

März-April 1968

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Ein Programm im Interesse des Volkes	2
Zu den „Perspektiven“ des SPD-Parteivorstands	6
Zum Aktionsprogramm der CDU	10
Die demokratische Alternative zur inneren Staatsreform	15
Gemeinsam gegen Neonazismus und NPD	19
Die Gutachter und der gewerkschaftliche Kampf	24
Rolle und Bedeutung der Frauen in der Arbeiterbewegung	28
Auf dem Weg zur sozialistischen Verfassung	32
Vietnam-Krieg ruiniert den Dollar	36
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet	41
Berichte, Dokumente, Tatsachen	43
Für die Mappe des Propagandisten	47
Tatsachen aus der DDR	50
Das neue Buch	52

Zur Veröffentlichung des Programmentwurfs der KPD

Ein Programm im Interesse des Volkes

von MAX REIMANN

Unsere Partei hat den Entwurf eines Programms veröffentlicht. Sie stellt damit ihr hohes Verantwortungsbewußtsein für eine friedliche und demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik, für das Wohl der Arbeiterklasse und aller Werk-tätigen, für ihre glückliche Zukunft unter Beweis. Nach fast zwölfjährigem wiederrechtlichem Verbot der KPD zeugt der Programmentwurf von der ungebrochenen Kraft und Siegeszuversicht unserer Partei und dokumentiert, daß sie ein wichtiger, für das Volk unentbehrlicher Faktor im politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik ist.

Der Beschuß der 10. Tagung unseres Zentralkomites, den Entwurf eines Programms auszuarbeiten, entsprach einem dringenden Erfordernis. Ein Programm ist für das eimütige Handeln unserer Partei gegen Imperialismus und Militarismus, für eine friedliche und demokratische Bundesrepublik von gewaltiger Bedeutung und gibt ihr eine feste Basis für ihre Tätigkeit. Ein Programm erlaubt allen Genossen, die Politik unserer Partei besser und überzeugender in der Arbeiterklasse und allen werktätigen Schichten zu vertreten. Es gewinnt um so mehr an Gewicht zu einem Zeitpunkt, da sich die Rolle und Verantwortung der KPD als einzige marxistisch-leninistische Partei in der Bundesrepublik aufgrund der politischen Situation in unserem Land bedeutend erhöht hat.

Die Bundesrepublik ist an einem Schnittpunkt ihrer Entwicklung angelangt. Die Nachkriegsperiode ist zu Ende. In der Bundesrepublik hat sich durch die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des Staates das staatsmonopolistische System voll herausgebildet. Der deutsche Imperialismus und Militarismus hat seine Positionen in Westeuropa und in der NATO, gestützt auf ein starkes wirtschaftliches und militärisches Potential, ausgebaut. Jetzt stellt er seine Großmachtansprüche immer herausfordernder und bedroht erneut das Leben unseres Volkes und den Frieden in Europa. Er konzentriert alle seine Kraft auf die Schaffung der

wirtschaftlichen und innenpolitischen Grundlagen für seine auf die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, vor allem gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete Revanchepolitik. Der Neonazismus breitet sich aus und tritt immer aggressiver auf. Die maßlosen Rüstungsausgaben lasten wie ein Alpdruck auf den Werktätigen und vermindern zusehends den errungenen Lebensstandard. Die verbliebenen demokratischen Rechte des Volkes sind durch die von den herrschenden Kreisen angestrebte Errichtung einer Notstandsdiktatur aufs höchste gefährdet.

Obwohl sich die Irrealität der vom Monopolkapital und seiner Partei, der CDU/CSU, seit zwei Jahrzehnten verfolgten Politik der Stärke angesichts des realen Kräfteverhältnisses längst erwiesen hat, wird sie — wenn auch

Wie soll es in der Bundesrepublik weitergehen?

Als einzige Partei in der Bundesrepublik gibt unsere Partei mit ihrem Programmentwurf darauf eine klare Antwort. Ausgehend von einer tiefshürfenden marxistisch-leninistischen Analyse der Lage in der Bundesrepublik werden darin eine richtige Strategie und Taktik entwickelt und die entscheidenden Fragen der nächstliegenden Etappe sowie der sozialistischen Perspektive beantwortet. Er soll vor allem der Arbeiterkasse als entscheidendste Kraft helfen, Klarheit über die gegenwärtige Situation sowie über die Möglichkeiten und den Weg zu gewinnen, wie eine politische Wende zugunsten des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts in der Bundesrepublik herbeigeführt werden kann.

Unser Zentralkomitee ließ sich bei der Ausarbeitung des Programmentwurfs von dem Hinweis Lenins leiten, „daß es für die klassenbewußten Arbeiter keine wichtigere Aufgabe gibt, als die, die Bewegung ihrer Klasse, ihr Wesen, ihre Ziele und Aufgaben, ihre Bedingungen und praktischen Formen zu erkennen. Denn die ganze Stärke

mit veränderten Methoden — mit Unterstützung sozialdemokratischer Minister verstärkt fortgesetzt. Das hat die sozialen und politischen Widersprüche verschärft und wird sie unvermeidlich weiter zuspitzen. Niemals zuvor ist die tiefe Kluft zwischen der verderblichen Politik der herrschenden Kreise und ihrer Regierung und den Interessen des arbeitenden Volkes in der Bundesrepublik so offensichtlich zutage getreten wie heute. In der Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften und in der SPD, in der Jugend und in der Intelligenz wächst die Unzufriedenheit mit dem politischen und wirtschaftlichen Kurs der Großen Koalition. Immer nachdrücklicher wird die Forderung nach einer Neuorientierung der Politik, immer lebhafter wird das Interesse für die Frage: Wie soll es in der Bundesrepublik heute und in der Zukunft weitergehen?

der Arbeiterbewegung liegt in ihrer Bewußtheit“.¹⁾

In diesem Sinne bringt der Programmentwurf die wirklichen, ureigenen Interessen der Arbeiterkasse konsequent und vollständig zum Ausdruck. Er trägt zur Herausbildung und Festigung ihres Klassenbewußtseins, zur Stärkung ihrer Kampfpositionen und zur Schaffung ihrer Aktionseinheit bei. Er gibt darüber hinaus allen von den Monopolen ausgebütteten und unterdrückten Schichten der Bevölkerung, den Bauern, Handwerkern, Gewerbetreibenden, kleinen Unternehmern und der Intelligenz eine klare Perspektive an der Seite der Arbeiterkasse. Der Programmentwurf zeigt unserer Jugend, wie sie eine frohe, gesicherte Zukunft, frei von Militarismus, Neonazismus und Unterdrückung, gewinnen kann.

Wir wollen hier nicht den ganzen Programmentwurf ausführlich erläutern; das habe ich in meiner Rede auf der 11. Tagung unseres Zentralkomitees bereits getan.²⁾ Das muß auch in weiteren Beiträgen geschehen. An dieser Stelle möchte ich nur kurz das strategische Ziel unsres Kampfes umreißen, wie es im Programmentwurf exakt und klar formuliert worden ist.

In einem Moment, wo die Arbeiter, die Jugend, die Studenten und andere

¹⁾ W. I. Lenin, Gesamtwerke, Bd. 20, S. 323.

²⁾ Siehe „Wissen und Tat, Sondernummer 1/1968“

Schichten der Bevölkerung in Bewegung geraten und zu Kampfaktionen übergehen, müssen wir Kommunisten dabei nicht nur eine aktive, mobilisierende Rolle spielen, sondern zugleich in der Lage sein, die Frage nach dem Inhalt, den Aufgaben und Zielen dieser Aktionen richtig zu beantworten und das Verständnis für sie möglichst weit zu verbreiten. Das geschieht in unserem Programmentwurf, der damit, ohne bevormunden zu wollen, der Erziehung und Organisierung der Arbeiterklasse und aller progressiven Kräfte und ihrem gemeinsamen Auftreten dient.

Im Entwurf werden zunächst die Grundzüge der Nachkriegsentwicklung, die wichtigsten Elemente der Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik analysiert. Die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung mündet ein in den Nachweis, daß die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus in der Bundesrepublik gegeben sind, daß der Sozialismus im historischen Sinn die Perspektive der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik ist. Zugleich wird deutlich gemacht, daß die subjektiven Bedingungen, der politisch-ideologische Reifegrad und die Organisiertheit der Arbeiterklasse für den unmittelbaren Kampf um eine sozialistische Umwälzung in der Bundesrepublik gegenwärtig noch nicht gegeben sind.

Heute steht der Kampf für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen und sozialen Rechte und die demokratische Umgestaltung der Bundesrepublik im Sinne eines Staates der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens auf der Tagesordnung. Im Programmentwurf wird dargelegt, daß die demokratische Umgestaltung der Bundesrepublik auf

dem Boden des Grundgesetzes durchführbar und gleichzeitig für den weiteren Schritt vorwärts, für die Heranführung der Werktäglichen an die sozialistische Umwälzung, notwendig ist. Wir schieben folglich, um mit den Worten Lenins zu sprechen, die sozialistische Umwälzung nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr, auf die einzige mögliche Weise und auf auf dem einzigen richtigen Wege, nämlich auf dem Weg der demokratischen Umgestaltung.

Nur im Kampf um die Verhinderung einer Notstandsdiktatur, gegen Revanchismus und Neonazismus, für die Verteidigung und Erweiterung demokratischer und sozialer Rechte, für die Mitbestimmung und für eine tiefgehende demokratische Umgestaltung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt, kann sich das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse entwickeln und der Boden für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik bereit werden. Dieser Zusammenhang zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus, zwischen dem strategischen Ziel und dem Endziel, der sich aus unseren eigenen und den gesamten Erfahrungen und theoretischen Verallgemeinerungen der internationalen kommunistischen Bewegung seit dem VII. Weltkongreß herleitet, prägt das Wesen unseres Programmentwurfs. Der Entwurf verbreitet keine Illusionen. Er knüpft an die brennendsten Fragen, die vor der Arbeiterbewegung stehen, an die Forderungen und Vorstellungen der Gewerkschaften, der verschiedensten demokratischen Bewegungen und der Jugend an und wirkt auf die Einigung und das Bündnis aller Volkskräfte hin. Er ist ein reales Kampsprogramm, das auf der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus beruht. Darin liegt seine Stärke.

Zwei Konzeptionen — zwei Wege

In den letzten Wochen sind verschiedene Parteien mit programmatischen Dokumenten hervorgetreten. Die CDU hat für ihren Parteitag im September den „Entwurf für ein Aktionsprogramm“, und die SPD für ihren Parteitag Ende März eine programmatische Plattform veröffentlicht. Das ist

kein Zufall, sondern das unvermeidliche Resultat der stärker werdenden Kritik des Volkes und der Jugend an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und an der Politik der Großen Koalition. In beiden Dokumenten wird daher mit der Absicht, dieser Kritik entgegenzuwirken, der Eindruck

zu erwecken versucht, als ginge es um die Lösung dringender gesellschaftlicher und sozialer Probleme. In Wirklichkeit macht man einen Bogen um die großen politischen und gesellschaftlichen Grundfragen, vor denen die Bundesrepublik gegenwärtig steht. Kennzeichnend für beide Dokumente ist, daß sie in dem Ziel übereinstimmen, das monopolkapitalistische System zu festigen und es auf die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus vorzubereiten.

Die CDU vertritt in ihrem Aktionsprogramm die alte, unrealistische Politik der Stärke. Sie wendet sich gegen Abrüstung und Rüstungskontrolle, hält am aggressiven Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR und an der NATO als Basis der Politik der Stärke fest. In drei Kapiteln unterbreitet sie demagogische Vorschläge auf dem Gebiet der Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik nach dem Motto: „Für jeden etwas.“ Sie erinnern an Wahlversprechungen vergangener Jahre, von denen kein Wort wahr geworden ist.

Die SPD-Führung veröffentlichte unter dem Eindruck der wachsenden Unzufriedenheit unter den sozialdem-

Jetzt müssen die Weichen für die Zukunft gestellt werden!

Unser Programmentwurf unterscheidet sich grundsätzlich von den programmatischen Plattformen der CDU und der SPD. Diese befassen sich fast ausschließlich mit der Zukunft. Wir Kommunisten dagegen gehen davon aus, daß die Weichen für das, was sich im nächsten Jahrzehnt entwickeln soll, heute gestellt werden müssen. Das in unserem Entwurf enthaltene Sofortprogramm unterbreitet daher konkrete Vorschläge, wie durch das Zusammenwirken der Volkskräfte eine Notstandsdiktatur verhindert, die reaktionäre und neonazistische Entwicklung aufgehalten und der Bundesrepublik Frieden, Demokratie, sozialer und gesellschaftlicher Fortschritt gesichert werden können.

Die programmatischen Plattformen der CDU und der SPD haben die Unveränderlichkeit der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, ihre Zementierung zum Inhalt. Soweit sie Vorschläge unterbreiten, handelt es sich darum,

kratischen Wählern, in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei „Sozialdemokratische Perspektiven für die siebziger Jahre“. Hauptinhalt dieses Dokuments ist der Versuch, den wahren Charakter des staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Aggressivität und die ungeheure Ausbeutung des Volkes durch die Monopole zu verschleiern. Aber gleichzeitig versuchen die sozialdemokratischen Führer den Eindruck zu erwecken, als ob sie eine Politik verfolgen, die sich etwas von der CDU abhebe, als ginge es ihnen darum, der SPD wieder ein klareres Eigenprofil zu geben. In dieser Richtung werden eine Menge Sachvorschläge unterbreitet, die aber in ihrer Gesamtheit unerfüllbar bleiben, solange die Führung der SPD an der Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU festhält. Charakteristisch für diese Plattform ist, daß sie allen entscheidenden aktuellen Gegenwartsfragen der Innen- und Außenpolitik, der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausweicht, und, wie einer der Verfasser dieses Dokuments, Ehmke, erklärt hat, nur dazu dient, die Abwanderung von Anhängern der SPD nach links aufzuhalten.

das monopolkapitalistische System leistungsfähiger zu machen für mehr Rüstung und höheren Profit, während für das arbeitende Volk nur Opfer bleiben.

Wir dagegen sagen in unserem Programm entwurf, daß keine der Lebensfragen der Bundesrepublik auf die Dauer lösbar ist, wenn nicht die Macht der Monopole über Staat und Wirtschaft gebrochen und die Machtverhältnisse durch eine demokratische Umgestaltung mit dem Ziel verändert werden, dem arbeitenden Volk den maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke unseres Landes zu sichern. Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem kann zurückgedrängt und schließlich überwunden, die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens kann erreicht werden, wenn sich die Arbeiter und alle von den Monopolen ausgebeuteten Volkschichten in einem breiten Kampf-

bündnis zusammenfinden. Dazu weist unser Programmentwurf den Weg. Unser Programm ist ein Programm im

Interesse des gesamten werktätigen Volkes. Darin liegt seine werbende und mobilisierende Kraft.

Studieren, diskutieren, Vorschläge formulieren!

Jetzt steht vor jedem Genossen unserer Partei die Aufgabe, den Programmentwurf aufmerksam zu studieren. Jeder soll über seinen Inhalt nachdenken, sich ein Urteil bilden und Vorschläge machen. Zugleich gilt es jede Möglichkeit zu nutzen, um unseres Programmentwurfs in der Öffentlichkeit zu propagieren. Wir wollen, daß jeder weiß, was die Kommunistische Partei Deutschlands ist und was sie strebt. Das soll mit unserem Programmentwurf geschehen. Damit widerlegen wir zugleich die von unseren Gegnern verbreiteten Lügen und Verleumdungen über die politischen Grundsätze und Ziele unserer Partei.

Wir wollen mit unserem Programmentwurf eine breite politische und ideologische Diskussion entfalten, an der sich alle, ob Kommunist oder nicht, beteiligen. Alle Ansichten sollen zu Worte kommen, vor allem wollen wir den Entwurf mit vielen Arbeitern, Ge-

werkschaftern und Sozialdemokraten diskutieren und ihre Meinung erfahren. Das Interesse für die Entwicklung der Bundesrepublik ist, wie eingangs bemerkt, in breiten Bevölkerungskreisen lebhafter geworden und gerade eine solche Belebung schafft für die breite Erörterung unseres Programmentwurfs günstige Bedingungen.

Wir sind überzeugt, wenn alle Kommunisten mit unserem Programmentwurf in der Öffentlichkeit auftreten, dann wird er dazu beitragen, den Einfluß unserer Partei in der Arbeiterklasse, unter den Bauern, unter den städtischen Mittelschichten, in der Jugend und in der Intelligenz zu stärken. Er wird der Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots neuen Auftrieb geben und uns neue Mitglieder gewinnen. Das ist zugleich die beste und würdigste Vorbereitung des bevorstehenden 50. Jahrestages der Gründung der KPD.

Zu den „Perspektiven“ des SPD-Parteivorstandes VON JOSEF SCHLEIFSTEIN

I.

Der Vorstand der SPD hat im Januar den Entwurf „Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“ vorgelegt, über die der SPD-Parteitag Ende März entscheiden soll. Gedacht sind diese „Perspektiven“ als ein programmatisches Dokument, mit dem die Autoren eine ganze Reihe von Absichten verfolgen.

Zunächst soll der Entwurf die durch die Praxis rechter SPD-Führer in der „Großen Koalition“ hervorgerufene Unzufriedenheit vieler Mitglieder und Wähler der SPD auffangen und beseitigen. Die für den Koalitionskurs verantwortliche Parteispitze will der Kritik begegnen, daß ihre Politik die SPD des eigenen Profils beraubt und so zu einem wachsenden Vertrauenschwund bei den Anhängern geführt habe. Noch geraume Zeit vor den Bun-

destagswahlen soll vor der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, als verfüge der SPD-Vorstand über eine Alternative zur CDU/CSU.

Zugleich ist die SPD-Führung bemüht, des tiefen Unbehagens in weiten Bevölkerungsschichten, besonders unter der Jugend, das Gefühl der Unge- wißheit und der Perspektivlosigkeit mit dem großen Versprechen eines für die Zukunft berechneten, gesellschafts-politische Vorschläge einschließenden, „perspektivischen“ Programms zu beruhigen und so als eine „moderne“, „fortschrittliche“ Kraft zu erscheinen.

Für die Flut der Programme, sowohl der großbürgerlichen Parteien wie der SPD, gibt es nicht zuletzt objektive, in der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik liegende Gründe. Dahinter steht

die Notwendigkeit für die herrschenden Kreise der Großindustrie und der Großbanken, sich darüber klar zu werden, wie man heute und in den kommenden Jahren den „Herausforderung“ des Sozialismus — besonders der DDR — begegnen, wie man den verschärften Konkurrenzkampf mit den anderen kapitalistischen Industriestaaten bestehen, wie man alle Kräfte und Mittel für die angestrebten Großmachtziele konzentrieren kann. Hier liegt der eigentliche gemeinsame Kern dieser Programme. Das andere ist Beiwerk, demagogische Einkleidung für den Konsum der Anhänger und

Wähler. Dennoch dürfen wir uns nicht täuschen: die in den „Perspektiven“ enthaltenen Versprechungen auf dem Gebiete der Sozial-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die Beteuerungen einer Friedens- und Entspannungspolitik, der Abschnitt über die Mitbestimmung werden nicht wenige Sozialdemokraten irreführen. Umso notwendiger wird es sein, ihnen überzeugend den wahren Sinn und Inhalt der „Perspektiven“ zu erläutern. Das aber wird jedem Kommunisten außerordentlich erleichtert durch die kürzlich erfolgte Veröffentlichung des Programmewurfs unserer Partei.

II.

Sehen wir uns die „Perspektiven“ des SPD-Vorstands näher an. Dabei kann hier nur der programmatiche Teil „Die Politik der SPD im Übergang zu den siebziger Jahren“ behandelt werden.

Die rechten Führer der SPD beteuern, die Erhaltung des Friedens solle „oberstes Gesetz der Politik der Bundesrepublik bleiben“. Aber war und ist sie es denn? Was haben der Alleinvertretungsanspruch, die Nichtanerkenntnung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, der Drang nach Atomwaffen, die Weigerung, die maßlosen Rüstungsausgaben zu senken, auf die Abrüstungsvorschläge der DDR, auf die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einzugehen — was hat das alles mit einer Friedenspolitik zu tun? Es ist das gerade Gegenteil, die alte gefährliche, aggressive Großmachtpolitik, für die die SPD-Minister neben Kiesinger, Strauß und Schröder die volle Mitverantwortung übernommen haben.

Kein einziges dieser gefährlichen Ziele wird in den „Perspektiven“ aufgegeben, kein einziger greifbarer Vorschlag für eine wirkliche Entspannungspolitik gemacht — wenn man absicht von der Bejahung eines Atomwaffensperrvertrages, dem in der Praxis Brandt und Wehner gemeinsam mit Kiesinger und Strauß jeden nur denkbaren Widerstand entgegensezten. Kein Wort über die Regierungspraxis der „nuklearen Komponente“ für die Bundeswehr (Schröder), kein Wort über die atomaren Trägerwaf-

fen. Statt dessen ein Bekenntnis zur NATO und der nur schamhaft verhüllte Alleinvertretungsanspruch.

Diese Verhüllung der eigentlichen Ziele und der politischen Praxis ist auch charakteristisch für alles, was über das Verhältnis zur DDR gesagt wird. Was soll das Wort von der Entkrampfung, wenn man nicht bereit ist, den bösartigen Krampf, den Alleinvertretungsanspruch, aufzugeben? Wenn man nicht endlich die Souveränität des anderen und die Notwendigkeit normaler, gleichberechtigter Beziehungen anerkennt? Was soll ein Angebot des Gewaltverzichts, wenn man nicht bereit ist, es durch ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen zweier souveräner Staaten deutscher Nation zu verankern?

Und was ist der Satz wert, auch ein begrenzter Krieg „verwüste die Gewissen“, wenn die verbrecherische Aggression des USA-Imperialismus gegen Vietnam mit keinem Wort verurteilt, in der Praxis vielmehr durch die Regierung Kiesinger-Brandt materiell und politisch in jeder Weise unterstützt wird? Wem nützt ein noch so schön klingendes Bekenntnis zur Überwindung von Hunger und Rückständigkeit in der „Dritten Welt“, wenn sich dahinter die neokolonialistische Praxis der Unterstützung aller reaktionären und rassistischen Regimes von Südkorea bis Südafrika, der Militärdiktatur in Griechenland, der portugiesischen Kolonialherren, aller imperialistischen Aggressionen verbirgt?

Das alles hat — führt man die schönen Worte auf ihre wahre Bedeutung und auf die Regierungspraxis der

„Großen Koalition“ zurück — mit einer Friedenspolitik nicht das mindeste zu tun.

III.

Auch in den innen- und bildungspolitischen Fragen wenden die Verfasser der „Perspektiven“ die gleiche Methode an. Sie stellten Wechsel auf Reformen in der Zukunft aus; aber schweigen über die gemeinsam mit der CDU/CSU betriebene Praxis in der Gegenwart. Und die Zukunftswechsel sind obendrein nicht einlösbar, weil das sowohl materiell wie politisch durch die Realität des Rüstungskurses, der Notstandsplanung, des Sozialabbaus unmöglich wird. Alles das erinnert fatal an die Wahlversprechungen von 1965, die vom eisigen Wind der wirtschaftlichen und finanziellen Krise nur allzu bald hinweggefegt wurden.

Man verspricht „soziale und politische Reformen“ und gesellschaftspolitische Vorsorge, damit die Strukturveränderungen nicht zu „sozialer Unsicherheit und Not“ führen. Aber wie soll das erreicht werden? Da die rechten SPD-Führer nicht bereit sind, die Vergedung von Milliarden für eine sinnlose Rüstung zu beenden, sondern im Gegenteil eine „Explosion“ der Rüstungsausgaben ankündigen (SPD-Presse, Ende Januar); da sie gar nicht daran denken, die wirtschaftliche und politische Macht der Monopole einzuschränken und ihre Riesenprofite zu beschneiden, müssen alle Versprechungen hohl klingen.

Es ist kein Zufall, daß die „Perspektiven“, die in allen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen so allgemein und dunkel bleiben wie nur irgend möglich, dort ein bestimmtes Maß an Konkretheit erreichen, wo sie auf Wissenschaft, Forschung und Bildung zu sprechen kommen. Denn hier geht es um Dinge, die die herrschenden Kreise der Bundesrepublik im ursprünglichen Interesse ihres Systems und ihres Profits, im Kampfe gegen ihre Konkurrenten auf keinen Fall länger vernachlässigen können. Hier wollen sie und müssen sie mehr Mittel investieren, wie ja bereits im letzten Bundeshaushalt die Gelder für Forschung und Wissenschaft (wesentlich für militärische Zwecke) beträchtlich erhöht

wurden. Auch auf dem Felde der Bildung wird man — wenn auch zu spät und zu wenig — einiges tun müssen.

Aber auf das, was die Arbeiter und alle Werktagen im Zusammenhang mit Bildung und Wissenschaft interessieren muß, werden sie in den „Perspektiven“ vergeblich nach Antwort suchen. Die auf dem Papier ja längst proklamierte Chancengleichheit für Arbeiterkinder kann nur real werden bei ausreichenden Studienbeihilfen schon in den Oberschulen und bei einer grundsätzlichen Veränderung der Schulstruktur. Kein Wort darüber in den „Perspektiven“.

Kein Wort auch über die reaktionären gesellschaftlichen und politischen Inhalte im Unterricht, über den Ungeist des Militarismus und Nationalismus. Nichts darüber, wofür die Ausgaben für Forschung und Wissenschaft verwandt werden, womit die gesellschaftlichen Aufwendungen dafür zugute kommen sollen. Ein Sozialdemokrat, der darauf Antwort haben will, wird zum Programmentwurf der KPD greifen müssen.

Darüber hinaus bleibt in den „Perspektiven“ offen, woher denn nun die Mittel für eine radikale Überwindung des „Bildungsdefizits“ kommen sollen. Vor fast 10 Jahren, als der Rüstungshaushalt noch nicht halb so groß war, sah die SPD einen Weg: 1 bis 2 Milliarden weniger für die Rüstung. Heute wollen Wehner und Brandt die „Rüstungsexplosion“ mit der „Bildungsexplosion“ vereinbaren. Wie das? Durch Konsumverzicht, durch höhere Steuern, durch Zwangssparen, durch weitere soziale Demontage? Da muß man sich die Aufrichtigkeit der offenen Apostel des Großkapitals loben (vgl. den Jahresrückblick des Wirtschaftsredakteurs der „Welt“, R. Herlt, und den „Bayern-Kurier“), die keinen Hehl daraus machen, daß vermehrte Anstrengungen in der Rüstung, der Atomforschung, der Raum- und Luftfahrt, der eigenen Computerindustrie usw. den „Konsumverzicht“ des Volkes, Opfer für die „nationale Idee“ verlangen.

In den „Perspektiven“ wird auch die bekannte Forderung nach der „informierten Gesellschaft“ erhoben. Die Verfasser sind zu vornehm, um zu sagen, wie das bei einer „Bild“-Auflage von 4,5 Millionen möglich werden soll, aber sie beklagen sogar (als politisch gefährlich) die Aufrechterhaltung „zahlloser Tabus“, die mit den Realitäten „nicht übereinstimmen“.

Da ist es schwer, keine Satire zu schreiben. Wer hindert Brandt, Wehner und die anderen SPD-Minister eigentlich daran, diese unheilvollen „Tabus“ zu durchbrechen und dem Volke dreißig Jahre nach dem Kriege endlich die Wahrheit zu sagen über diese Realitäten? Über die Abenteuerlichkeit des Allvertretungsanspruchs z. B., oder über den Wahnwitz, die im Ergebnis der Hitler-Aggression entstandenen Grenzen ändern zu wollen. Diese „Tabus“ sind doch offensichtlich unentbehrliche Requisiten einer irrationalen Politik, für die sie die volle Mitverantwortung übernommen haben.

In den „Perspektiven“ wird auch von einer „öffentlichen Kontrolle“ der Konzentration im Pressewesen gesprochen. Aber um das eigentliche Problem, die riesige Macht des erzreaktionären Springer-Konzerns wird ein großer Bogen gemacht, nicht ein konkreter Vorschlag wird unterbreitet, wie denn nun die Konzentration rückgängig zu machen und eine demokratische Kontrolle zu erreichen ist.

Besonders aufschlußreich sind jene Abschnitte, die sich mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen befassen. Da ist die Rede von der Verstärkung „öffentlicher Kontrollbefugnisse“ zur Verhinderung von „Konzentrationsvorgängen“ usw. Aber was soll eigentlich kontrolliert werden, zu welchem Zweck und in wessen Interesse? Seit fünfzehn Monaten sitzen SPD-Minister in der Regierung Kiesinger, Schiller ist Wirtschaftsminister. In dieser Zeit ist die Konzentration, sind die Fusionen rascher fortgeschritten denn je, wurde die Macht der Konzerne noch größer, erhielten die Großunternehmen in Form der „Konjunkturspritzen“ weitgehende Investitionshilfen. Noch nie waren großkapitalistische Profitinteressen und staatliche Wirtschaftspolitik so vollständig identisch wie

jetzt. Da diese Realität und diese Praxis nicht mit einem Wort in Frage gestellt wird, bleibt alles Reden über „Kontrolle“ leere und billige Versprechung, wie sie schon tausendmal gemacht und tausendmal gebrochen wurde.

Die Verfasser können nicht umhin, wenigstens ein Lippenbekenntnis zu der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung abzulügen. Aber da sie keine echte Mitbestimmung wollen, die den Arbeitern und den Gewerkschaften handfesten Einfluß in den Betrieben, überbetrieblichen und in der staatlichen Wirtschaftspolitik sichern würde, bleibt es bei der „Untersuchung“ durch Sachverständige und bei einem „Bericht“.

Man gibt sich gewerkschaftsfreudlich. Da aber die gesamte Praxis der „Großen Koalition“ den Gewerkschaften unablässig ins Gesicht schlägt — ihr Nein zu den Notstandsgesetzen mißachtet, die Sozialleistungen abgebaut, Preise, Mieten und Tarife weiter erhöht, ein faktischer Reallohnstopf dekretiert wird, während die Großunternehmer Investitionshilfen erhalten —, muß ein Zitat aus dem Godesberger Programm herhalten, um das Unbeweisbare zu beweisen: daß man es mit den Gewerkschaften gut meint.

Wie Hohn muß das Versprechen auf Vermögensbildung in Arbeiterhand klingen. Nach einem Krisenjahr, in dem nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch Millionen beschäftigte Arbeiter und Angestellte eine oft schmerzliche Einkommensminderung hinnehmen mußten. Bei einer Wirtschaftspolitik, die durch „konzertierte Aktion“ eine Erhöhung der Reallöhne zu verhindern und sogar die Anpassung der Nominallöhne zu erschweren sucht, von „steigendem Volkseinkommen“, „wachsendem Lohn“ und von „Vermögensbildung“ zu sprechen — das läßt sich nur als Demagogie qualifizieren.

Bezeichnenderweise werden die „Perspektiven“ dort wieder konkret, wo es um die Funktionstüchtigkeit und die Leistungsfähigkeit des Staates und seiner Exekutive geht. Denn hier geht es um reale Interessen des Großkapitals, um die Straffung, die Modernisie-

lung seines Herrschafts- und Verwaltungsapparates. Alles, was hier vorgeschlagen wird (trotz einer demokratisch klingenden Phraseologie), dient der Stärkung der reaktionären Exekutive. Die Verfasser sind geradezu rührend besorgt um die „Steigerung der Wirksamkeit“ des bestehenden Systems durch Verbesserung und Rationalisierung aller technischen und organisato-

rischen Instrumentarien. Dagegen finden sie kein Wort zu den Notstandsgesetzen, über die gemeinsam mit vielen anderen Millionen Menschen sozialdemokratische Gewerkschafter beunruhigt sind, kein Wort über das seinem Wesen nach verfassungswidrige reaktionäre Mehrheitswahlrecht, über das sie mit den Führern der CDU/CSU kuhhandeln.

V.

Hinter allen Versuchen, durch zu nichts verpflichtende Radensarten und billige Versprechungen die Mitglieder und Wähler der SPD irrezuführen, bleibt als **Kern** der „Perspektiven“: Die rechten SPD-Führer wollen sich den Herren der Großindustrie und der Großbanken als eine absolut zuverlässige Kraft empfehlen, ja als eine Kraft, die die monopolkapitalistischen Interessen „moderner“, „effektiver“, mit größerer Aufgeschlossenheit für die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen wahrnimmt als die anderen.

Das ist kein Programm für die Arbeiter und für die anderen werktätigen Volksschichten. Keine einzige der dringenden Forderungen der Gewerkschaften und auch vieler sozialdemokratischen Organisationen ist darin berücksichtigt. Es ist ein Programm zur Fortsetzung der aggressiven Rüstungs- und Großmachtpolitik, der reaktionären Innen- und Sozialpolitik, ein Programm zur Fortführung der Großen Koalition.

Anhand unsres Programmentwurfs können wir den sozialdemokratischen Genossen zeigen, wie ein Programm aussehen muß, das dem arbeitenden Volk eine echte Alternative und den

Weg zu ihrer Erkämpfung zeigt. Im Programmentwurf unserer Partei wird nicht vage über eine Friedenspolitik geredet, sondern klar und konkret definiert, wie sie aussehen muß. Da werden keine leeren Versprechungen über die Sicherung der Arbeitsplätze, über Mitbestimmung, über soziale und politische Reformen gemacht, sondern präzise gezeigt, was echte Mitbestimmung beinhalten muß; welche wirtschaftspolitischen Sofortmaßnahmen und welche grundlegenden demokratischen Reformen in Wirtschaft und Staat notwendig sind, um die Macht des Monopolkapitals einzuschränken und dem arbeitenden Volk den maßgeblichen Einfluß zu sichern. Vor allem aber sagen wir dem Volke offen, daß jeder soziale und demokratische Fortschritt nur im harten Kampf gegen das herrschende Großkapital, gegen die ihm dienstbare Regierung zu erreichen ist und daß dieser Kampf heute beginnen muß mit der Abwehr der Notstandsgesetze, mit dem entschiedenen Widerstand gegen den Rüstungskurs und gegen den Neozasmus. Das den Sozialdemokraten zu erläutern, darin sollten alle Kommunisten ihre Verpflichtung sehen.

Zum Aktionsprogramm der CDU

von ERICH GLÜCKAU

Im Wandel der Zeiten

Die CDU hat den Entwurf für ein Aktionsprogramm, bestehend aus nicht weniger als 127 Punkten, herausgegeben. Vergleicht man dieses Aktionsprogramm mit allen Programmen der CDU der Nachkriegszeit — dazu muß man auch die speziellen Wirtschafts- und Wahlprogramme rechnen —, dann kann man zunächst eine Feststellung treffen: Immer fehlt der

Vergleich oder die Beziehung zu den vorausgegangenen Programmen; niemals wird auch nur die Frage gestellt, inwieweit programmatisch gefaßte Beschlüsse in die Wirklichkeit umgesetzt wurden. Und die zweite Feststellung, die man treffen muß, ist die: Aus jedem der Programme wird die einheitliche Linie der Monopolbourgeoisie sichtbar, die jeweils im Staat errungene Macht-

stellung zu nutzen, um ihre Positionen zu stärken und ihre Klassenziele zu realisieren. Insofern sind Programme der CDU Dokumente darüber, wie das Monopolkapital Schritt für Schritt seine Expansionspolitik nach innen und außen realisiert und dabei zugleich seine wirklichen Absichten vor den Massen tarnt. Diese Tarnung erfolgt je nach der Lage auf verschiedene Weise. Aber das Hauptmittel ist stets der Antikommunismus, gepaart mit Nationalismus und sozialer Demagogie.

All dies läßt sich anhand der Programme und anderer wichtiger Dokumente der CDU leicht nachweisen. Hier möge jedoch ein Beispiel genügen. Als am Ende des Hitlerkrieges die Monopolbourgeoisie am Boden lag, die Massen des Volkes nach einer Gesellschaftsordnung verlangten, durch die die Ursachen von Krieg und Faschismus beseitigt werden, wie das im Potsdamer Abkommen verbindlich festgelegt war, erschien das Ahlener Programm der CDU, dessen Kernsatz lautet: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozia-

len Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.“ Im gleichen Ahlener Programm wird auch erklärt, daß die Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen oder von Gesellschaften jede wirtschaftliche und politische Freiheit gefährdet. Als Schlußfolgerung hieraus wird die unmittelbare Vergesellschaftung der Bergwerke gefordert.

Wie in späteren Jahren der CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Meyers, zynisch eingestand, war mit dem Ahlener Programm nichts anderes verbunden, als die Absicht, den Menschen Sand in die Augen zu streuen, damit sie nicht sehen, wie die alten Kräfte sich wieder auf die Machtübernahme vorbereiteten.

Bei aller Unterschiedlichkeit in den Formulierungen und der Demagogie der CDU-Programme, angepaßt dem Wandel der Zeit, kam doch stets die Klassenlinie des Monopolkapitals zum Ausdruck. Darum heißt es auch im Entwurf des Programms der KPD: „Immer rücksichtloser vertrat vor allem die CDU/CSU, die führende Partei der großen Unternehmer, ihr sozialreaktionäres, demokratiefeindliches und militaristisches Programm.“

Warum gerade jetzt ein

In unserer Bevölkerung, besonders unter den Arbeitern, der Jugend, der Intelligenz, aber auch auf dem Lande und bei den städtischen Mittelschichten und selbst mittleren Unternehmern entwickelt sich ein Unbehagen über die gegenwärtige „Ordnung“, die immer größere Unsicherheit und Ungerechtigkeit hervorbringt. Die Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium, Hildgard Hamm-Brücher, formulierte auf dem Parlitag der FDP dieses Unbehagen mit den Worten: „Die vorhandenen Parteiprogramme locken keinen Hund hinter dem Ofen hervor.“ Diese liberale Frau nahm in ihrer Beurteilung auch die FDP nicht aus, deren Politik sie mit den Worten: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß“ kennzeichnete.

Im Entwurf des Programms der KPD sind diese Einschätzungen einer liberalen Bürgerin konkret und prinzipiell begründet. Es heißt da: „Ein

neues Aktionsprogramm?

tiefer Unbehagen breitet sich in unserem Lande aus. Vielen Bürgern erscheint die Gegenwart unsicher, die Zukunft ungewiß. Arbeiter und Angestellte, Angehörige aller werktätigen Schichten, vor allem unsere arbeitende und studierende Jugend beginnen an einem System zu zweifeln, in dem das Profit- und Machtstreben einiger Weniger als Maß aller Dinge, Richter über Leben und Tod des Volkes ist.“

Die herrschenden monopolkapitalistischen Kreise kennen natürlich diese Massenstimmung und schätzen auch die sich neu entwickelnden Aktivitäten all der Kräfte, die sich auf ein Zusammenwirken orientieren, als für die bestehende Ordnung gefährlich ein. Es ist darum nicht zufällig, daß gerade jetzt die Bonner Parteien, vor allem die CDU und im Gefolge auch die SPD-Führung, mit neuen „programmatischen Dokumenten“ auftreten. Was

diese Dokumente anbetrifft — dazu gehört auch das Programm der neonazistischen NPD —, so dienen sie dazu, die wachsende Gesellschaftskritik aufzufangen, die sich entwickelnden demokratischen Aktivitäten zu lähmen und zu strangulieren, um die „formierte Gesellschaft“ in schnellerem

Tempo zu verwirklichen. Wie das gemeint ist, auf welchen Wegen und mit welchen Methoden das staatsmonopolistische System seine inneren Positionen festigen und seine Aggressivität nach außen beschleunigen will, das macht vor allem das neue Aktionsprogramm der CDU deutlich.

Was ist das Neue am Aktionsprogramm der CDU?

Das Aktionsprogramm ist die ausgearbeitete Linie, wie die bereits von Erhard konzipierte „formierte Gesellschaft“ mit Hilfe rechtssozialdemokratischer Führer durchgesetzt werden soll.

Das Aktionsprogramm ist ein Stufenplan für weitere innere Strukturveränderungen zur Sicherung der Macht ausübung der Spitzen des Monopolkapitals, der extrem-reaktionären Kreise der CDU/CSU, des weiteren Ausbaus der Stärkung des Militär- und Polizeiapparates zur Eindämmung der demokratischen Volksbewegung und zur Unterdrückung aller demokratischen Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften. Zu diesem Stufenplan gehörenden Notstandsgesetze, Notstandsverfassung, der Ausbau des verzweigten Netzes militärischer und halbmilitärischer Organisationen wie Hilfsdienst, Werkschutz, Ausbildung und Bewaffnung der Polizeikräfte für den inneren Einsatz nach Bremer Muster. Zum Stufenplan für die Veränderung der inneren Struktur gehört die Unterstützung aller neonazistischen Strömungen, insbesondere auch Maßnahmen zur weiteren indirekten und direkten Förderung der NPD, um diese neonazistische Partei zu einem festen Bestandteil der „formierten Gesellschaft“ zu machen.

Zum Stufenplan gehört auch der

Die unrealistische Politik der Schürung von Spannungen

Das CDU-Aktionsprogramm offenbart auch, was die Außen- und Militärpolitik anbetrifft, ebenfalls diese stufenweise Eskalation. Die Hauptmethoden werden im Aktionsprogramm der CDU zur Täuschung der Bevölkerung nicht im Zusammenhang, sondern verteilt und in mehreren Abschnitten dargelegt. Das Ganze wird u. a. deutlich in folgenden Formulierungen: „Es kann kein zweiter deut-

Umbau des Finanzwesens, die sogenannte große Finanzreform, deren Kern in der Aushöhlung der verfassungsmäßigen Struktur im Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden besteht. Indem vor allem den Gemeinden durch die Einschränkung und den Abbau ihrer Finanzrechte ein wichtiges Element der Selbstverwaltung genommen wird, erfolgt damit zugleich eine weitere Umverteilung der Steuermittel durch die Bonner Staatskasse im Interesse der weiteren forcierten Rüstung und des Profits der Monopole. Damit wird noch deutlicher, daß Strauß, zunächst im Gewande des Finanzministers, zur zentralen Machifigur bei der Ausübung der Regierungsgewalt wird und seine extrem aggressive Linie nach innen wie nach außen die Positionen solcher Leute wie Hallstein, Guttenberg, Abs und Berg auf das ganze innere Gefüge der Bundesrepublik in gefährlicher Weise stärkt. Dazu gehört ferner die Beseitigung des gegenwärtigen, gewiß nicht demokratischen Wahlsystems durch ein Wahlsystem, das die Vorherrschaft der CDU/CSU sichert und ein diktatorisches Ein-Parteien-System im Interesse der großen Monopole zum Ziel hat. Das alles ist der neue Weg der Eskalation der inneren Reaktion bis zur offenen terroristischen Herrschaft, ähnlich dem griechischen Muster.

scher Staat anerkannt werden.“ Damit wird weiterhin jede Normalisierung in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten blockiert. Weiter wird erklärt: „Westberlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland.“ Die CDU fordert, daß Westberlin politisch in die Bundesrepublik integriert wird. Damit wird deutlich gemacht, daß zur Veränderung des Status quo in Europa zunächst die Veränderung des Status quo in Westberlin gehört.

Jeder mit nur etwas Vernunft ausgestattete Bürger wird begreifen, daß solche Forderungen unrealistisch sind und nur weitere Spannungen und eine gefährliche Zuspitzung der Lage heraufbeschwören. Aber gerade das ist die Absicht der Führungsstürze der CDU, die ihre Politik der Eskalation nur im Klima der Aufrechterhaltung und Schürung von Spannungen betreiben kann.

Es ist schlimm und tragisch zugleich, daß erst durch die Teilnahme sozialdemokratischer Minister am Regierungskurs der Strauß und Kiesinger die CDU nunmehr ungeschminkt das Ziel ihrer sogenannten Wiedervereinigungspolitik im Aktionsprogramm postulieren kann. Es lautet: „Die staatliche und die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik muß als gesamtdeutsche Aufgabe begriffen werden.“

Man muß schon mit Blindheit geschlagen sein, um nicht zu begreifen, daß die Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs die potentielle Kriegserklärung gegen die DDR ist. Mit welchen Mitteln und Methoden die Expansionsziele der CDU/CSU auch angestrebt werden, sie können nur eines zur Folge haben: Die Bundesrepublik wird zu einem immer gefährlicheren Brand- und Gefahrenherd für die Sicherheit der eigenen Bevölkerung und für den Frieden aller europäischen Völker.

Dieser Konzeption der Eskalation sind im Aktionsprogramm der CDU alle anderen, alle innenpolitischen, außenpolitischen, militärpolitischen Aspekte untergeordnet. Dementsprechend gibt es kein Eingehen auf den Vertragsentwurf des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Dementsprechend — auch wenn die Bon-

Eine schlimme Sache soll ansehnlich verpackt werden

Natürlich versuchen die Spitzen der CDU/CSU, ihr Aktionsprogramm unter der Bevölkerung in annehmbaren Verpackung anzubringen. Darum ist der Hauptteil ein umfangreiches Gestüpp von billigen Redensarten, Zukunftsversprechungen, die sich auf Bildung, Gesundheitswesen, Wissenschaft und Forschung, Verkehr,

ner Minister mit verschiedenen Zungen reden — gibt es kein Eingehen auf den Vorschlag der Regierung der UdSSR zum Abschluß eines Vertrages auf Gewaltverzicht zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und einem gleichzeitigen völkerrechtlichen Vertrag über einen Gewaltverzicht zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik. Völkerrechtliche Verträge über Gewaltverzicht passen einfach nicht in die Linie der CDU, in die Linie der stufenweisen Verschärfung der Expansionspolitik.

Wenn es darum im Aktionsprogramm dieser Partei unter Punkt 115 heißt: „Das Ziel der deutschen Außenpolitik ist der Friede“, so ist das Augenauswischerei. Es ist typisch nationalistische Demagogie, wenn unter Punkt 123 gesagt wird, daß Entspannungspolitik nicht Kapitulation bedeutet. Niemand in der Welt fordert von der Bundesrepublik eine Kapitulation. Was aber unsere Bevölkerung und die Völker Europas und der Welt fordern, ist die Anerkennung des Status quo, die Anerkennung der Existenz der DDR, die Anerkennung der bestehenden Grenzen. Wer das als Kapitulation bezeichnet, will doch offensichtlich nichts anderes, als die anderen zur Kapitulation zwingen. Darin liegt die Größe der Kriegsgefahr, die von der Bundesrepublik ausgeht.

Allzu begreiflich, daß darum im Aktionsprogramm der CDU auch jeglicher Hinweis auf einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik ausgeklammert ist. Dagegen wird für weitere Aufrüstung plädiert, für das Festhalten an der NATO und deren Stärkung, für die Sabotage am Zustandekommen eines Atomwaffensperrvertrages, für die noch engere Eingliederung in die Globalstrategie des USA-Imperialismus.

Pressewesen usw. beziehen. Geht man auch diesen Versprechungen auf den Kern, so ist zweierlei dazu zu sagen:

1 Alles, was in diesen Punkten deklamiert wird, dient nicht — nicht einmal in Ansätzen — der Gestaltung einer besseren, friedlichen, sozialen und gerechteren Ordnung. Auch der

staatsmonopolistische Kapitalismus ist gezwungen, mit dem Fortschreiten von Wissenschaft und Technik bestimmte Maßnahmen durchzuführen, vor allem auf den Gebieten der Schule, der Erziehung und der Wissenschaft, wenn er Schritt halten will mit dem allgemeinen Entwicklungstempo, besonders der sozialistischen Staaten.

2 Alles, was auf den genannten Gebieten gesagt oder gefordert wird, dient also der Absicht, das herrschende System funktionsfähig zu halten, zu versuchen, die in ihm wohnenden Widersprüche auszugleichen. Aber

diese Aufgabe ist unlösbar, weil der Widerspruch zwischen den friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes und den Diktatur- und Expansionsinteressen der herrschenden monopolkapitalistischen Kreise sich immer mehr vergrößert. Die herrschenden Kreise brauchen natürlich für die Entwicklung der modernen Technik Menschen mit besserer Ausbildung. Darum wollen sie den Typ heranziehen, der Wissenschaft und Technik besser beherrscht, aber politisch ein Ein-Klassen-Schüler bleibt.

Der Mensch als Untertan

Im Aktionsprogramm der CDU wird der Mensch der „formierten Gesellschaft“ als Objekt der herrschenden Klasse gefordert, ein Mensch, der zu dienen und zu gehorchen hat, ein Mensch, der untertan sei der Obrigkeit, der sich bedingungslos der Politik und den Maßnahmen des Monopolkapitals und deren Hauptpartei unterwirft.

Wie deutlich wird doch der riesige Unterschied zwischen einer sozialistischen und einer kapitalistischen Gesellschaft in der Beurteilung der Rolle des Menschen sichtbar, wenn man den Entwurf der Verfassung der DDR mit dem Aktionsprogramm der CDU vergleicht. Die sozialistische Gesellschaft braucht den politisch bewußten, den politisch denkenden, den politisch handelnden Menschen, damit seine wissenschaftlichen und technischen Großtaten zugleich zum Nutzen der Gesellschaft und zu seinem persönlichen Nutzen wirksam werden. Die kapitalistische Ordnung braucht den gefesselten Menschen, materiell und geistig gefesselt an das Monopolkapital, und damit den Menschen ohne Mitbestimmung, ohne Einfluß auf Staat und Wirtschaft, den Menschen bar jeder Menschenwürde.

Nun, da der Entwurf des Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands auf dem Tisch liegt, ist es leichter geworden, in das Dunkel, das die herrschenden Gewalten betreiben, hineinzuleuchten, ist es leichter, sich mit ihnen scharf und prinzipiell auseinanderzusetzen. Jetzt ist es leichter, die Arbeiterklasse über ihre eigene Rolle

und über die Notwendigkeit ihrer selbstständigen Politik zu überzeugen, das Gespräch mit jenen Christen und christlichen Arbeitern zu führen, die sich bitter über die monopolfreudige Programmatik im Aktionsprogramm der CDU-Führung auf der Rüdesheimer Konferenz der Sozialausschüsse beklagten. Es gilt das Gespräch mit den Sozialdemokraten zu führen und allen Fragenden klare Antworten zu geben. Jetzt können wir wirksamer helfen, alle sozialistischen Kräfte außerhalb und innerhalb der SPD zu einem — als Grundlage für die Entwicklung einer breiten demokratischen Front zur Durchsetzung einer neuen Politik.

Da der Programmentwurf unserer Partei erwachsen ist aus dem Leben, aus den Lehren und Erfahrungen der Arbeiter, der Jugend, der Studenten und anderer Volksschichten der Bundesrepublik, da er beruht auf den ehernen Grundgesetzen des Marxismus-Leninismus und deren Anwendung auf die Bedingungen der Bundesrepublik, wird sich herausstellen, daß unsere Gegner, die zugleich auch die Gegner aller friedliebenden und demokratischen Menschen in der Bundesrepublik sind, nichts unversucht lassen, das, was wir programmatisch sagen, zu verschwigen oder zu verfälschen. Aber andererseits kann man gewiß sein, daß wir Kommunisten, wenn wir es verstehen, diesen Entwurf unter die Massen zu tragen, zwar Anfragen und auch Zweifel hören werden, daß wir aber auch Zustimmung, ja Begeisterung hören werden und gerade bei jenen, die nach neuen Wegen suchen und die

für eine bessere Gegenwart und eine glückliche Zukunft ringen. Unser Programmentwurf ist somit auch eine zeit-

gemäße Antwort auf das Aktionsprogramm der CDU und dient allen progressiven Kräften.

Die demokratische Alternative zur inneren Staatsreform VON MAX SCHÄFER

Kurz nach der Bildung der Regierung Kiesinger/Strauß/Wehner/Brandt schrieb „Die Welt“ des Springer-Konzerns: „Die Reform des Staates steht auf der Tagesordnung der Großen Koalition“). Die innere Staatsreform ist eine wesentlichen innenpolitischen Aufgaben, wegen der sozialdemokratische Minister in eine von der CDU/CSU geführte Regierung genommen wurden.

Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, sprach das auf dem Braunschweiger Parteitag der CDU sehr deutlich aus: „Die Große Koalition ist gebildet worden, um für eine Reihe großer und besonders dringender Reformwerke die notwendige Mehrheit im Parlament zu finden.“ Um welche Art von „Reformen“ es sich handelt, was ihr Inhalt ist, verdeutlichte Richard Stücklen, Bundesminister und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in Bonn, indem er sagte, es gehöre „in erster Linie darum,

Was ist die innere Staatsreform?

Die innere Staatsreform, mit der die gesamte grundgesetzliche Ordnung durchbrochen werden soll, umfaßt mehrere Komplexe von Maßnahmen. Es handelt sich erstens um solche Maßnahmen, die die staatliche Wirtschafts- und Finanzregulierung vervollkommen, um das Volkseinkommen besser zugunsten der Profitsteigerung für die großen Monopole zugunsten der Aufrüstung und der expansiven Außenpolitik einsetzen zu können. Dazu gehören das bereits am 10. Mai 1967 beschlossene Stabilisierungsgesetz und die beschlossene mittelfristige Finanzplanung, die seit September 1967 in Kraft ist. Mit ihr wurden grundlegende Änderungen der Haushalts- und Ausgabenpolitik der Bundesrepublik zu Lasten der Sozialpolitik und zugunsten der Rüstung sowie staatlicher Investitionsspritzen für die Großindustrie eingeleitet.

Zu diesem Komplex gehört auch die im Entwurf vorliegende sogenannte

das Grundgesetz der Verfassungswirklichkeit anzupassen“. Mit anderen Worten, die Verfassungsordnung, wie sie im Grundgesetz proklamiert ist, soll durchbrochen und durch eine ganze Reihe (Kiesinger nannte in seiner Regierungserklärung 84) Verfassungsänderungen an die bestehende Ordnung des staatsmonopolistischen Kapitalismus angepaßt und seinem Streben zur Machterweiterung nach außen, dienstbar gemacht werden.

Wenn es in dem Entwurf des Parteivorstandes der SPD „Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“ heißt: „Um die Leistungsfähigkeit des Staates im Übergang zu den Aufgaben der siebziger Jahre zu sichern, sind im kommenden Jahrzehnt weitgehende Reformen erforderlich“, so geht es eindeutig um die Leistungsfähigkeit des vom Großkapital beherrschten Staates, im Interesse des Großkapitals.

große Finanzreform, die den Umbau des Staatsmechanismus auf haushaltspolitischem Gebiet vorläufig abschließen soll. Durch die große Finanzreform sollen die Steuereinkommen des Staates zu Lasten der Gemeinden und Länder, zugunsten des Bundes umverteilt werden, damit noch mehr Mittel für die expansive Außenpolitik, für die Unterstützung des amerikanischen Krieges gegen das vietnamesische Volk, für die atomare Aufrüstung aufgebracht werden können. Durch die große Finanzreform werden so elementare Verfassungsgrundsätze wie die Gewaltenteilung, der föderative Staatsaufbau und die kommunale Selbstverwaltung an der Wurzel getroffen.

Ein zweiter Komplex von Maßnahmen soll die Herrschaft des Großkapitals festigen und weiter ausbauen. Dazu gehört das bereits verabschiedete Parteiengesetz, durch das die Parteien stärker in das System der staatsmonopolistischen Ordnung eingegliedert

werden sollen. Eine wichtige Maßnahme in diesem Komplex ist die Manipulierung des Wahlrechts, die Einführung des sogenannten Mehrheitswahlrechts und die geplante Veränderung der Wahlperiode des Bundestages von 4 auf 5 Jahre. Dieses Wahlrecht ist entgegen den Beteuerungen der Bonner Regierung und der rechten sozialdemokratischen Führer nicht gegen die neonazistische NPD gerichtet. Es soll darunter verhindern, daß die außerparlamentarischen Kräfte im Bundestag eine Vertretung bekommen, während die CDU/CSU die NPD in jeder Weise

fördert und bereits eine Koalition mit der NPD in ihre Berechnungen einbezieht.

Der wichtigste Komplex in dieser inneren Staatsreform ist die Notstandsgesetzgebung und ihr Kernstück die Notstandsverfassung. Durch die Notstandsgesetzgebung sollen die demokratischen Grundrechte des Volkes außer Kraft gesetzt, soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Bundeswehr gegen das eigene Volk einzusetzen und alle materiellen und menschlichen Reserven in den Dienst der Kriegsvorbereitung zu stellen.

Die KPD und

Unsere Partei hat die Aufgabe, das Volk über die reaktionären Pläne der inneren Staatsreform aufzuklären und zusammen mit allen demokratischen Kräften die Volksmassen zur Verteidigung des Grundgesetzes, zur Verteidigung der darin enthaltenen demokratischen Rechte und Freiheiten zu mobilisieren. Darum heißt es auch im Programmertwurf unserer Partei, daß die KPD ihre Politik auf dem Boden des Grundgesetzes entwickelt.

Nun sagen viele Menschen: Die Kommunisten sind doch gegen das Grundgesetz, die KPD ist vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verboten worden. Verfassungswidrig ist nicht die KPD, verfassungswidrig ist die Politik der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik, die mit 84 Grundgesetzänderungen die Verfassungsordnung — wie sie das Grundgesetz vorschreibt — durchbrechen und den Weg zu einer Notstandsdiktatur, zur Errichtung einer neuen faschistischen Herrschaft gehen.

Wie ist die Stellung der Kommunisten zum Grundgesetz? Die Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat, Max Reimann und Heinz Renner, haben damals die Unterzeichnung des Grundgesetzes abgelehnt. Max Reimann schrieb dazu im Jahre 1951: „Wir Kommunisten haben unsere Zustimmung zum Grundgesetz verweigert, weil wir gegen die Schaffung eines separaten Weststaates waren,

²⁾ Max Reimann, „Aus Reden und Aufsätzen 1946—1963“, Dietz Verlag Berlin 1963, S. 145

³⁾ Friedrich Giese — Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, S. 1

das Grundgesetz

der vorbereitet und gegründet wurde in der Absicht, Deutschland zu spalten, um aus Westdeutschland entgegen dem Willen der Bevölkerung die Hauptbasis der USA-Kriegspolitik in Europa zu machen.“²⁾

Bei einer richtigen Einschätzung des Grundgesetzes muß man folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

Erstens: Das Grundgesetz ist nicht zustande gekommen als souveräner Willensakt der westdeutschen Bevölkerung. Es ist zustande gekommen auf Anweisung der Besatzungsmächte. Prof. Friedrich Giese schrieb: „Im Anfang war die Weisung. Solche ging aus von den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Gerichtet war sie an die Regierungschefs der 11 westzonalen Länder Deutschlands.“³⁾

Die imperialistischen Besatzungsmächte hatten die Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates festgelegt und bestimmten auch die Richtlinien über den Inhalt und das Zustandekommen der vom Parlamentarischen Rat auszuarbeitenden Verfassung.

Zweitens wurde mit der Ausarbeitung des Grundgesetzes die Grundlage geschaffen für die Spaltung Deutschlands, um im Westen Deutschlands die ökonomischen Machtpositionen des an Hitlerfaschismus und Krieg schuldigen Großkapitals zu erhalten und mit einem separaten westdeutschen Staat seine politische Macht wieder zu errichten. Aus diesen Gründen kämpften die Kommunisten gegen die Ausarbeitung des Grundgesetzes, für das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Verfassung, für ein friedliches und demokratisches Deutschland. Von diesem

Hauptgesichtspunkt ließen sich die kommunistischen Vertreter im Parlamentarischen Rat leiten. Wenn gegen ihren Widerstand ein separater westdeutscher Staat geschaffen wurde, konnte den Kommunisten nicht gleichgültig sein, welche demokratischen Rechte in ihm das Volk erhalten würde. Darum kämpften die Kommunisten im Parlamentarischen Rat für möglichst weitgehende demokratische Rechte für das Volk, dafür, daß neben den Persönlichkeitsrechten auch soziale Rechte und die Gestaltungsrechte des Volkes im Grundgesetz verankert werden. Dem entsprachen die Anträge der kommunistischen Abgeordneten, die aber von der bürgerlichen Mehrheit und auch von den rechten sozialdemokratischen Führern abgelehnt wurden.

Drittens: Als das Grundgesetz ausgearbeitet wurde, waren noch keine vier Jahre seit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus vergangen. Sowohl im deutschen Volkes als auch in den Völkern, die unter der Hitlerherrschaft leiden mußten, war die Erinnerung an Faschismus und Krieg noch wach. In der damaligen Zeit forderte selbst das Ahlener Programm der CDU die Zerschlagung wirtschaftlicher Machtzusammenballung und die Verhinderung des politischen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht. 1947 hatten sich in einer Volksabstimmung in Hessen fast drei Viertel der wahlberechtigten Bürger für die Überführung der Grundstoffsindustrie in Volkseigentum ausgesprochen. Entsprechend dieser Lage mußten im Grundgesetz zahlreiche Bestimmungen aufgenommen werden, die demokratischen Charakter haben. Das sind vor allem die Bestimmungen des Grundrechtskatalogs. Dazu gehört auch

die Bestimmung über den Vorrang des Völkerrechts (Artikel 25), die Bestimmung über das Verbot von Rassen- und Völkerhetze und gegen die Vorbereitung eines Angriffskrieges (Artikel 26), und die Bestimmung des Artikels 139 über die Befreiung vom Nationalsozialismus. Entsprechend der allgemeinen Stimmung der Bevölkerung ist im Grundgesetz der Artikel 14 und 15 enthalten, der bestimmt, daß Eigentum verpflichtet und die Überführung in Gemeineigentum ermöglicht. Gleichzeitig sind im Grundgesetz zahlreiche Bestimmungen enthalten, die — wie es für bürgerliche Verfassungen charakteristisch ist — nur Proklamationen sind, wie der Grundsatz der Volkssouveränität, daß alle Macht vom Volke ausgeht und dem Volke zu dienen hat.

Viertens: Als das Grundgesetz ausgearbeitet wurde, hatte die Restauration der Macht des Großkapitals schon begonnen. So sind in ihm zahlreiche Bestimmungen enthalten, die den Grundsätzen der Demokratie widersprechen. Dazu gehören solche Bestimmungen, die eine Kanzlerdiktatur ermöglichen, wie zum Beispiel, daß der Kanzler und nicht etwa das Parlament die Richtlinien der Politik bestimmt, daß der Kanzler nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum abgesetzt werden kann, Bestimmungen, die dem Parlament das Recht vorenthalten, einzelne Minister zu entlassen. Die demokratische Mitwirkung des Volkes wird im wesentlichen auf Wahlen beschränkt und die Möglichkeit der Volksbefragung und des Volksentscheids sind in ihm nicht enthalten. Das Grundgesetz bleibt so in seinem demokratischen Gehalt hinter den meisten Länderverfassungen zurück.

Für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte

In dem bereits erwähnten Artikel aus dem Jahre 1951 sagte Max Reimann: „Bei der Beratung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat erklärte ich im Namen der kommunistischen Fraktion: Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme. Die Gesetzgeber aber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen. Wir Kommunisten

aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen den Verfasser des Grundgesetzes verteidigen.“⁴⁾

Diese Erklärung hat sich in den verflossenen Jahren bewahrheitet. Die ganze Entwicklung nach der Schaffung der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch die ständige Aushöhlung des Grundgesetzes, der demokratischen Rechte des Volkes, der Rechte des Parlaments und der Rechte der Länder und Gemeinden. Entgegen den Bestim-

⁴⁾ Max Reimann, „Aus Reden und Aufsätzen . . .“, S. 147

mungen des Friedensgebots, das ausdrücklich als Verfassungsauftrag die Ausarbeitung eines Gesetzes zum Schutze des Friedens vorsicht, wurde ein solches Gesetz niemals zur Beslußfassung im Parlament vorgelegt. Zwar begann man 1950 mit der Ausarbeitung dieses Gesetzes, das Gesetz selbst kam aber nie zur Beratung.

An seine Stelle wurde das erste Strafrechtsänderungsgesetz in kürzester Frist im Bundestag durchgepeitscht (darum Blitzgesetz). Durch dieses Gesetz wurden die politische Ge-sinnungsjustiz und die politischen Sonderstrafkammern wieder eingeführt.

Ein weiterer Angriff auf die demokratischen Grundrechte erfolgte im Zusammenhang mit der Remilitarisierung Westdeutschlands. Mit der sogenannten Wehrergänzung des Grundgesetzes im Frühjahr 1956, der auch die sozialdemokratischen Führer zustimmten, wurden die Voraussetzungen für die allgemeine Wehrpflicht geschaffen.

Ein wesentlicher Schritt zur Absicherung der Wiederaufrüstung war das Verbot demokratischer Organisationen, wie u. a. der Freien Deutschen Jugend, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und vor allem das KPD-Verbot.

Mit ihm wurde, wie Prof. Ridder zu Recht feststellte, nicht nur ein bestimmter Sektor des legalen politischen Lebens ausgestanzt, sondern wurden alle Gegner der Regierungspolitik in den Geruch des Kommunismusverdachts und damit der Verfassungswidrigkeit gebracht. So erwies sich das KPD-Verbot als eines der schwersten Angriffe auf die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger. In dem Maße, wie das Monopolkapital seine ökonomische und politische Macht festigte, in dem Maße, wie mit dem Aufbau der Bundeswehr auch das militärische Instrument seiner Politik geschaffen wurde, wurden die demokratischen Bestimmungen des Grundgesetzes durchlöchert.

Aber auch in dieser Hinsicht sind wir in einen neuen Abschnitt der Entwicklung eingetreten. Die Nachkriegszeit ist zu Ende. Die Macht der Monopole ist mit dem Staatsapparat eng verflochten. Die Konzentration des Kapitals hat einen Umfang angenommen wie

nie zuvor. In der Bundeswehr haben die Monopole und die deutschen Militaristen sich ein schlagkräftiges militärisches Instrument geschaffen. Jetzt drängt das Monopolkapital stärker als in der Vergangenheit nach Ausdehnung seines Machtbereiches, nach Expansion, nach der Errichtung ihrer Vorherrschaft über Westeuropa, nach — wie Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“ fordert — Schaffung eines unter der Herrschaft der westdeutschen Imperialisten stehenden Europas vom Atlantik bis zum Bug und zum Schwarzen Meer.

Damit hat das westdeutsche Monopolkapital aber auch einen neuen Abschnitt der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und vor allem mit dem Sozialismus auf deutschem Boden, der DDR, eingeleitet. Um seine Rolle als Speerspitze gegen den Sozialismus erfüllen und im Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Mächten auf dem Weltmarkt bestehen zu können, braucht es die Indienststellung aller materiellen und menschlichen Reserven für diese Politik. Das bedeutet, daß die herrschenden Kreise die Ausgaben des Staates für die Rüstung noch mehr steigern wollen. Das bedeutet, daß die deutschen Monopole und Militaristen auf die atomare Aufrüstung, auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern bestehen. Das alles kostet viel Geld. Gleichzeitig wollen die Monopolherren ihre Profite nicht nur erhalten, sondern erhöhen. Das ist nur möglich durch eine Politik der Kürzung des Lebensstandards, des Abbaus der Sozialaufwendungen zugunsten der Rüstung und der Monopolprofite.

Wie schon immer in der Vergangenheit hat die Politik der Expansion nach außen ihre Ergänzung in der Reaktion nach innen. Darum wollen die Monopole die Notstandsgesetze, darum betreiben sie die innere Staatsreform. Das ganze Volk soll der formierten Herrschaft der Monopole untergeordnet werden. Das ist der Sinn der inneren Staatsreform, der 84 Grundgesetzänderungen.

Die Verteidigung des Friedens und der sozialen Rechte der Werkätigen erfordert darum auch die Verteidigung alles dessen, was an demokratischen Rechten noch vorhanden ist. die Ver-

teidigung des Grundgesetzes. Das erfordert die Verhinderung der Notstandsgesetze und aller weiteren Maßnahmen der „inneren Staatsreform“. So ist im Entwurf unseres Parteiprogramms ein Sofortprogramm des demokratischen Kampfes aufgestellt, mit dem Ziele, die im Grundgesetz proklamierten demokratischen Rechte zu erhalten und zu verwirklichen.

Schon dieser Kampf um die Erhaltung und Verwirklichung der verfassungsmäßigen Grundrechte, der Bestimmungen des Grundgesetzes über das Friedensgebot und das Verbot neonazistischer Tätigkeit wird auf den erbitterten Widerstand der Monopole, ihrer Regierung in Bonn und ihrer Parteien stoßen. Die Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ kann nur durchgesetzt werden, wenn die Macht der Monopole zurückgedrängt wird und das Volk, die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen nicht-monopolistischen Volksschichten mehr Einfluß im Staat erhält.

Wir fordern darum im Entwurf des Programms der KPD die Erweiterung der demokratischen Rechte, wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bil-

dung, das Recht auf Erholung, die Aufnahme von Bestimmungen über Volksbefragung und Volksentscheid. Die Verwirklichung des Prinzips der Volkssovereinheit macht die Durchführung grundlegender demokratischer Reformen notwendig, wie z. B. die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und aller Werktäglichen, die Überführung der marktbeherrschenden Unternehmen in Volkes Hand und ihre Leitung durch demokratische Verwaltungen, in denen die Belegschaften, die Gewerkschaften, Wissenschaftler und Techniker usw. ihre Vertreter entsenden. Das erfordert auch, daß die Manipulierung der öffentlichen Meinung durch Presse- und Verlagskonzerne, wie den Springer-Konzern, verhindert wird. Diese Konzerne müssen enteignet, ihre Zeitungen und Verlage von den Gewerkschaften, Vertretern der Intelligenz und demokratischer Organisationen geleitet werden.

Dem Programm der inneren Staatsreform, der Errichtung einer formierten Gesellschaft und einer neuen faschistischen Diktatur, stellen wir unser Programm der Verteidigung der demokratischen Rechte, der Schaffung wirklicher demokratischer Zustände in der Bundesrepublik entgegen.

Gemeinsam gegen Neonazismus und NPD

von JUPP ANGENFORT

In der Bundesrepublik und im Ausland sind die demokratischen Kräfte alarmiert und empört über das Emporwuchern des Neonazismus. Bundeskanzler Kiesinger aber läßt seinen Pressechef erklären, daß die Hinweise auf eine neonazistische Gefahr in der Bundesrepublik maßlos übertrieben seien. Was sind die Tatsachen? In der Bundesrepublik konnte sich eine neonazistische Partei entwickeln — die NPD. Sie hat in sechs Landtagswahlen mehr Stimmen bekommen als die Nazipartei 1928 bei den Reichstagswahlen in ganz Deutschland. Die NPD ist sicherlich das auffälligste Symptom. Aber es wäre völlig falsch, den Neonazismus nur in dieser Partei verkörpert zu sehen. Die Politik der CDU/CSU, dieser führenden Partei des Monopolkapitals, zeigt selbst schon neonazistische Züge. Mit den Notstandsgesetzen soll beispielsweise das

Instrument für ein Notverordnungssystem geschaffen werden, das seinerzeit die Weimarer Republik in den Nazistaat hinübergelenkt hat. Das Naziverbrechen des Völkermords wird heute von den amerikanischen Imperialisten in Vietnam betrieben und von der Regierung Kiesinger/Strauß unterstützt. Wo immer in der Welt faschistische Diktaturen herrschen, ob in Portugal, Spanien oder Griechenland, genießen sie die Hilfe der Führung der CDU/CSU.

Das Funktionärsorgan der Gewerkschaft IG Metall, „Der Gewerkschäfster“, stellt in seiner Ausgabe vom Dezember 1967 treffend fest: „Machen wir uns nichts vor: Die NPD ist keine Bagatelle mehr, über die man zur Tagesordnung übergehen kann... Es wächst das beklemmende Gefühl. Je mehr von der Spitze des Eisberges

sichtbar wird, um so gewisser kann man auf Umfang und Tiefgang schließen. Die Grundlage ist die restaurative Entwicklung der Bundesrepublik.“

Die Entwicklung des Neonazismus in der Bundesrepublik ist das Ergebnis der Wiederherstellung der Herrschaft der großen Monopole und Banken, der ökonomischen und politischen Macht der Kräfte, die seinerzeit die Hitlerpartei groß gemacht und an die Macht geschoben haben. Die Entwicklung des Neonazismus und das rasche Anwachsen der NPD ist die unmittelbare Folge der antikommunistischen und revanchistischen Politik des Großkapitals und aller seiner Bundesregierungen. Wer den Antikommunismus zur Staatsdoktrin macht, wer seine

Politik darauf aufbaut, daß es möglich sei, mit der Politik der Nichtanerkennung der DDR und mit forciertter Aufrüstung die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, wer die KPD verboten hat und die demokratischen Rechte und Freiheiten zerstört – der bereitet dem Neonazismus den Boden und fördert ihn.

Die Feststellung im Entwurf des Zentralkomitees unserer Partei für ein Programm der KPD, daß auf dem Nährboden der Politik der Bonner Parteien und des offiziellen Antikommunismus alle chauvinistischen und neonazistischen Strömungen wuchern, daß die NPD zum Nutznießer der Regierungspolitik wurde, wird täglich durch neue Ereignisse bestätigt.

Vom gleichen Geiste

Im Entwurf eines Programms der KPD wird hervorgehoben, daß das nationalistische und revanchistische Programm der NPD in seinem Kern wesensgleich mit den Grundfordernungen der CDU/CSU ist. Die Führung der CDU/CSU bestreitet das entrüstet. Wenn wir einmal die Tatsachen überprüfen, dann stellt sich folgendes heraus:

1 NPD wie CDU/CSU halten am Alleinvertretungsanspruch, dieser potentiellen Kriegserklärung gegen die DDR, fest.

„Die Bundesrepublik vertritt im geteilten Deutschland die Mehrzahl des deutschen Volkes durch eine frei gewählte Regierung. Sie trägt daher auch die Verantwortung für die Deutschen in Mitteldeutschland.“ (Aus dem im November 1967 beschlossenen NPD-Programm.)

„Es kann kein zweiter deutscher Staat anerkannt werden.“ (Aus dem Entwurf des CDU-„Aktionsprogramms“, 1968.)

2 NPD wie CDU/CSU erheben Grenzforderungen.

„Wir lehnen es ab, die ‚Realität‘ der kommunistischen Eroberungen von 1945 anzuerkennen.“ (Aus dem Programm der NPD.)

„Es (ist ...) Aufgabe der deutschen Bundesregierung..., keines der deutschen Rechte aufzugeben. Hierzu gehört... die Wahrung der deutschen Rechtsansprüche auf seine Gebiete jenseits von Oder und Neiße.“ (Franz

Josef Strauß 1966 in seinem Buch „Entwurf für Europa“.)

3 NPD wie CDU/CSU drängen, um ihre revanchistischen Forderungen verwirklichen zu können, nach Atomwaffen.

„Die Völker Europas sind stark genug, sich selbst zu behaupten und jene Abschreckungskraft zu entwickeln, die den Frieden bewahrt.“ (Das Manifest der NPD mit Erläuterungen, Seite 37/38.)

„Während dieser Periode müssen ferner die Grundlagen für eine europäische nukleare Abschreckungsmacht gelegt werden.“ (Franz Josef Strauß, „Entwurf für Europa“, Seite 19.)

„Die großen westeuropäischen Länder besitzen das menschliche, finanzielle und damit auch wirtschaftliche Potential, um sich eine wirksame eigene Verteidigung aufzubauen.“ (Ebenda, S. 97/98.)

4 CDU/CSU wie NPD sind für die Zerstörung der demokratischen Rechte und Freiheiten, um die Bevölkerung knebeln und eine Machtpolitik durchzuführen zu können.

Die CDU/CSU fordert die Einführung der Notstandsgesetze.

Das Präsidiumsmitglied der NPD und Chefideologe dieser Partei, Prof. Anrich, stellt fest: „Sogar eine Diktatur (kann) eine gute Verfassungsgebung für eine bestimmte Epoche sein.“ (Anrich, Mensch-Volk-Staat-Demokratie, Hannover 1966, Seite 5.)



Aus dem faschistischen Nachlaß

5 NPD wie CDU/CSU sind für die Stärkung der Macht des Großkapitals. „Die NPD hält eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerlässlich.“ (Programm der NPD.)

„Deshalb müssen große, leistungsstarke Unternehmenseinheiten gebildet werden, entgegenstehende rechtliche und steuerliche Hindernisse sind zu beseitigen.“ (Aus dem Entwurf des Aktionsprogramms der CDU 1968.)

Man könnte diese Beispiele fortsetzen.

Natürlich wäre es falsch, zu behaupten, daß die NPD in allen Fragen wortwörtlich die gleichen Forderungen erhebt wie die Führung der CDU/CSU und die Bundesregierung, daß sie im gleichen Stil schreibt und spricht. Die NPD tritt oft mit größerer nationalstatischer und sozialer Demagogie auf. Das gehört zu ihrer Funktion, als Auffangbecken zu wirken. Sie übt Kritik von rechts. Das gehört zu ihrer Aufgabe, es der Bundesregierung zu er-

möglichen, mit dem Hinweis auf diese „Opposition“ aggressiver aufzutreten.

Der Programmentwurf der KPD stellt fest, daß sich die Forderungen der NPD von denen der Führer der CDU/CSU oft durch eine brutale Offenheit unterscheiden. Eine Tat- sache dafür:

Das Organ von Franz-Josef Strauß, der „Bayern-Kurier“, zog aus der Aggression der imperialistischen Kreise Israels gegen Ägypten die Schlußfolgerung, daß Israel fraglos das Modell einer „Notstandsdemokratie“ sei. („Bayern-Kurier“ vom 3. 6. 1967.) Die NPD sprach offen aus, was CDU/CSU-Politiker andeuteten. Das Zentralorgan der NPD veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 4. Juli 1967 ein Gedicht eines Fritz Stüber. Die letzte Strophe lautet:

„Oh sagt, was muß denn alles noch gescheh'n,
bis auch mein Deutschland geht nicht länger fehl“

und stolz sein Haupt erhebt wie
Israel,
bereit zum Kämpfen oder
Untergeh'n.

War Zions Beispiel nur ein Narren-
streich?
auf tapf're Taten wartet zionsgleich
auch unser Reich."

Warum das Großkapital die NPD unterstützt

Wen wundert es, daß das Großkapital, das seinen Profit auf Kosten der werktätigen Bevölkerung verringern und seinen Machtbereich ausdehnen will, an der weiteren Entwicklung einer solchen Partei wie die NPD interessiert ist? Sie soll Auffangboxen sein für die Teile der Bevölkerung, die sich enttäuscht von den Regierungsparteien abwenden. Sie soll dafür sorgen, daß sich diese Menschen nicht nach links, einer wirklichen Alternative zuwenden, sondern wiederum an das herrschende System und an die Politik des Großkapitals gebunden werden. Die NPD soll als Terrortrupp gegen alle demokratischen Kräfte, vor allem gegen die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften wirken. Die NPD soll dazu beitragen, daß die Bundeswehr eine Truppe ist, die jederzeit für imperialistische Ziele nach außen und innen eingesetzt werden kann. Die Führung der CDU/CSU rechnet darüberhinaus damit, sich zu einem geeigneten Zeitpunkt offen mit der NPD zu verbünden. In der NPD haben sich die Herren der Konzerne eine extreme Rechtspartei als politische Reserve geschaffen. Diese Kräfte, die die Hitlerpartei hochgepappelt haben, wissen, warum sie auch die NPD finanzieren. Sie spielen zur Aufrechterhaltung ihrer Macht mit mehreren Bällen. Einer davon ist die NPD.

Sozialdemokratische Genossen sind zutiefst darüber beunruhigt, daß die SPD, beispielsweise bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen, Stimmen an

die NPD verloren hat. Es ist eine Tatsache, daß gerade in der Amtszeit der Regierung Kiesinger/Strauß, deren volksfeindliche Politik die SPD-Minister mittragen, die neonazistischen Kräfte verstärkten Auftrieb bekommen haben. Diese Politik hat dazu beigetragen, Antikommunismus und Revanchismus zu verstärken. Die Politik der Gemeinsamkeit von Führern der SPD mit Führern der CDU/CSU hat zu einer tiefen Enttäuschung bei vielen Wählern geführt und erleichterte es der NPD, sich den Anschein zu geben, als sei sie eine oppositionelle Kraft. Die rechten sozialdemokratischen Führer tragen eine Mitverantwortung für die Entwicklung des Neonazismus.

Muß es nicht jeden sozialdemokratischen Genossen empören, daß Herbert Wehner mit den Mitteln seines Ministeriums den revanchistischen Witikobund finanziert, in dessen Führung der Bundestagsabgeordnete Becher von der CSU und das Präsidentenmitglied der NPD Anrich sitzen? Mit Recht weisen auch sozialdemokratische Genossen darauf hin, daß es für die Neonazis geradezu eine Ermunterung war, als ihnen die sozialdemokratische Stadtverwaltung von Hannover die Niedersachsenhalle für ihren Partitag und außerdem noch Polizeischutz zur Verfügung gestellt hat; daß es Wasser auf die Mühlen der NPD ist, wenn sozialdemokratische Polizeipräsidenten ihre Polizei gegen Arbeiter und Studenten einsetzen, die gegen das Auftreten der NPD protestieren.

Der Feind steht rechts

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Helmut Schmidt, hat vor kurzem erklärt, die Entwicklung des Neonazismus sei so gefährlich nicht; denn schließlich sei die Bundesrepublik nicht die Weimarer Republik. Diese Verharmlosung nützt doch nur den erzreaktionären Kräften! Ist es aber nicht vielmehr so, daß das, was sich in der Bundesrepublik jetzt abspielt,

große Ähnlichkeit mit der Entwicklung der letzten Jahre der Weimarer Republik hat? Auch damals zerstörte das Monopolkapital die verfassungsnäßige Ordnung, um damit im Innern die Voraussetzungen zur Verwirklichung der Machtpolitik zu schaffen. Auch damals ging die Regierung rigoros daran, die Wirtschafts- und Sozial-

politik zugunsten der Monopole und zu Lasten des werktätigen Volkes zu verändern. Eben in diesen Jahren der Weimarer Republik schwoll die Nazi-partei von einer unbedeutenden Rechtsgruppe zu einer faschistischen Massenbewegung an. Als die Kommunisten damals erklärten: Hitler — das ist der Krieg, da erwiderten rechte sozialdemokratische Führer, Hitler werde schon abwirtschaften. Er hat abgewirtschaftet, aber wie? Das Ende waren Krieg, Millionen Tote, Ruinenfelder und Leid. Das darf sich nicht wiederholen! Gerade deswegen hat sich das Zentralkomitee unserer Partei mit dem Angebot an alle Mitglieder und Funktionäre der SPD gewandt,

gemeinsam der neonazistischen Gefahr entgegenzutreten.

„Wer sich des Vergangenen nicht erinnert, ist dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben. Der Feind steht — heute wie damals — rechts. Nur durch eine breite Bewegung des Widerstandes können wir der neonazistischen Gefahr Herr werden“, erklärte der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Wilhelm Gefeller, der Zeitschrift „Die Tat“ in einem Interview. Von diesem Gedanken haben sich Zehntausende Gewerkschafter bei ihren kraftvollen Protestaktionen gegen den Partitag der NPD und gegen Veranstaltungen der NPD leiten lassen.

Antifaschistischer Widerstand — Gebot der Stunde!

Es ist von großer Bedeutung, daß unter den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik die Erkenntnis wächst, daß es notwendig ist, der neonazistischen Gefahr entgegenzutreten, sich im Kampf gegen diese gefährliche Entwicklung zusammenzuschließen. In Hamburg haben die im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen zum Jahrestag der faschistischen Machtergreifung eine Protestkundgebung gegen den Neofaschismus durchgeführt. In München entstand die Aktion „Januar 1968“, der sich inzwischen Gewerkschafter und Schriftsteller, Pfarrer und Wissenschaftler, Menschen aus allen Bevölkerungsschichten aus dem ganzen Bundesgebiet angeschlossen haben. Die „Aktion 1968“ ruft dazu auf, nach der Kundgebung in München weiterzuarbeiten, unterschiedliche politische Auffassungen zurückzustellen, gemeinsam gegen Restauration und Nazismus zu kämpfen und diesen Kampf zu verbinden mit dem Kampf der Gewerkschaften und der Intelligenz für die Erhaltung der Demokratie und gegen die Notstandspläne.

Die Lehren der Geschichte und die Tatsachen der Entwicklung in der Bundesrepublik haben die Aufgabe, alle demokratischen Kräfte zu sammeln, auf die Tagesordnung gesetzt. Die KPD wendet sich in ihrem Programm-Entwurf an die sozialdemokratischen Genossen, an alle Gewerkschafter, an die christlichen Arbeiter und schlägt ihnen vor, die Arbeiter-

einheit auch im gemeinsamen politischen Vorgehen gegen Neonazismus und Reaktion, für Frieden, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu schaffen. Nur der Zusammenschluß aller Demokraten und Antifaschisten — so wird im Programm-Entwurf hervorgehoben, — kann der gefährlichen Entwicklung in der Bundesrepublik rechtzeitig Einhalt gebieten und verhindern, daß die NPD, die Nachfolgepartei Hitlers, an Einfluß gewinnt.

Wir Kommunisten schlagen vor, die sofortige Auflösung der verfassungswidrigen neonazistischen NPD, dieser nur wenig getarnten Nachfolgerin der Hitlerpartei, zu fordern; sich dafür einzusetzen, daß die NPD keinerlei Möglichkeiten mehr zum Auftreten erhält; sich zusammenzufinden zur Abwehr des schon wieder beginnenden nazistischen Terrors. Wir sind der Meinung, daß Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche und parteilose Arbeiter gemeinsam verhindern müssen, daß die NPD in den Betrieben Fuß faßt.

Wir Kommunisten schlagen vor, gemeinsam dafür zu wirken, daß der Boden beseitigt wird, auf dem sich der Neofaschismus entwickeln konnte. Es geht darum, der revanchistischen und auf die Zerstörung des Grundgesetzes gerichteten Politik der Bundesregierung entgegenzutreten; dafür zu wirken, daß eine neue Politik in der Bun-

desrepublik zum Tragen kommt, eine Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts; dafür einzutreten, daß der Einfluß des werk-

tätigen Volkes in unserem Land gestärkt und die Macht des Großkapitals, das den Neonazismus entwickelt hat, zurückgedrängt wird.

Die Gutachter und der gewerkschaftliche Kampf

VON HUGO MACHELETT

In einem über 300 Seiten umfassenden Material hat das Gutachterkollegium im Auftrage der Regierung und des Bundestages die bereits in der mittelfristigen Finanzplanung vorgegebene und durch die „konzertierte Aktion“ Schillers angestrebte Orientierung im wesentlichen bestätigt. Während in der sozialistischen DDR wissenschaftliche Prognosen bis zum Jahre 1980, eine Vorausschau sogar bis zum Jahre 2000 erarbeitet werden konnte, sind die Gutachter unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Systems und obendrein noch durch gesetzliche Einschränkung ihres Auftrages nicht einmal instand gesetzt, die Entwicklung des nächsten halben Jahres verbindlich einzuschätzen. Trotz umfangreicher Analysen und Statistiken wurde das Grundübel der strukturellen Verzerrungen, der zyklischen Krise nicht offen gelegt. Im monopolkapitalistischen System selbst zu suchende Ursachen wurden in einem besonderen Abschnitt als „Fehler der Wirtschaftspolitik“ des ehemaligen Bundeskanzlers Erhard dargestellt. So wird versucht, die Verantwortung der Monopole und der CDU/CSU für die seit 20 Jahren betriebene Politik und auch die Verantwortung der Regierung der Großen Koalition für die Fortsetzung dieser Politik aus der Schußlinie der Kritik zu bekommen.

Daß es einen neuen Aufschwung geben wird, ist unumstritten. Karl Marx hat schon vor 100 Jahren festgestellt, daß der Verlauf der Überproduktionskrise selbst gewaltsam und spontan die Bedingungen für das Herauskommen aus der Krise schafft. Daß dieser Aufschwung nicht mehr die Gipfel der

¹⁾ 1. Halbjahr 1966 = 21,8 Mill. Beschäftigte und 169 000 Arbeitslose. 1. Halbjahr 1967 = 21,07 Mill. Beschäftigte und 537 000 Arbeitslose. Zu dieser Zahl kommen noch 290 000 ausländische Arbeiter, die als Arbeitslose in ihre Heimat zurückgesiedelt wurden.

Vergangenheit erreichen wird, wurde bereits von einer Reihe von Instituten vorausgesagt.

Daß die vorausgesagte diesjährige Zuwachsrate von netto 4 Prozent aufgrund der Produktivitätssteigerung, der erhöhten Arbeitsintensität keine Rückkehr zu früheren Zeiten der Vollbeschäftigung bringen wird, ist, wenn auch verniedlicht dargestellt, zugegeben. So wird z. B. für das erste Halbjahr 1968 eine um 100 000 bis 150 000 geringere Zahl an Arbeitslosen vorausgesagt als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Das hört sich gut an, heißt aber, daß diese Zahl um rund 200 000 bis 250 000 höher liegen würde als im Frühjahr 1966, dem Jahr vor der Krise.¹⁾

Die ersten Monate des neuen Jahres mit wieder über 550 000 registrierten Arbeitslosen widersprechen selbst dieser Prognose und machen deutlich, daß Unterschieden werden muß zwischen Konjunkturaufschwung und Bedarf an Arbeitskräften, zwischen Krisenzyklus und Strukturkrisen. Denn selbst bei Überwindung der zyklischen Krise werden sich die Auswirkungen verstärkter Rationalisierungsinvestitionen und der Strukturkrisen weiter verschärfen vom negativen Einfluß der sich weiter vertiefenden staatlichen Finanzkrise gar nicht zu sprechen.

In diesem Zusammenhang sei die Frage erlaubt, wie die Talfahrt des Jahres 1967 wohl ausgesehen hätte, wenn nicht die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren gegen den Widerstand der Monopole und ihrer Regierung Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverlängerungen, Urlaubsgeld und Lohn- und Gehaltserhöhungen durchgesetzt hätten. Wie hätte dann die Kaufkraft auf dem inneren Markt ausgesehen? Wieviel Arbeiter und Angestellte wären dann zur Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit verurteilt? Es sei daran erinnert: 1 Prozent

mehr Lohn- und Gehaltssumme sind gleich über 2 Md. DM mehr Kaufkraft! 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung z. B. von 42 auf 40 Stunden in der Woche bedeuten bei 10 Millionen Industriearbeitern gleich 480 000 zusätzliche Arbeiter oder bei einer Produktivitätssteigerung von 4,9 Prozent die Sicherung der gleichen Zahl von Arbeitsplätzen!

Reallohnnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen sind also in der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution, der sprunghaften Steigerung der Arbeitsproduktivität ein Gebot der Vernunft, ihre Ablehnung dagegen ist ein von Profitgier diktiert wirtschaftlicher Widersinn.

Aggressive Politik gefährdet soziale Sicherheit

Als der Tatsache, daß ein solches Land wie Japan, dessen Wirtschaft von den Rüstungslasten bisher noch nicht so überfordert wurde, die Bundesrepublik noch dieses Jahr von ihrem zweiten Platz in der kapitalistischen Welt verdrängen wird, wird ebenfalls keine Schlußfolgerung gezogen. Wer aber die Rüstungsausgaben für tabu hält und glaubt, ökonomische Lösungen unabhängig von der Politik, die betrieben wird, zu finden, oder wer sogar glaubt, der Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung alles andere unterordnen zu müssen, der wird die chronische Labilität des Systems und die damit verbundene soziale Unsicherheit forcieren und nicht abbauen. Im Rahmen des staatsmono-

Die Krisenerscheinungen liegen im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst begründet. Sie müssen nicht sein. Die sozialistische DDR mit ihrer krisenfreien stetigen wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtsentwicklung beweist es. Kein noch so weises Gutachtergremium, kein Schiller können ohne Fiasco zu erledigen sich an dieser Grundwahrheit vorbeimogeln. Die Gewerkschaften aber sollten davon ausgesehen, daß das, was für die Milderung der Krise gut war, für den Aufschwung nicht schädlich sein kann. Das umso mehr, weil trotz des jetzt angekündigten Aufschwungs mit einer höheren Rate an Arbeitslosen als angegeben gerechnet werden muß.

polistischen Systems lassen sich zwar zeitweilige reaktionäre, zu Lasten des Volkes gehende Lösungen finden, wie das mit dem vorliegenden Gutachten offensichtlich wird. Aber die für diese Politik erforderlichen Milliarden, z. B. für die wissenschaftlich-technische Revolution, für das Bildungswesen, die Infra-Struktur und soziale Sicherheit oder gar wachsender Volkswohlstand sind nicht vorhanden. Soziale Sicherheit und Volkswohlstand sollen vielmehr mit Hilfe der Großen Koalition und der sozialdemokratischen Minister zugunsten der Stabilisierung der staatsmonopolistischen Macht und ihrer politischen Zielsetzung verstärkt geopfert werden. Und dem entsprachen auch die Gutachter.

„Soziale Symmetrie“ in der Praxis

Nach der Darlegung einer nur halbjährigen, selbst dann noch mit Fragezeichen versehenen Wirtschaftsprägnose und einer spekulativen Betrachtung der Entwicklung in den Jahren von 1968 bis 1971 werden die Gutachter konkret und zwar gleich für zwei Jahre im voraus.

Dem Staatshaushalt werden für diese zwei Jahre je 10 Prozent Ausgabensteigerung empfohlen. Gleichzeitig wird für die Monopole ein Katalog von Steuersenkungen aufgestellt. Dem steht gegenüber die einfache Registrierung der Tatsache, daß z. B. die durch Kürzung der Zuschüsse für die Sozialversicherung, die auf die Arbeiter zukommende Beitragserhöhung, daß wei-

tere staatlich manipulierte Preiserhöhungen, z. B. die Mehrwertsteuer, die Kaufkraft des Volkes senken werden. Bei steigenden Staatsausgaben und steigenden privaten Investitionen (1968 um 14,8 Prozent, 1969 um 8,2 Prozent) soll der private Verbrauch von 58,5 Prozent des Bruttosozialproduktes auf 57 Prozent zurückgehen.

17,5 Prozent Steigerung bei Profiten und Vermögen der Besitzenden allein für 1968 werden einfach vorausgesagt und registriert, aber für Arbeiter und Angestellte wird eine feste Lohnleitlinie von 8,5 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung stufenweise auf 2 Jahre verteilt „wissenschaftlich begründet“.

Unternehmerboß Balke: „Genereller Lohnstopp 1968“

Und so sieht dann die von Schiller verkündete 1. und 2. Stufe der „konzertierte[n] Aktion“ nach den Empfehlungen der Gutachter in der Praxis aus: 1967 sank — bundesamtlich zugegeben — die Nettolohn- und Gehaltssumme der „Unselbständigen“ um 1,2 Prozent bei einer Preissteigerung von 1,9 Prozent. Zum Dank für die Hinnahme dieses Reallohnverlustes im Jahre 1967 sollen jetzt im ersten Halbjahr 1968 Löhne und Gehälter um netto 1,5 Prozent steigen, bei einer Preiserhöhung von ebenfalls 1,5 Prozent. Das wäre also plus minus 0. Die Monopole aber schufen mit ihren rigorosen Abbaumaßnahmen in den Betrieben im Jahre 1967 die Voraussetzungen für eine Erhöhung ihrer Gewinne um 10 Prozent, allein im ersten Halbjahr 1968²⁾. In diesem Schillerschen Konzert sind Rüstungsetat und Profithöhe ausgeklammert. In der konzertierte[n] Aktion soll also lediglich geklärt werden, in welchen Elappen den Arbeitern und Angestellten ohne größeren Widerstand das Fell über die Ohren gezogen werden kann. So betrachten es die Monopolvertreter und ihr Minister Schiller bereits als ein Zugeständnis ihrerseits, wenn sie hohle Versprechungen abgeben, in den Betrieben nicht weiter abzubauen. Diese „konzertierte Aktion“ ist somit untauglich für die gewerkschaftliche Interessenvertretung. Hier gibt es weder gläserne Taschen noch „soziale Symmetrie“, noch echte Mitbestimmung. Hier soll die Tarifautonomie zu Grabe getragen werden und die eingeladenen Gewerkschaftsfunktionäre sollen auch noch bei der Beerdigung tragen helfen. Das macht das Gutachten mehr als deutlich.

Plan ist nicht gleich Plan

Die KPD fordert in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften eine planende Vorausschau. Dort, wo die Arbeiterklasse unter Führung kommunistischer Parteien an der Macht ist, wurde der Beweis erbracht, wie auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Leitung und Lenkung der Volkswirtschaft, eine vorausschauende

²⁾ Gutachten, Tabelle 28

Die versuchte Drosselung der Einkommen der Arbeiterklasse zugunsten höherer Profite und Staatseinnahmen hat auch noch einen anderen Aspekt.

Investitionen sind natürlich notwendig. Aber die Gutachter orientieren global auf eine Erhöhung, ohne zu beantworten, in welchen Wirtschaftszweigen wieviel investiert werden soll, um Überkapazitäten in Zukunft zu vermeiden. Und mit dieser globalen Empfehlung ist auch nicht die Frage beantwortet, wie z. B. im Ruhr-, Saar- und Saalgebiet neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wird auch nicht gesagt, wo die Investitionen territorial notwendig sind und welche Steuerungsmittel ihre Anlage sichern sollen. Das wird den Monopolen überlassen, die darüber in Vergangenheit und Gegenwart ausschließlich vom Gesichtspunkt ihrer Profitinteressen entschieden haben, und die die Haftschuld daran tragen, daß es im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution zu solchen für die Arbeiterklasse schädlichen strukturellen Krisen gekommen ist. So wurden z. B. beim AEG-Konzern 1967 trotz einer nur 75prozentigen Auslastung der Kapazitäten eine unverändert hohe Dividende von 16 Prozent festgelegt und Investitionen in gleicher Höhe wie des Vorjahres geplant.

Das vorliegende Gutachten beweist somit erneut, daß die Arbeiterklasse, die Gewerkschaft, will sie aktiv und im Interesse des Volkes auf den Wirtschaftsablauf einwirken, eigene Untersuchungen, eigene Schlüssefolgerungen und eigene Aktivitäten zur Durchsetzung richtiger Forderungen anstreben muß.

Planung zum Wohle der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes funktionieren kann und muß. Gewerkschaftsfunktionäre aber, die sich vom gegenwärtigen Planungseifer der herrschenden Kreise beeindrucken lassen und glauben, daß dies ein Eingehen auf Forderungen ihres Grundsatzprogramms sei, sollten sich erinnern, daß auch Göring im Auftrag der Monopole plante und zwar total unter der Parole „Kanonen statt Butter“. Sie sollten in der DDR stu-

dieren, wie eine Planung im Interesse des Volkes gehandhabt wird; sie werden hier wirkliche Übereinstimmung finden mit ihrem Grundsatzprogramm, nicht aber bei der mittelfristigen Finanzplanung von Strauß und Schiller.

Es geht um eine konkrete, effektiv werdende verbindliche demokratische Planung und Festlegung aller Grunddaten der wirtschaftlichen Entwicklung und der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, orientiert an den gesellschaftlichen Bedürfnissen von heute und morgen und nicht orientiert an den Profit- und Machtinteressen einiger hundert Multimillionäre.

Ablehnen muß man die einseitige Festlegung der Lohnentwicklung, die Beseitigung der Tarifautonomie zu gunsten der Allmacht der Monopole. Ablehnen muß man die Überwindung wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten auf Kosten des Volkes und im Interesse höherer Profiterwartungen der Monopole und einer Politik, die zutiefst antinational, antidemokatisch und friedensgefährdet ist.

Es kommt auf eine Wirtschaftspolitik an, die auf längere Sicht eine planmäßige Überwindung der strukturellen Verzerrungen, der sinnlosen Schaffung von Überkapazitäten zum Ziel hat, und die die Sicherung der Arbeitsplätze und den wachsenden Wohlstand der arbeitenden Menschen durch planmäßige Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft anstrebt. Höhere Investitionen sind notwendig für die Qualifizierung und soziale Sicherheit der arbeitenden Menschen, damit sie befähigt werden, Schritt zu halten mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution, damit sie das kaufen können, was sie selbst in steigendem Umfange produzieren.

Die Aufgabe der revanchistischen Wahnsinnspläne und die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Verständigung ist daher eine entscheidende Voraussetzung für eine kontinu-

ierliche gesunde Entwicklung der Volkswirtschaft.

Aber gerade gegen eine solche mitbestimmende Einflußnahme der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung laufen die Konzernherren mit ihrer Regierung Sturm. Darum kommt es auf die Einschränkung ihres Machtinflusses in Wirtschaft und Staat an; darum müssen Mitbestimmungsrechte zugunsten der Arbeiterklasse verwirklicht werden. Darin besteht Sinn und Zweck einer echten qualifizierten gewerkschaftlichen Mitbestimmung als wichtiger Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse um die Macht in Wirtschaft und Staat.

Wieviel der Staat ausgibt und wofür, wieviel die Konzerne investieren und wo investiert werden soll, um den Strukturverzerrungen entgegenzuwirken und Überkapazitäten zu vermeiden, wieviel Profite die Aktionäre in die Tasche stecken können, wie sich die Einkommen der Arbeiter und Angestellten entwickeln können und müssen — das alles sind Machtfragen. Dabei werden sich die Gewerkschaften nur mit eigenen Mitteln, eigenen Untersuchungen und mit der eigenen gewerkschaftlichen Kraft durchsetzen können. In Fragen der Macht gibt es keine Hilfe von „Unabhängigen“, helfen keine „konzertierte Gespräche“. Dort, wo im Jahre 1967 gekämpft wurde, ist etwas für die Arbeiterklasse herausgekommen. Wo abgewartet wurde, profitierten die Konzerne und ihre Regierung. Solange die Konzernherren auf ihrem Herrn-im-Hause-Standpunkt beharren, allein bestimmen und nur die Verantwortung und das Risiko ihrer Mißwirtschaft der Arbeiterklasse übertragen wollen, solange statt einer echten Mitbestimmung Notstandsgesetze gefordert werden, gibt es für die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften keinen Grund, wirtschaftliche Schwierigkeiten, an denen sie keine Schuld tragen, durch Kurztreten im Lohnkampf zu honorieren.

Jetzt effektive Lohn- und Gehaltserhöhungen durchsetzen

Profite und Rücklagen der Monopole, wachsende Rüstungsausgaben des Staates bieten ein ausreichendes Reservoir für eine sozial gesicherte Entwicklung der Volkswirtschaft.

Alles für den technischen und sozialen Fortschritt, Butter statt Kanonen, Friedenspolitik statt Revanchepolitik und Notstandsgesetze — das ist der Inhalt der gewerkschaftlichen Be-

schlüsse. Diese Grundforderungen stehen auch in der Lohnbewegung auf der Tagesordnung.

Die in diesem Frühjahr im Lohnkampf stehenden 6 Millionen Chemie-, Metall-, Bau-, Bergbau- und Textilarbeiter und -angestellten sollten sich ihrer solidarischen Kraft bewußt sein. Wo weiterhin hohe Dividenden für Schmarotzer gezahlt, Rücklagen erhöht und Milliardensummen in die Rüstung gesteckt, wo Milliarden für Waffenkäufe in den USA, für die Stützung des Dollars ausgegeben werden, sollten die Gewerkschaften mit der ganzen Kraft ihrer Organisation auch in der Lohnbewegung diesem reaktionären Kurs entgegentreten und effektiv wirksame Lohn- und Gehaltsforderungen entwickeln und durchsetzen.

So und nicht anders gilt es zu handeln im Interesse der Kaufkrafterhöhung des Volkes, der Sicherung der Arbeitsplätze und eines neuen konjunkturellen Aufschwungs. Alle Kom-

munisten sind aufgerufen, ausgehend von den Beschlüssen unserer Partei, zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen Stellung zu beziehen und konstruktiv in den Gewerkschaften mitzuarbeiten. Der veröffentlichte Entwurf eines neuen Parteiprogramms gibt uns für die Klärung dieser Probleme in den Gewerkschaften eine große Hilfe.

Dieser Programmentwurf in Verbindung mit dem Wirtschaftsprogramm unserer Partei gibt unseren Genossen die Möglichkeit, konstruktiv daran mitzuarbeiten, daß in den Gewerkschaften eine eigene wirtschaftspolitische Konzeption entsteht, die von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht. So könnte ein mobilisierender programmatischer Faktor entstehen für den erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf in der Lohnbewegung, für die klassenbewußte Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, der Gewerkschaftstage und -konferenzen und des diesjährigen 1. Mai.

Rolle und Bedeutung der Frauen in der Arbeiterbewegung und in den Gewerkschaften

Von GERTRUD STROHBACH

Es gibt in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik einen Zeitabschnitt, in dem die Bedeutung der Frauen für die Entwicklung, für die Kämpfe und die Erfolge der Arbeiterbewegung sich geradezu aufdrängte. Das war die Periode von 1950 bis etwa 1964, als sich die Zahl der in außerhäuslicher Erwerbstätigkeit stehenden Frauen sprunghaft um mehr als 3 Millionen erhöhte.

Trotzdem wird niemand bezweifeln, daß die Haltung der Frauen für den Erfolg der Kämpfe der Arbeiterbewegung im sozialen und im politischen Bereich angesichts der immer härter werdenden Auseinandersetzungen, angesichts des immer engeren Zusammenwirkens der Monopoliherren und ihrer Regierung gegen die Arbeiterklasse seitdem noch größere Bedeutung gewonnen hat. Deshalb steht eine weitere politische Aktivierung der arbeitenden Frauen, ihre verstärkte Einbeziehung in die Aktionen der Arbeiterbewegung und speziell der Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Dazu ist notwendig, in Verbindung mit den allgemeinen

Arbeiterforderungen die Probleme und speziellen Forderungen der Frauen in der Arbeiterbewegung klar herauszuarbeiten. Davon hängt ganz wesentlich ab, wie weit es gelingt, den Frauen ihre Klassenposition stärker als bisher bewußt zu machen, ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln. Das ist auch der Weg, auf dem die große Kraft der Frauen auch für die Lösung der politischen Ziele der Arbeiterklasse mobilisiert werden kann. Gerade in diesem Bereich sind die Interessen der Frauen ganz und gar eins mit den Forderungen der Volksbewegung für Abrüstung, Frieden und Verständigung, gegen Notstandsgesetze und für den Ausbau der demokratischen Rechte. Vielcs deutet darauf hin, daß sich in dieser Beziehung Fortschritte anbahnen.

Es ist sicher nicht ohne Bedeutung, wenn auf der 4. Zentralen Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung im Herbst vergangenen Jahres Dr. Manfred Teschner sich veranlaßt sah, in seinem Referat von der

notwendigen Einsicht zu sprechen, „daß die faktische Ungleichheit eines beträchtlichen Teils der arbeitenden Frauen ein Bestandteil der grundlegenden sozialen Ungleichheit unserer Gesellschaft ist, sie aus der ungleichen Verteilung von Reichtum, gesellschaftlicher Macht und Prestige herröhrt...“ „In diesem Sinne“, so führte Dr. Teschner weiter aus, „ist das Problem der Emanzipation der Frau, soll es mehr

meinen als Befreiung der Frau zu einem fungiblen Arbeitsinstrument, ein Problem der Emanzipation von den Produktions- und Herrschaftsverhältnissen, die eine sinnvolle, menschenwürdige Verwendung und eine gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums verhindern. Diese grundsätzlichen Zusammenhänge ins Bewußtsein zu heben, halte ich aus mehreren Gründen für sehr wichtig...“

Grundwahrheiten

Daß diese Grunderkenntnis der sozialistischen Arbeiterbewegung wieder deutlicher ausgesprochen wird, als das in den Jahren davor der Fall war, hat seine Ursachen zu einem großen Teil in der krisenhaften Entwicklung der jüngsten Zeit und im Versuch des staatsmonopolistischen Systems, seine Schwierigkeiten — unter Zuhilfenahme sozialdemokratischer Minister — auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu überwinden.

Die große Masse der Frauen hat die Auswirkungen dieser Politik im allgemeinen noch direkter zu spüren bekommen als die Männer und viele begannen, sich mit der Frage nach den Ursachen auseinanderzusetzen. Und zwar nicht nur die berufstätigen, sondern auch nichtberufstätige Frauen der Arbeiter und Angestellten. Ohne Zweifel wirkt gleichzeitig aber ganz offenbar auch die nicht zu übersehende beispielhafte Entwicklung, die sich auf diesem Gebiet in der DDR und den

werden deutlicher

anderen sozialistischen Ländern vollzogen hat, als Anstoß, die Probleme der arbeitenden Frauen in ihrem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu sehen.

Für die KPD als konsequent marxistische Partei der Bundesrepublik sind die Probleme und Forderungen der arbeitenden Frauen ein fester und wichtiger Bestandteil ihrer politischen Tätigkeit. Im Sinne Clara Zetkins und anderer Vorkämpferinnen für die Rechte der Frauen der sozialistischen Arbeiterbewegung setzt unsere Partei sich unfehlbar zielstrebig und jetzt auch in ihrem Programmennwurf für die Grundrechte und für die aktuellen Forderungen der Frauen ein. Sie ist bestrebt, bei den Frauen selbst die Bereitschaft zu verstärken, am Kampf um die Durchsetzung dieser Forderungen mitzuwirken. Damit dient sie sowohl den Interessen der Frauen, als auch der ganzen Arbeiterbewegung.

Neue Probleme der

In allen Industriestaaten der Welt führt die Entwicklung zwangsläufig dazu, daß die Berufstätigkeit der Frauen einen immer größeren Umfang annimmt. Wir sind der Auffassung, daß für die Frauen und ihre Familien ein Gewinn sein kann und wird, wenn die Gesellschaft solche Bedingungen schafft, daß den Frauen durch qualifizierte Ausbildung interessante Berufswägen eröffnet und sie gleichzeitig in die Lage versetzt werden, Beruf und Familie miteinander in Einklang zu bringen. Unsere Partei setzt sich mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß solche Bedingungen in der Bundesrepublik geschaffen werden. Wir sind uns dabei ganz klar darüber, daß dies nur in hartem Ringen gegen den Wider-

berufstätigen Frau

stand der Monopolherren und ihrer Sachwalter in der CDU/CSU und anderen reaktionären Gruppierungen und nur Schritt für Schritt möglich ist.

Bis jetzt ist bei uns leider nicht einmal das Recht der Frauen auf die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit gesetzlich garantiert. Im Gegenteil. Die geltende gesetzliche Regelung besagt, daß verheiratete Frauen nur dann eine Erwerbstätigkeit ausüben können, wenn es mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist. Daß die Frau gleichzeitig verpflichtet ist, erwerbstätig zu sein, „wenn die Arbeitskraft des Mannes und die Vermögenseinkünfte der Ehegatten nicht ausreichen, um den angemessenen Unterhalt zu bestreiten“, fand die CDU-

Mehrheit bei der Beratung dieses Problems im Bundestag im November 1952 bezeichnenderweise ganz in Ordnung.

Seit geraumer Zeit gefallen sich Reaktionäre aller Schattierungen, allen voran CDU-Bundespräsident Heinrich Lübbe, zunehmend darin, die berufstätigen Frauen und ganz besonders die arbeitenden Mütter immer wieder mit der Behauptung zu beschimpfen, sie versündigten sich an ihren Familienpflichten und an ihren Kindern, wenn sie außerhäuslicher Erwerbsarbeit nachgehen. Auch der „Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft“ vom September 1966 schlägt sozusagen höchst offiziell in diese Kerbe, indem dort die Behauptung aufgestellt wird, daß die Frau „in den einzelnen Lebensphasen nur nach Maßgabe ihrer Verpflichtungen gegenüber Familie und Haushalt eine Erwerbstätigkeit ausübt und auch ein

Engagement gegenüber der Gesellschaft nur dann eingeht, wenn die familiären Verhältnisse es zulassen.“ Das wird als sogenanntes „Leitbild für die Frau“ mit großem Aufwand propagiert. Man muß sich fragen, warum läßt die CDU-Führung ein solches „Leitbild“ aufstellen, obwohl man doch im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung in Bonn (es war federführend bei der Erarbeitung der Frauen-Enquête) genau weiß, daß Zweidrittel der verheirateten Frauen deshalb berufstätig sind, weil das Einkommen des Mannes — nicht zuletzt als Folge der preistreiberischen CDU-Politik — keinen „angemessenen Unterhalt“ ermöglicht. Ebenso gut weiß man in Bonn auch, daß das wirtschaftliche Leben einfach zusammenbrechen oder mindestens auf einen sehr viel tieferen Stand gedrückt werden würde, wenn die verheirateten Frauen oder auch nur die 2,3 Millionen Mütter aufhören würden, zu arbeiten.

Die Leithilder

Die Antwort auf diese Frage ist: Mit einem solchen Zerbild der Frauenarbeit und ihrer Bedeutung für die Frauen selbst, für ihre Familien, aber auch für die Volkswirtschaft ist es den Unternehmern bis heute gelungen, die Minderentlohnung der Frauen zu begründen und den Bemühungen der Gewerkschaften um ihre Beseitigung härtesten Widerstand entgegenzusetzen.

Martin Lange, Frauensekretär der Gewerkschaft Textil-Bekleidung sagte dazu auf der schon zitierten 4. Zentralen Frauenkonferenz der GTB: „So wird in einem mit ‚Kempener Losungen‘ überschriebenen Artikel im ‚Textil-Schnell-Report‘ vom 6. 11. 67 behauptet, daß der von unserer Gewerkschaft immer wieder herausgestellte Hinweis, die Löhne der Textilindustrie würden weit unter dem gesamtindustriellen Durchschnitt liegen, ‚eine unvermeidliche Folge des hohen Anteils der Frauenerarbeit‘ sei. . . Deutlicher kann man den Unternehmerstandpunkt über die geringere Einschätzung von Arbeiten, die von Frauen erledigt werden, nicht zum Ausdruck bringen, obwohl gerade diese Unternehmer vorwiegend von der Frauenerwerbsarbeit profitieren.“

der Konzerne

Es trifft die Sachlage sicherlich noch etwas genauer, wenn man sagt: weil die Unternehmer von der Frauenerwerbsarbeit profitieren, liegt ihnen so viel daran, daß ihre Berufstätigkeit auch weiterhin als „Nebenbeschäftigung“ abgewertet wird.

Das angebliche „Leitbild“ steht auch der dringend notwendigen Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Mädchen und Frauen im Wege. Obwohl unter dem Druck der Gewerkschaften und fortschrittlicher Lehrer und nicht zuletzt unter dem Druck der Erfordernisse der technischen Entwicklung gewisse Fortschritte auf diesem Gebiet gemacht werden konnten, ist das Problem der Mädchenbildung und der beruflichen Weiterbildung der Frauen im Rahmen des allgemeinen Bildungsnotstandes der Bundesrepublik ein besonders wunder Punkt.

Die SPD hatte anlässlich einer Bundestagswahl einmal ein gesondertes Familienprogramm aufgestellt mit Forderungen, die weitgehend den gewerkschaftlichen Frauenforderungen entsprachen. Jetzt sind führende Sozialdemokraten in der Regierung, aber sie sind auch in dieser Frage den Frauen ebenso in den Rücken gefallen, wie mit

den Maßnahmen der Kiesinger-Regierung zum Abbau von Sozialleistungen, zur Erhöhung der Lebenserhaltungskosten, wie mit ihrer Haltung zu den Notstandsgesetzen und anderen Problemen unserer Tage. Womit erneut er-

härtet ist, was die Gewerkschaften in den letzten Jahren immer wieder gesagt haben: Nur das wird erreicht werden, wofür wir selbst mit unserer ganzen Kraft uns einzusetzen in und mit unserer Gewerkschaft.

Zu den neuen Richtlinien des DGB für die Frauenarbeit

Unter diesen Aspekten gewinnt die Vorbereitung der 6. Bundesfrauenkonferenz des DGB, die im August dieses Jahres in Kiel stattfinden wird, große Bedeutung.

Auf dieser Konferenz wird der Entwurf der neuen Richtlinien für die Frauenarbeit des DGB zur Beratung stehen, die auf Beschuß des letzten DGB-Kongresses erarbeitet wurden. Wir Kommunisten halten es sowohl im Interesse der arbeitenden Frauen als auch im Interesse der weiteren Verstärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse für sehr wichtig, daß diese neuen Richtlinien von solcher Art werden, daß sie der gewerkschaftlichen Frauenarbeit neue Impulse verleihen und daß sie auf dem Boden des Grundsatz- und Aktionsprogramms des DGB die Grundforderungen der arbeitenden Frauen für die Gegenwart und für eine gesicherte Zukunft entwickeln. Von welcher Art die Forderungen sind, um die es den Frauen geht, hat die 6. Bundesfrauenkonferenz der IG Metall im Herbst vergangenen Jahres in ihren Beschlüssen und Entschließungen sehr eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht.

Aus der Vielfalt dieser Beschlüsse seien hier besonders erwähnt die Forderung nach Beseitigung der verschleierten Frauenlohngruppen und nach Neubewertung der hauptsächlich von Frauen durchgeführten und deshalb generell unterbewerteten Arbeiten; ein ganzes Bündel von Forderungen zur Verbesserung des Schul- und Bildungswesens allgemein und zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungs- sowie Weiterbildungsmöglichkeiten der Mädchen und Frauen im besonderen; z. B. Einführung des 10. Schuljahres, Schaffung von Tagesheimschulen, Ausbau des berufsbezogenen Bildungsweges und Fördermaßnahmen, die auch den Kindern aus Arbeiterfamilien alle Bildungswege öffnen, Beseitigung allen Gedankengutes, das die Hitlerzeit glorifiziert und die Aufnahme eines Lehrstoffes, der sich

mit der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und den Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf das gesellschaftliche, soziale und kulturelle Leben beschäftigt.

Einrichtung und Ausbau von mehr Kindergärten, Kinderhorten und Kindertagesstätten wird gefordert und die Anpassung der Öffnungszeiten dieser Einrichtungen an die Arbeitszeit der berufstätigen Mütter.

Neben den schon früher erhobenen Forderungen auf Herabsetzung des Rentenalters und anderer Verbesserungen auf diesem Gebiet ist die erstmals aufgenommene Forderung interessant, bei der Rentenberechnung für die Frauen, die vor 1957 gezahlten Beiträge um 20 Prozent höher zu bewerten, um damit die Lohndiskriminierung wenigstens etwa auszugleichen.

Gefordert wird weiterhin die Streichung des eingangs schon erwähnten § 1336 des BGB.

In der Entschließung für Abrüstung und Frieden in der Welt wird von Bundesregierung und Bundestag eine Politik der Entspannung und Abrüstung gefordert sowie sofortiger Stopp und allmäßlicher Abbau von Rüstungsausgaben und die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages.

Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, alle Maßnahmen zu unterlassen, durch die der Krieg in Vietnam unterstützt werden könnte. Der Krieg in Vietnam und seine stetige Ausweitung werden schärfstens verurteilt und die Einstellung der Bombardierung Nord-Vietnams durch die USA gefordert.

Die Entschließung gegen die Notstandsgesetzgebung bekräftigt die Ablehnung der Notstandsgesetze, fordert den Bundestag auf, die bereits beschlossenen einfachen Notstandsgesetze unverzüglich aufzuheben, wendet sich gegen die Aufhebung des Grundgesetzartikels, wonach Frauen nicht zu Dienstleistungen im Verband der

Streitkräfte verpflichtet werden dürfen und fordert die berufstätigen Frauen auf, stärker als bisher in den örtlichen Kuratorien „Notstand der Demokratie“ mitzuarbeiten und so den Widerstand der Gewerkschaften zu verstärken.

Als eigenen Beitrag zur Entspannung betrachteten die Delegierten den Beschuß der Konferenz, mit dem der IG Metall-Vorstand ursucht wird, dem DGB-Bundesvorstand eine erneute Überprüfung des sogenannten Anti-Kontakt-Beschlusses vorzuschlagen.

Es besteht bei vielen Gewerkschaftsfunktionärinnen der Wunsch, parallel zu dem Austausch allgemeiner Gewerkschaftsdelegationen mit den sozia-

listischen Ländern auch spezielle Frauendelegationen oder mindestens eine stärkere Berücksichtigung von Frauen in den allgemeinen Delegationen zu erreichen. Es ist zu hoffen, daß sich diese Wünsche der Kolleginnen auch in entsprechenden Anträgen und Beschlüssen der bevorstehenden Bundesfrauenkonferenz niederschlagen.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß die Männer und Frauen nicht gegeneinander, sondern miteinander kämpften, auch für die speziellen Forderungen der Frauen. In unserer Partei ist dieser Grundsatz Gesetz unseres Handelns.

Auf dem Wege zur sozialistischen Verfassung der DDR (Aus der „Einheit“, Zeitschrift für Theorie und Praxis des ZK der SED*)

I.

Der Begriff Verfassung hat zweifache Bedeutung. Erstens umfaßt er die fundamentalen staatsrechtlichen Regelungen einer Staats- und Gesellschaftsordnung, ihre politischen und ökonomischen Grundlagen, das Ver-

Zusammensetzung der Staatsorgane. Zweitens aber bezeichnet Verfassung den tatsächlichen Zustand eines Gesellschaftssystems, die wirklichen Machtverhältnisse, die faktischen Beziehungen zwischen den Klassen und

Verfassungsentwurf veröffentlicht

Vor der Volkskammer der DDR wurde im Februar der Verfassungsentwurf beraten und damit der Öffentlichkeit zur Diskussion übergeben. Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, begründete den Entwurf. Kernsätze aus der Rede und der Verfassung des sozialistischen Staates deutscher Nation sind:

• Alle politische Macht wird von den Werktägigen ausgeübt • Der Mensch, die sozialistische Menschengemeinschaft stehen im Mittelpunkt aller Bemühungen von Gesellschaft und Staat • Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes eigen • Macht und Recht, die Grundinteressen aller Klassen und Schichten unserer Gesellschaft stimmen überein • Jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit, Bildung, Freiheit und Erholung • Verfassungsentwurf fixiert Kechte der Gewerkschaften • Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei sowie die immer engere Zusammenarbeit aller Blockparteien und Organisationen in der Nationalen Front sind verfassungsrechtlich verankert • Außenpolitik entsprechend den Prinzipien des Internationalismus und eine allseitige Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten • Berlin ist die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik • Die nationale Frage in Deutschland ist eine Klassenfrage.

hältnis des Staates zu seinen Bürgern, deren Rechte und Pflichten, den staatlichen Aufbau sowie die Prinzipien der Tätigkeit, die Struktur und die

Schichten, die reale Stellung des Bürgers im Staat. Es versteht sich, daß diese „Verfassungswirklichkeit“, die „ungeschriebene Verfassung“, dabei das Entscheidende ist, das Kriterium

*) „Einheit“, Nr. 1/1968

für Güte und Bewährung der geschriebenen Verfassung.

In dieser Sicht ist die Verfassung der DDR, welche vom 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigt und von der damals noch Provisorischen Volkskammer für unsere Republik am Tage ihrer Gründung in Kraft gesetzt wurde, die erste Verfassung in der deutschen Geschichte, die die Prüfung bestanden hat. Alle positiven Ansätze anderer Verfassungen sind hinweggespült, paralytiert, pervertiert worden durch reaktionäre Entwicklungen, durch die ungebrochene Macht der reaktionären Kräfte über die Aktionen und Hoffnungen des Volkes.

Das sogenannte Grundgesetz des Bonner Regimes und einige Verfassungen der westdeutschen Bundesländer hätten z. T. bemerkenswerte Ansatzpunkte einer demokratischen Entwicklung geben können, wenn die Machtverhältnisse es gestattet hätten.

Aber die Spaltung der Arbeiterklasse, die Zersplitterung der demokratischen Kräfte und nicht zuletzt das Eingreifen der imperialistischen Besatzungsmächte führten zur Verfestigung des staatsmonopolistischen Systems. Seine auf Revanche, Expansion und Aggression, auf Formierung, Manipulierung und Militarisierung der ganzen Gesellschaft gerichtete Staatsschleichpolitik höhlt alle demokratischen Ansätze immer mehr aus. Die Notstandsverfassung mit Dutzenden von Änderungen des formal noch geltenden Verfassungstextes soll jetzt zur eigentlichen Verfassung werden. Größte Wachsamkeit ist gegen das geboten, was sich hier ankündigt: ein Kriegsrecht für Friedenszeiten, eine der Zeit und den Erfahrungen angepaßte, rechtsstaatlich verbrämte Vorwegnahme jener Verordnung vom 28. Februar 1933, mit der Hitler die damals schon ausgeschöpften Grundrechte der Weimarer Verfassung auch formell für null und nichtig erklärte.

II.

Unsere Partei hatte 1945 die Lehren aus der Geschichte gezogen und nahm von Beginn an Kurs auf die Verwirklichung echter Volkssouveränität, realer Demokratie und damit grundlegender gesellschaftlicher Umwälzungen. Die konsequent durchgesetzte bürgerlich-demokratische Revolution führte zur Zerschlagung der imperialistischen Macht, zur Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, deren Errungenschaften in der ersten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik staatsrechtlich verankert wurden. Dazu gehören vor allem die Sanktionierung der Bestrafung und Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die Konfiszierung aller Unternahmen, die imperialistischer Kriegspolitik dienten, die Aufhebung und das Verbot aller privaten Monopolorganisationen, die Auflösung und Aufteilung des privaten Großgrundbesitzes (Art. 24 der Verfassung). Diese radikale Beseitigung der materiellen Grundlagen des Imperialismus ging einher mit zielbewußter Arbeit zur idealen Bewältigung der Vergangenheit. So wurde im Prozeß der revolutionären Praxis im Osten Deutschlands die Kraft des

Volkes freigesetzt, das zum erstenmal in der deutschen Geschichte Herr im eigenen Hause und Baumeister eines eigenen Staates werden konnte. Das werktätige Volk selbst sorgte dafür, daß seine Verfassung als erste in Deutschland ernstgenommen und bis zu Ende verwirklicht wurde. Der in ihrer Präambel zum Ausdruck gebrachte Wille, „die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern“, ließ die Konturen einer neuen, menschlichen Gesellschaftsordnung aufleuchten. Nichts beschränkte die Dynamik der Vorwärtsbewegung der Gesellschaft, wie in bürgerlichen Verfassungen üblich, sie war im Gegenteil vorausgesetzt. Deshalb konnten die Grundgedanken dieser Verfassung als Instrument der fortschreitenden Entwicklung lange Zeit gute Dienste leisten, wenn auch die Strukturen und Formen von Gesellschaft und Staat sich änderten und manche staatsrechtliche Regelungen diesen Veränderungen angepaßt wor-

den mußten. Die Verfassung gestattete und begünstigte deshalb auch die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus.

In der Rede vor der Volkskammer, mit der Genosse Walter Ulbricht die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung begründete, wurde ein eindrucksvolles Bild gewiehnkt von dem, was in der DDR seit ihrer Gründung geschaffen wurde. 1949 erfaßten nicht alle die Tragweite dessen, wofür hier der Grund gelegt worden war. Die materiellen und moralischen Verheerungen der imperialistischen Vergangenheit waren noch überall spürbar und wurden sogar lange Zeit über die offene Grenze vom Westen immer wieder belebt. Aber die organisierte Kraft der Volksmassen hat trotz großer Schwierigkeiten im harten Klassenkampf eine neue Gesellschaft erstehen lassen, die die Schande der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in ihrem Wirkungsbereich getilgt hat und Demokratie und Menschlichkeit aufflöhren ließ. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde nach der ersten, antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf friedlichem Wege eine weitere, eine sozialistische Revolution vollzogen. Lenin hatte das Modell einer solchen revolutionären Dynamik entworfen, als er 1905 als Ergebnis einer unter Hegemonie der Arbeiterklasse konsequent durchgeführten bürgerlich-demokratischen Revolution die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern und deren Hünüberwachsen in die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten erkannte. Wir sind von den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung, dem Wesensgehalt des Marxismus-Leninismus ausgegangen und haben ihn schöpferisch auf die spezifischen Verhältnisse in unserem hochindustriellen Land angewandt.

Unsere Menschen haben im Kampf um den Sozialismus gelernt, Staat und Wirtschaft zu leiten, und sie lernen es immer besser. Völlig neue zwischenmenschliche Beziehungen, neue moralische Verhaltensweisen, neue gesellschaftliche Ideen haben sich durchgesetzt. Der Staatsbürger der DDR ist stolz auf seine Erfolge und übt seine

Rechte und Pflichten immer gewissenhafter und bewußter aus. Sein Staat gewährleistet ihm soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in einer festen Rechtsordnung.

Der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist unumstößlich und endgültig. Der Sozialismus entwickelt sich jetzt auf seinen eigenen Grundlagen und bildet, wie die Erfahrungen zeigen, eine relativ selbständige sozial-ökonomische Gesellschaftsformation in der geschichtlichen Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Eine neue, sozialistische Verfassung steht jetzt auf der Tagesordnung, die das Fazit unserer Kämpfe zusammenfaßt, den Errungenschaften unserer Zeit entspricht und unsere weitere Entwicklung aktiv fördert. Was grundsätzlich erreicht ist, was faktisch in unserem Leben, rechtlich in einer Vielzahl von Gesetzen verankert ist, soll jetzt im höchsten Gesetz unseres Staates zusammengefaßt, fixiert und staatsrechtlich gesichert werden. Das betrifft vor allem die Grundprinzipien und Grundstrukturen des sozialistischen Gesellschaftssystems.

Heute ist die Deutsche Demokratische Republik ein suoveräner sozialistischer Staat mit einer stabilen modernen sozialistischen Wirtschaft von hoher Leistungskraft und ständig wachsender internationaler Autorität. Er beruht ökonomisch auf der festen Grundlage des staatlichen und genossenschaftlichen sozialistischen Eigentums, das kooperativ mit allen Warenproduzenten verbunden ist. Politisch beruht die Stärke unseres Staates auf der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der Volkssouveränität, das sich in einer Vielfalt demokratischer Formen und Methoden und der verantwortlichen Einbeziehung der Bürger in alle gesellschaftlichen Planungen und Aufgaben, von den Wahlen zu den Volksvertretungen bis zu den Produktionsberatungen in den Betrieben und der Mitarbeit in Schule, Gemeinde und allen gesellschaftlichen Organisationen entwickelt hat und weiter entwickeln wird. Die Politik der Zusammenarbeit aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, der Einbeziehung aller Schichten der Bevölkerung, aller produktiv Tätigen in Industrie, Landwirtschaft, Handel

und Handwerk waren und bleiben eine entscheidende Garantie unserer Erfolge.

Vor uns aber stehen Aufgaben, die trotz des Erreichten eine bedeutend höhere Effektivität unserer Arbeit auf

allen Gebieten verlangen. Wir müssen sie meistern, wenn wir den Maßstäben der wissenschaftlich-technischen Revolution genügen und im Wettbewerb mit dem imperialistischen Westdeutschland siegen wollen.

III.

Die Entstehung einer neuen, sozialistischen Verfassung in der Deutschen Demokratischen Republik regt zum Nachdenken über die verfassungs- und staatsrechtliche Entwicklung in Westdeutschland an. Das „Grundgesetz“ kam bereits ganz anders zustande, als unsere Verfassung von 1949. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wurde von einer durch souveränen demokratischen Akt geschaffenen Körperschaft beschlossen. Sie wurde von der ganzen Bevölkerung gründlich diskutiert. Der 3. Deutsche Volkskongress war in allgemeinen gleichen und geheimen Wahlen von der ganzen Bevölkerung des damaligen sowjetischen Besatzungsgebiets gewählt worden. Den Vorgang der westdeutschen Verfassungsgabe dagegen kennzeichnet selbst ein bürgerlicher Kommentator dieses Grundgesetzes mit den Sätzen: „Am Anfang war die Weisung. Solche ging aus von den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands.“¹⁾ Der „Parlamentarische Rat“, der diesen Auftrag ausführte, war von den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder eingesetzt. Über seine Annahme wurde auch in den dafür nicht gewählten und denkbar ungeeigneten Landtagen der Länder abgestimmt. Der Text des Entwurfs wurde von den Besatzungsmächten mehrfach korrigiert und von ihnen in Kraft gesetzt. Er gilt bis heute unter

¹⁾ Friedrich Giese, „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, Kommentar, Vierte ergänzte Auflage, Frankfurt a. Main 1955, S. 1

²⁾ Vgl. „Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, zur Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vor der Volkskammer am 1. Dezember 1967“, „Neues Deutschland“ vom 2. Dezember 1967

³⁾ Friedrich Giese, „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, Kommentar, Vorwort zur 4. Auflage

dem Vorbehalt von Besetzungsrechten, zunächst des Besetzungsstatuts, seit 1954 der Pariser Verträge.

Dennoch hätte auch diese Verfassung zum Instrument einer fortschrittlichen Entwicklung werden können, wenn die demokratischen Kräfte verhindert hätten, daß die Weichen auf Restaurierung der Macht des Monopolkapitals und des Militarismus, auf Wiedererrichtung des bürokratischen, mit Nazis durchsetzten Staatsapparats gestellt wurden. Die Voraussetzungen dafür wären damals auch in Westdeutschland gegeben gewesen. Da aber die Möglichkeiten nicht genutzt wurden, da insbesondere die Spaltung der Arbeiterklasse von der sozialdemokratischen Führung systematisch aufrechterhalten und vertieft wurde, begann sofort wieder das alte Spiel des Regieren und Agieren am Rande und außerhalb der Verfassungslegitimität, die die westdeutsche Verfassungsgeschichte zur Geschichte von vier Staatsstichen mache.²⁾ Das wurde durch den scheinrechtstaatlichen Perfectionismus des Apparates getarnt und begünstigt. Gegen institutionellen Schutz der Verfassung und der Grundrechte der Bürger gibt es bestimmt keinen Einwand, wohl aber gegen Einrichtungen, die nur dazu benutzt werden, dem Verfassungsbruch den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu verleihen. Das rechtswidrige Verbot der KPD durch ein mit Gesetzescharakter ausgestattetes Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigt zum Beispiel diese betrügerische Praxis — von der Pervertierung des Begriffs Verfassungsschutz durch das skandalumwitterte Organ dieses Namens gar nicht zu reden. Schon 1954 schrieb der erwähnte Prof. Giese: „Nach wie vor ist die Mahnung angezeigt, daß die Anwendung des Grundgesetzes durch Legislative und namentlich Exekutive in Bund und Ländern wieder zu voller Verfassungstreue zurückfinden möge.“³⁾ Inzwischen ist der Wider-

spruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit im Bonner Staat immer klaffender aufgebrochen. Die jetzt schrittweise verwirklichte „innere Staatsreform“⁹⁾ mit ihrer Flut von Verfassungsänderungen und Gesetzesvorlagen ist der juristische Ausdruck für den schon praktizierten Übergang zur Expansions- und Aggressionspolitik. Es geht dabei nicht mehr um Modifikationen des Staatsaufbaus und der Staatspraxis, sondern um deren grundsätzliche Umstrukturierung, um eine neue Qualität der Organisation des staatsmonopolistischen Systems von seiner staatlichen Seite. Niemand darf sich durch die parlamentarische Geschäftigkeit in Bonn und die juristi-

stische Verbrämung der Vorgänge darüber täuschen lassen, daß eine massive weitere Entrechtung der Werktäglichen und der demokratischen Kräfte im Interesse der Diktatur des Monopolkapitals droht. Dabei wird gleichzeitig die parlamentarisch-demokratisch juristische Tarnung durch die weitere institutionelle Perfectionierung des Apparats, zum Beispiel durch ein sogenanntes „Notparlament“, noch verstärkt. Dieser Scheinlegalismus ist Bestandteil des Systems der Manipulierung der Bundesbürger, an dessen Wirksamkeit sich insbesondere die sozialdemokratischen Minister durch ihre Regierungsbeteiligung mitschuldig machen.

* * *

Verfassungen markieren, wie ihre Geschichte in Deutschland zeigt, Wendepunkte und Einschnitte im gesellschaftlichen Prozeß. Sie verankern seine Ergebnisse, sie dienen der Festigung der bestehenden Verhältnisse und sind zugleich Wegbereiter zukünftiger Entwicklungen.

Wenn in der DDR jetzt eine neue, sozialistische Verfassung notwendig geworden ist, so deshalb, weil die Ziele der Verfassung von 1949 erreicht und überboten sind durch den auf ihrer

Grundlage erreichten Fortschritt, durch die Überwindung des Klassenantagonismus. Wenn das Bonner Grundgesetz immer mehr durchlöchert, entstellt und zerfetzt wird, so geschieht das, weil die Reaktion und das restaurierte Monopolkapital den Kurs auf Aggression und Expansion nach außen und Unterdrückung und Entrechtung der Bevölkerung im Innern beschleunigen, weil sich die antagonistischen Widersprüche verschärfen.

H. S.

Vietnam-Krieg ruiniert den Dollar

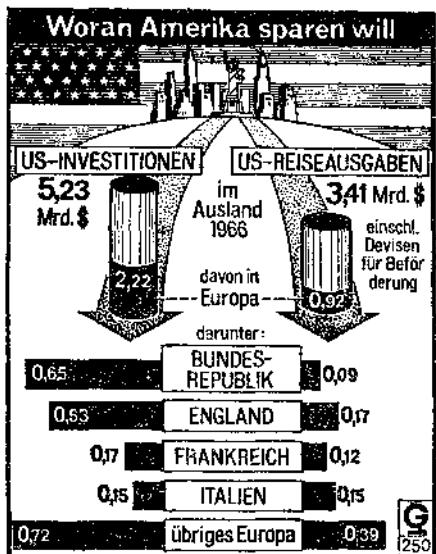
von FRITZ RISCHE

Die Auswirkungen der Pfundabwertung haben deutlich gezeigt, welche tiefe Krise das gesamte kapitalistische Währungssystem erschüttert. Man muß heute von einer chronischen Krise des kapitalistischen Währungssystems sprechen. Das wurde jetzt wieder mit den Ankündigungen des amerikanischen Präsidenten Johnson über ein umfangreiches Sparprogramm zur Entlastung des US-Dollars deutlich. Die USA wollen im Jahre 1968 rund 3 Milliarden Dollar Devisen einsparen. Diese Einsparungen werden sich in den USA selbst, aber vor allem auch bei den amerikanischen Verbündeten dra-

stisch auswirken. Die USA rufen ihre Verbündeten zur Kasse, um den kranken Dollar abzustützen.

In einem Schreiben an die Bundesregierung hat Johnson die Erwartung ausgesprochen, daß die Partner Amerikas Verständnis für die Sparmaßnahmen hätten. Die USA erwarten von den Dollar-Überschuß-Ländern positive Hilfe, vor allem durch mehr Devisenhilfe und Kostenübernahme für die Stationierung amerikanischer Truppen in Übersee. Den Handelspartnern der USA gegenüber will Johnson auf einen beschleunigten Abbau bestehender Handelsschranken drängen (d. h. einen ungehinderten Zugang für amerikanische Importe erzwingen!). Es sollen Vorschriften erlassen werden über Devisenkontrollen, um den Kapi-

9) Karlfried Pröger / Max Schmidt, „Zur reaktionären „inneren Staatsreform“ in Westdeutschland“, „Einheit“, Heft 10/11, 1967, S. 1404 ff.



talexport amerikanischer Konzerne zur Durchführung von Anlageinvestitionen und zum Erwerb von Beteiligungen im Ausland zu kontrollieren; es sollen Höchstgrenzen für das Niveau der ausländischen Gesamtinvestitionen erlassen werden. Es sei aber vermerkt, daß die USA-Superkonzerne, die in Westeuropa ein umfangreiches Engagement aufrechterhalten, sich in den letzten Jahren immer mehr ihre Investitionen durch Kredite finanzieren, die sie in Europa aufgenommen haben (so heißt es heute selbst in Kapitalistenkreisen: „Wir geben ihnen das Geld, damit sie uns kaufen.“).

Vietnamkrieg — ruiniert

Wo liegen nun die Hauptursachen für die Krise des Dollars und der US-amerikanischen Zahlungsbilanz?

Der Hauptgrund liegt zweifellos in der jahrelangen Gendarmerierolle der USA in aller Welt, in der unablässigen Folge von Interventionen und Kriegen gegen die Befreiungsbewegungen, in der Führung des kalten und die Vorbereitung des heißen Krieges gegen das sozialistische Weltsystem. Daß aber die Krise so offen ausbrechen konnte, hat vor allem seine Ursache im schmutzigen amerikanischen Krieg in Viet-

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 3. Januar 1968

Die amerikanischen Anordnungen umfassen auch einen in Einzelheiten noch nicht bekannten Gesetzesantrag an den US-Kongreß, Touristenreisen amerikanischer Bürger ins Ausland zu beschränken. Schließlich zeichnen sich neue Maßnahmen der Johnson-Regierung ab, in der Lohn- und Steuerpolitik auf einen schärferen Kurs zu gehen. Also die Politik: Kanonen statt Butter!

Diese noch nicht vollständige Aufzählung der vorgeschlagenen Maßnahmen nach innen und außen zeigt, welche Bedeutung dieses neue Johnson-Programm hat. Zeitungen der Bundesrepublik brachten in ihren Kommentaren daher offen zum Ausdruck, daß die amerikanischen Maßnahmen zur Sanierung der Zahlungsbilanz „sowohl in Amerika als auch im Ausland sicher auf Kritik stoßen werden“.¹⁾

Es ist jedoch mehr als bezeichnend, daß die offizielle Bonner Regierungspolitik „größtes Verständnis“ für das Johnson-Sparprogramm zeigt. Vor allem ist man in Bonn besorgt um den Führungsanspruch, den die Vereinigten Staaten durch die Krise des Dollars in der kapitalistischen Welt erleiden könnten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ faßt diese Besorgnis in der erwähnten Nummer in die folgenden Worte: „Die politische Solvenz der Führungsmacht des Westens hängt von ihrer ökonomischen Vertrauenswürdigkeit, ihrem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, ihrer tatsächlichen Währungsstabilität ab. Das Politische und das Wirtschaftliche sind hier unlösbar ineinander verschränkt.“

Finanzen und Wirtschaft

nam. Das Nachrichtenmagazin US News & World Report kommt in einer Betrachtung über die Lage des Dollars im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg zum Eingeständnis: „Der Krieg ist die Ursache aller unserer Dollar- und Budget-Probleme.“

Was schon überall die Spatzen von den Dächern pfeifen, ist nun vor der Weltöffentlichkeit durch Johnson offen eingestanden worden: Der Krieg in Vietnam, den die USA noch vor zwei Jahren gewissermaßen aus der Westentasche zu bezahlen hofften, belastet die amerikanische Wirtschaft immer stärker.

Nach zuverlässigen Schätzungen kostet der schmutzige Krieg gegenwärtig über 2 Milliarden Dollar im Monat. Jeden Tag versickern fast 70 Millionen Dollar im Dschungel von Vietnam! Seit Beginn des Krieges haben die USA über 50 Milliarden Dollar aufgewendet — wodurch der Vietnamkrieg „zu der nach dem zweiten Weltkrieg teuersten militärischen Operation geworden ist.“³⁾

Im laufenden Haushaltsjahr rechnet Washington damit, daß dieser Krieg 25,8 Milliarden Dollar (103,2 Mrd. DM) verschlingt. Der gesamte Rüstungs- und Kriegsetat ist mit 79,8 Mrd. Dollar der größte Einzelposten des Budgets. Zwar können die meisten Ausgaben für die Truppe in einheimischer Währung bezahlt werden, aber dennoch wird die amerikanische Devisen- und Zahlungsbilanz durch den Vietnamkrieg auf das schwerste belastet. Allein der Profit, den die Japaner 1967 aus dem Vietnamkrieg gezogen haben, wird auf 1,4 Milliarden Dollar geschätzt. Die Zahlungsbilanzentwicklung im vierten Quartal 1967 machte diese Verschlechterung alarmierend deutlich. Das Defizit wird für das ganze Jahr vorsichtig auf 3,5 bis 4 Milliarden Dollar geschätzt.

Dieses Defizit der Zahlungsbilanz geht mit einem Haushaltsdefizit einher. Nach Schätzungen wird das Haushaltsdefizit im laufenden Fiskaljahr, das am 30. Juni 1968 zu Ende geht, bei rund 20 Milliarden Dollar liegen. Das Haushaltsdefizit des kommenden Fiskaljahres — mit einem um 190 Milliarden Dollar liegenden Gesamthaushalt

— soll durch die Sparmaßnahmen der Regierung geringer ausfallen. Die Ausgaben für Rüstung und Krieg, die in den Fiskaljahren 1966 und 1967 jährlich um 13 bis 14 Milliarden Dollar stiegen, sollen im neuen Budget um weitere 10,4 Milliarden Dollar steigen — einschließlich der damit verbundenen innenpolitischen Programme und der Schuldverzinsung.

Aber auch die Handelsbilanz zeigt kein günstiges Bild. 1967 hatte die Handelsbilanz immerhin noch gegenüber 1966 einen etwas erhöhten Überschuß von schätzungsweise 0,4 Milliarden Dollar. Für 1968 rechnet man jedoch bereits mit einem um 1 Milliarde Dollar verminderten Exportüberschuß.

In diesem Zusammenhang muß man auch die Entwicklungen sehen, die mit den verminderten Goldreserven in den USA im Zusammenhang stehen. Die Goldreserven der Vereinigten Staaten sind unter 12 Milliarden Dollar gesunken. Ende 1957 hatten die Goldbestände noch fast 23 Milliarden Dollar betragen. Von den heutigen Vorräten sind 10,3 Milliarden durch die Deckung der Banknoten, die der Federal Reserve Board suspendieren kann, gebunden. Die „freien Goldreserven“ betragen jetzt nur noch 1,4 Milliarden Dollar. Davon muß man aber praktisch wieder eine Milliarde abziehen, da sie vom internationalen Währungsfond überlassenes und jederzeit zurückforderbares Gold darstellt.

So weit zur Lage und zu den Hauptursachen der ruinösen Entwicklung des US-Dollars.

Katzenbachs Mission in Europa: USA rufen zur Kasse

Bei dieser Lage darf es nicht Wunder nehmen, daß die Verbündeten der Vereinigten Staaten, vor allem die herrschenden Kreise in Bonn, in Sorge geraten sind, haben sie doch den Dollar zur Leitwährung ihres politischen, gesellschaftlichen und militärischen Systems erhoben. Der jetzt verstärkt einsetzende Spardirigismus der USA trifft darum vor allem spürbar die Bundesrepublik. Denn bei der Politik der Unterstützung des Vietnamkrieges und der Aufrechterhaltung einer starken US-Armee auf westdeutschem Bo-

den wird die Bundesregierung besonders hart zur Kasse gebeten werden.

Beim Besuch des Unterstaatssekretärs Katzenbach vom amerikanischen Außenministerium in Bonn wurde schon darüber gesprochen, wie das zur Zeit laufende Devisenhilfe-Abkommen, es läuft am 30. Juni 1968 aus, durch ein neues Abkommen ersetzt werden kann. „Der Volkswirt“ (Nr. 1/1968) sieht dieses Problem wie folgt:

„Die Konsequenz dieses Den-Gürtel-enger-Schnallens innerhalb der USA wird ein verstärkter Druck auf die Verbündeten sein, damit sie die mate-

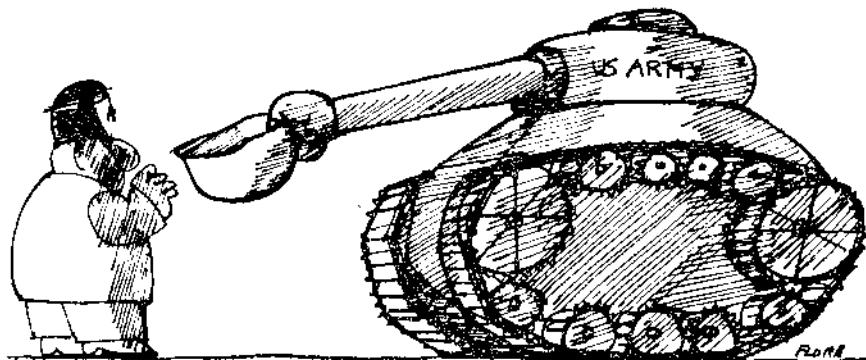
³⁾ „Die Zeit“, Nr. 2/1968

riellen Lasten mehr als bisher mittragen: Weil der Dollar in Druck geriet, wird er auch Druck ausüben. Katzenbachs Besuch in Bonn war das erste Wetterleuchten eines neu heraufziehenden Verhandlungsgewitters in Sachen „Devisenhilfe“.

Die Amerikaner drängen auf weitere große Aufträge für die Bundeswehr. Schon am 11. Januar 1968 meldete die in der Regel sehr gut unterrichtete „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, daß das Bundeskabinett am 10. Januar zwar seine Bereitschaft erklärt habe,

amerikanischen Staatspapieren herbeizuführen.

Das wäre dann schon die zweite Aktion zum Erwerb amerikanischer Rüstungsanleihen durch die Bonner Regierung. Im zur Zeit laufenden Deviseausgleichsvertrag übernahm die Bundesregierung die Verpflichtung, in den USA für 1,2 Milliarden DM (300 Millionen Dollar) Waffen zu kaufen, die Deutsche Bundesbank übernahm für insgesamt 2 Milliarden DM (500 Millionen Dollar) mittelfristige US-Schatzanweisungen.



Devisen: Devisen!

„im Maße des Möglichen“ zur Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz beizutragen, gleichzeitig aber zu erkennen gegeben habe, daß die Neutralisierung der amerikanischen Deviseausgaben nicht durch höhere Waffenkäufe erreicht werden könne. Die Bundesregierung werde sich vornehmlich darum bemühen, den Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz durch den Erwerb von amerikanischen Schulscheinen oder kurzfristigen

Hier muß ganz eindeutig vermerkt werden: die Kiesinger-Regierung ist bereit, mit Milliardenbeträgen den schmutzigen Krieg in Vietnam zu finanzieren. Faktisch bedeutet der Erwerb von amerikanischen Schulscheinen und Staatspapieren Beteiligung an einer amerikanischen Kriegsanleihe. Und das zu einer Zeit, da sich Wirtschaft und Finanzen in beträchtlichen Schwierigkeiten befinden.

Johnson-Plan deckt Widersprüche auf

In den USA wird Johnsons Plan mehr als zurückhaltend beurteilt. Nach Ansicht des Nationalökonomens der Chase Manhattan Bank, Butler, können die angekündigten Maßnahmen vielleicht eine kurzfristige Besserung hervorrufen, die Ursachen des Fehlbeitrages aber nicht ausräumen. Der Nationalökonom der First National

City Bank, Olson, erklärte, die Kontrollen stellten kein Heilmittel dar und vermöchten nicht, das Vertrauen in den Dollar zu stärken.³⁾

Die Forderungen an Bonn haben gleichfalls Kritik und ein Überdenken der Position zu den USA angeregt. Der „Volkswirt“ bringt dies in Nummer 1/1968 ausführlich in einem Lcitartikel zum Ausdruck. Er schreibt direkt von einer Scheidung der Geister in Bonn und spricht von zwei Fraktionen: „Die

³⁾ Alle Angaben aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 4. Januar 1968

eine „Fraktion“ verweist auf den ihrer Meinung nach alles in allem gar nicht so hohen Preis für die Sicherheit der Bundesrepublik, die ohne Anwesenheit ausreichend starker US-Verbände nicht gewährleistet wäre. Die andere Fraktion meint, die Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA sei ohnehin zu groß... zusätzliche Zahlungen seien unsinnig, da die deutschen Interessen im amerikanischen Kalkül ohnehin eine untergeordnete Rolle spielen.“

Der „Volkswirt“ schreibt, daß die ganze Aktion zur Sicherung des Dollars ein „Teil eines Konzepts“ ist, „das darauf abgestimmt wurde, sich in Vietnam... durchzusetzen, auch wenn dies noch längere Zeit in Anspruch nehmen sollte“. Alarmierend ist daher die weitere Feststellung, daß durch „die umfas-

sende politisch-ökonomische Verflechtung der Bundesrepublik mit den USA, Bundesregierung und Bundestag gar nicht anders könnten, als den Amerikanern entgegenzukommen“. Das heißt, hier bieten sich schon, publizistisch vorbereitet, die herrschenden Kreise in Bonn als weitere stramme Erfüllungsghilfen der USA an.

Die schon zitierte Zeitschrift US News & World Report nennt das Problem für die amerikanischen Bundesgenossen offen beim Namen: „Es gibt wirklich keine Mißhelligkeit in den US-Finanzen und beim Dollar, die ein Ende des Vietnamkrieges nicht beheben könnte.“ Das betrifft zu gleicher Zeit auch Grundfragen der Politik der Bundesregierung und ihres gesamten Rüstungskurses.

Dollardruck nicht schwächer sondern stärker

Vor einigen Monaten hatte der Harvard-Professor Harvey Brooks in einer OECD-Studie geschrieben: „Europa befindet sich gegenwärtig auf einem allmählichen Abstieg zu einer Art von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kolonialismus.“ Brooks spielt dabei u. a. auf die Dollarinvasion und auf die Abwerbung von Wissenschaftlern aus den westeuropäischen Staaten an.

Es wurde schon vermerkt, daß die amerikanischen Großkonzerne durch Johnsons Maßnahmen verstärkt auf den europäischen Kapitalmarkt verwiesen werden, denn darauf laufen die Kontrollen Washingtons letzten Endes hinaus, eine Höchstgrenze für den Abfluß von US-Dollarbeträgen für das Kapitalanlagegeschäft festzulegen. Es

„1967 wurden von den USA-Tochtergesellschaften Anleihen in Westeuropa auf dem Kapitalmarkt im Gesamtwert von 1,9 Md. Dollar aufgenommen. Nach dem Johnson-Plan wird sich dieser Betrag im kommenden Jahre nicht unwe sentlich erhöhen, denn die USA-Konzerne werden auch durch Washington bei der Selbstfinanzierung ihrer Töchter in Europa eingeschränkt werden. Nur 35 Prozent der bisher erwirtschafteten Jahresgewinne und der von den Muttergesellschaften transferierten Beträge dürfen für Selbstfinanzierungszwecke zurückgehalten werden. Auch das zwingt die USA-Tochtergesellschaften, noch stärker den Kapitalmarkt in Westeuropa in Anspruch zu nehmen.“

ist irreführend, wenn einige Zeitungen behaupten, daß diese Anordnung der Dollarinvasion Grenzen setzen würde. Die amerikanischen Konzerne weisen gerne darauf hin, daß die Devisenerlöse aus den Auslandsinvestitionen immer noch den laufenden Kapitalexport übertroffen hatten, 1965 und 1966 hatte einem Kapitalabfluß von jeweils 3,4 Milliarden Dollar ein Prostrückfluß von jeweils rund 4 Milliarden Dollar gegenübergestanden. In den letzten 17 Jahren (1950—1966) summierter sich der Netto-Zahlungsbilanzgewinn im Bereich der privaten Auslandsinvestitionen sogar auf 13,5 Milliarden Dollar. Es müssen also andere Gründe maßgeblich sein, die Johnson veranlaßten, eine neue Strategie der Dollarinvasion, ausgehend von den erreichten Positionen, einzuleiten.

Es geht der Administration in Washington darum, eine Lösung zu finden, die den US-Kapitalmarkt für die Kriegsfinanzierung entlastet und den europäischen Kapitalmarkt in die amerikanische Kriegs- und Wirtschaftsstrategie stärker einbezieht.⁴⁾ Schon kündigt man in den westeuropäischen Hauptstädten an, daß der Wettbewerb am Eurodolarmarkt stärker wird. „Wenn die Zinsen steigen“, so schreibt die „Zeit“ vom 12. Januar 1968, „sind die Amerikaner im Vorteil, weil ihre Unternehmen rentabler arbeiten. Eine Untersuchung hat ergeben, daß die Tochtergesellschaften von US-Konzer-

nen in England einen fast doppelt so hohen Gewinn erzielen, wie britische Firmen.“ Die „Zeit“ hat recht, wenn sie schreibt, daß die europäische Industrie durch die Johnson-Anordnung höchstens eine Atempause gewinnen kann. Der bekannte französische Publizist Jean Jacques Servan-Schreiber schrieb kürzlich in einem aufsehenerregenden Buch „Le défi américain“ (Die amerikanische Herausforderung): „Die dritte industrielle Weltmacht nach den USA und der Sowjetunion könnte in 15 Jahren nicht Europa, sondern die amerikanische Industrie in Europa sein.“

Insgesamt zeigt sich somit, wie die amerikanische imperialistische Politik und die Rolle des Weltgendarmen die

Finanzen und die währungspolitischen Positionen der USA verschlechtern. Zugleich zeigt sich auch, wie sehr die Bundesgenossen der USA in diesen Sog mit hineingezogen werden. Damit erweist sich noch einmal, wie recht alle jene haben, die wie wir Kommunisten von der Bundesregierung eine Politik der Verständigung und die Preisgabe aller Positionen fordern, die zur Hilfestellung für den schmutzigen amerikanischen Krieg in Vietnam und für die Dollarinvasion aufgebaut wurden. Das bedeutet vor allem: Einstellung der Milliardenzahlungen für Waffenkäufe und des Devisenausgleichs an die USA, und eine Unterbindung weiterer Überfremdung unserer Wirtschaft durch das USA-Kapital.

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Was steckt hinter der Konvergenztheorie?

In den letzten Jahren versuchen eine Reihe bürgerlicher Ideologen mit Hilfe einer neuen „Theorie“ von der wechselseitigen Angleichung der beiden Weltsysteme, auch Konvergenz-

theorie genannt, die sozialistischen Länder auszuhöhlen und aufzuweichen und die Arbeiterbewegung zu verwirren.

Was ist der wesentliche Inhalt der Konvergenztheorie?

Infolge der technischen Revolution, so argumentieren die imperialistischen Ideologen, „verliert der Sozialismus immer mehr seine spezifischen Eigenschaften und gleicht sich dem Kapitalismus an.“ Andererseits wird vom modernen Kapitalismus gesagt, daß er sich dem Sozialismus annähern würde. So schrieb die amerikanische „Business Week“ (New York, Nr. 1869 vom 26. 6. 1965):

„Während Rußland zögernde Schritte zum Kapitalismus hin tut, übernehmen viele westliche Länder dies und jenes von der sozialistischen staatlichen Planung. So ergibt sich ein recht

pinkantes Bild: Die Kommunisten werden weniger kommunistisch, die Kapitalisten weniger kapitalistisch, nach Maßgabe dessen, wie die beiden Systeme sich auf einer mittleren Ebene nähern.“

Weiterhin wird gesagt, daß durch die wissenschaftlich-technische Revolution der Sozialismus „liberaler“ werde. Angeblich würde dies wiederum zu einer Annäherung an den Kapitalismus führen. Gleichzeitig erhöhe die wissenschaftlich-technische Revolution den Lebensstandard und den Wohlstand der Menschen. Das würde letzten Endes ihrer Ansicht nach zu einer Verbürgerlichung der Menschen führen, und die ideologischen Differenzen zwischen den beiden Systemen würden dadurch immer mehr zurücktreten.

*) Das Buch erreichte in drei Monaten in Frankreich eine Auflage von 400 000 Exemplaren und wurde zum Bestseller des Jahres. Das Buch erscheint 1968 bei Hoffmann und Campe in Hamburg.

Was soll mit dieser Theorie erreicht werden?

Die weltanschauliche Funktion dieser „Theorie“ besteht in der Leugnung des Sozialismus als historisch-gesetzmäßige Alternative zum Kapitalismus. Eine Reihe von Ideologen des Monopolkapitalismus und die imperialistische Propaganda bedienen sich dieser Konzeption, um den historischen Materialismus zu widerlegen, die Sinnlosigkeit der sozialistischen Revolution zu beweisen und die Massen von den Idealen des Sozialismus abzubringen. Wovon die Anhänger der Konvergenztheorie auch ausgehen mögen: diese Theorie selbst ist schon ein Beweis für den Bankrott der bürgerlichen politischen Ökonomie, die bisher die Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus zu beweisen versuchte und heute die Konvergenz (Angleichung) festzustellen glaubt. Die soziale Wurzel ist das bürgerliche Klassenbedürfnis nach einer Ersatzperspektive, das durch Niedergagen des Imperialismus, wie der raschen Entwicklung und Stärkung des sozialistischen Weltsystems, der

antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und durch die sozialen und politischen Bewegungen in den eigenen Ländern verstärkt wird. Sie soll den Massen eine Zukunft bieten. Diese aber wird durch die Praxis in den imperialistischen Ländern ständig widerlegt.

Das Wunschedenken der Theoretiker der Konvergenztheorie läuft darauf hinaus, auf längere Sicht eine Spaltung des Sozialismus herbeizuführen. Die „Theorie“ ist deshalb u. a. auch Bestandteil der neuen Ostpolitik der imperialistischen Mächte, zum Beispiel der USA und der Kiesinger-Regierung. Sie wollen durch verstärkte politische und ideologische Einwirkung auf die Länder des Sozialismus ihren Einfluß verstärken und den Boden für eine kapitalistische Restauration vorbereiten. So ist die Konvergenztheorie ein Instrument der gegenwärtigen antikommunistischen globalen Strategie und Taktik des modernen Imperialismus.

Gibt es nun wirklich eine Annäherung der beiden Systeme?

Überflächlich betrachtet gibt es in beiden Systemen Entwicklungen, die sehr ähnlich gelagert sind. So muß zum Beispiel in beiden Systemen die wissenschaftlich-technische Revolution gemeistert werden. Diese aber wiederum verlangt in zunehmendem Maße eine Planung und Regulierung der Wirtschaft. Früher verspottet, wird die Planung für das Monopolkapital immer notwendiger, da es sich einem von Jahr zu Jahr ökonomisch, politisch und militärisch stärker werdenden sozialistischen Weltsystem gegenüberstellt. Aber aus der staatsmonopolistischen Planung und Lenkung der Wirtschaft, kann die Konvergenz nicht abgeleitet und bewiesen werden. Die Mittel der Planung und Regulierung der Wirtschaft im modernen Kapitalismus dienen doch dazu, das Profitssystem zu erhalten, und sie werden angewendet, um den Sozialismus und jeden gesellschaftlichen Fortschritt zu bekämpfen. Deshalb ist es falsch, zu behaupten, daß sich der staatspolitische Kapitalismus dem Sozialismus annäherte. Die Tatsache, daß der Kapitalismus gezwungen ist, Formen der

Planmäßigkeit anzuwenden, demonstriert die Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Im Sozialismus dient die Planung dazu, die gesamte Gesellschaft und vor allem die Produktivkräfte harmonisch zu entwickeln. Das aber bedeutet im gesellschaftlichen System des Sozialismus, die sozialistische Demokratie zu entwickeln und die Rechte der Werktätigen ständig zu erweitern.

Die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie wird von den Vertretern der Konvergenztheorie als „Liberalisierungsprozeß“ dargestellt. In diesen Darlegungen wird die Entwicklung der Produktivkräfte mechanisch und ohne Rücksicht darauf, daß sie nur eine Seite der Produktion sind, betrachtet. Die Eigentumsverhältnisse, das heißt die Produktionsverhältnisse spielen keine Rolle. Aber die Entwicklung der Produktivkräfte ist ohne die aktive Einwirkung der Menschen auf und im Produktionsprozeß, der sich unter ganz konkreten gesellschaftlichen Bedingungen vollzieht, nicht denkbar. Die Entwicklung der Tech-

nik hängt vor allem vom Stand der Produktivkräfte in der kapitalistischen wie auch in der sozialistischen Gesellschaft ab.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen sind jedoch abhängig von den Produktionsverhältnissen. Bei einem gleichen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte sind die gesellschaftlichen Auswirkungen im kapitalistischen System völlig andere als unter sozialistischen

Produktionsverhältnissen. Solche Tatsachen wie kollektive Zusammenarbeit, gegenseitige Hilfe und Unterstützung der Menschen werden von den Konvergenztheoretikern bewußt außer acht gelassen. Es gibt also keine Konvergenz zwischen der auf kapitalistischen Eigentum beruhenden Ausbeutergesellschaft und dem auf gesellschaftlichem Eigentum beruhenden Sozialismus. (Peter Baum)

Berichte, Dokumente, Tatsachen

Im Kreuzfeuer der Weltöffentlichkeit

Das Echo auf die Erklärung der Sowjetregierung über die nazistische Entwicklung in der Bundesrepublik

Die Erklärung der Sowjetregierung über die nazistische Entwicklung in der Bundesrepublik, die am 8. Dezember 1967 der Bundesregierung übermittelt wurde, hat sowohl in unserem Land als auch international, ein vielfältiges Echo gefunden. Trotz aller Vorbehalte stellte der „Bonner Generalanzeiger“ fest:

„Besorgte und gutmeinende Politiker in der Bundesrepublik halten die immer wieder formulierten Warnungen Moskaus zum Teil für berüchtigt.“

Die „Kölnische Rundschau“ am 12. Dezember 1967:

„Die öffentliche Diskussion über die NPD ist ganz offensichtlich durch die Sowjetnote vom vergangenen Freitag neu angeregt worden. Vier Tage nach der Überreichung der Sowjetnote erklärte der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Dr. Lunkc, die

NPD sei eine „undemokratische“ Partei. Nach Auffassung von Bundesinnenminister Lücke liege aber für ein Verfahren gegen die NPD noch nicht genügend beweiskräftiges Material vor.“

Die in Turin erscheinende Zeitung „Stampa“ schrieb zu dieser Stellungnahme:

„Die plötzliche Stellungnahme der Bundesregierung gegen die Neonazis, die bis gestern geduldet und vielleicht sogar ermutigt wurden, ist nach Ansicht politischer Beobachter der Bundeshauptstadt auf die Moskauer diplomatische Note zurückzuführen. Deren äußerste Strenge hat Bonn erschreckt. Man fürchtet, daß der aufsehenerregende Schritt des Kremls negative Auswirkungen haben könnte und zwar nicht nur in Osteuropa, sondern auch im Westen.“

Was sind Bonner Dementis wert?

Ungeachtet dieser ersten Reaktion erklärte Bundeskanzler Kiesinger die in der sowjetischen Note getroffenen Feststellungen über das Wiederaufleben des Nazismus in der Bundesrepublik seien Verleumdungen, die den Zweck hätten, die Bundesrepublik als gefährlichen Friedensstörer darzustellen.

Das Politbüro der KPD erklärte dazu in einer Stellungnahme:

„Eine Beleidigung für alle Demokraten unseres Landes ist die revanchi-

stische, militaristische und den Neofaschismus fördernde Politik der Bundesregierung. Die Erklärung der Sowjetregierung ist eine notwendige Warnung, sie ist eine Unterstützung für alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik.“

Die „Basler Nationalzeitung“ stellte zur Reaktion Kiesingers fest:

„Töricht und zugleich entlarvend wirkt die Reaktion Bundeskanzler Kiesingers auf die Note. Wer als zwar Entlasteter, aber immerhin ehemali-

ger PG im Bonner Glashaus sitzt, sollte nicht mit so großen Worten wie „Verleumdung des deutschen Volkes“ um sich werfen, wenn nicht nur Moskau, sondern auch die westliche Welt sich ernsthafte Sorgen um das wuchernde Krebsgeschwür der NPD machen.“

Im Kielwasser von Kiesinger seigeln versuchten auch andere Bonner Politiker die sowjetischen Feststellungen abzuwerten und zu verleumden. So nannnte von Hassel die sowjetische Erklärung ein Dokument des kalten Krieges. Der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jansen, versuchte sie als Randerscheinung abzutun. Die FDP stellte allerdings kritisch fest, daß die Note ein Anzeichen für den gegenwärtigen Stand der Beziehungen ist, die heute schlechter als je zuvor sind.

Zur Warnung der Sowjetunion vor dem Wiederaufleben des Neonazismus sagte Kiesinger:

„Ich glaube, daß ein übereiltes Verbot der NPD nicht die ganz richtige Reaktion wäre.“

Stimmen echter Besorgnis

Das Funktionärsorgan der IG-Metall, „Der Gewerkschafter“, stellte dagegen in seiner Dezemberausgabe fest:

„Machen wir uns nichts vor: Die NPD ist keine Bagatelle mehr, über die man zur Tagesordnung übergehen kann... Es wächst das beklemmende Gefühl. Je mehr von der Spitze des Eisberges sichtbar wird, umso gewisser kann man auf Umfang und Tiefgang schließen. Die Grundlage ist die restaurative Entwicklung der Bundesrepublik.“

Die „Deutsche Volkszeitung“ stellte fest:

„Die Saat einer 20jährigen CDU/CSU-Politik geht auf. Der Rechtsradikalismus steckt tief im Organismus dieses Staates, in seinen Institutionen.“

Die KPD wies bereits in früheren

Und Bundesinnenminister Lücke:

„Ich bin gegen ein Verbot der NPD. Jawohl, das entspricht meiner Grundhaltung.“

Und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, gegenüber der „Gewerkschaftspost“:

„Ein Verbot der NPD setzt voraus, daß dieser Partei vor dem Bundesverfassungsgericht verfassungswidriges Verhalten nachgewiesen werden kann. Juristen sagen uns, daß ein solcher Nachweis heute zumindest problematisch sei.“

Bundestagspräsident Gerstenmaier im Fernsehen:

„Ich bin, so wie die Dinge jetzt stehen, entschieden gegen ein Verbot.“

Und in der „Weltwoche“ vom 1. Dezember 1967 halte Gerstenmaier erklärt:

„Die CDU/CSU läßt sich nicht auf die Position festlegen, die Koalitionsfähigkeit der NPD für alle Zukunft zu verneinen.“

Verlautbarungen darauf hin, daß die NPD der Zwillingsbruder der CDU/CSU ist, daß der Neonazismus nur auf der Grundlage der Politik des Militarismus und Revanchismus gedeihen kann. Als im Dezember 1966 die Regierung der Großen Koalition gebildet wurde, bezeichnete das ZK der KPD in einer Erklärung diese Regierung als eine Regierung des Rechtskurses. Zum Regierungsprogramm der Großen Koalition stellte das ZK der KPD fest:

„Diese Pläne machen deutlich, daß der Kurs der Regierung eindeutig nach rechts geht. Die Diskreditierung der Demokratie und der Parlamente, die Preisgabe nationaler Interessen, die Förderung von Chauvinismus und Revanchismus durch die unselige Allianz Strauß/Wehner ruft die große Gefahr hervor, daß die neonazistische NPD noch mehr Spielraum und weiteren Auftrieb erhält.“

KPD: Rechtskurs macht NPD hoffähig

In seinem Interview mit der „Sozialistischen Korrespondenz“ Anfang des vergangenen Jahres sagte der 1. Sekretär des ZK der KPD, Max Reimann, unter anderem:

„Wie anders als einen Rechtskurs soll man eine Entwicklung nennen, die die NPD hoffähig macht und ihr immer mehr Spielraum gewährt, wobei zugleich die Repräsentanten von Na-

tionalismus und Chauvinismus auch in anderen Parteien ihren Einfluß verstärken. Der Wettkampf zwischen CDU/CSU und SPD-Führung in Antikommunismus, Nationalismus und Revanchepolitik gibt dem Neonazismus einen gefährlichen Auftrieb. So wirken die gleichen Rechtstendenzen an denen die Weimarer Republik zugrunde ging. Mit dem Eintritt in die Regierung der Großen Koalition vollzieht die SPD-Führung eine Off-

nung weit nach rechts, während sie gleichzeitig schärfste Frontstellung nach links gegen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, gegen die eigenen Anhänger und alle demokratischen Kräfte bezieht.“

Die Entwicklung des Jahres 1967 hat die Einschätzungen und Voraussagen der KPD vollauf bestätigt. Nicht zuletzt zeigte der Parteitag der NPD in Hannover, daß diese Partei die direkte Nachfolgeorganisation der NSDAP ist.

Die völkerrechtliche Verpflichtung der Bundesregierung

Die Sowjetregierung wies in ihrer Erklärung darauf hin, daß es Pflicht aller Teilnehmerstaaten des Potsdamer Abkommens ist, dafür zu sorgen, daß Sinn und Geist des Abkommens auf dem Territorium der Bundesrepublik strikt eingehalten werden. Im Potsdamer Abkommen heißt es:

„Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Tätigkeit und Propaganda ist vorzubeugen.“

Im Potsdamer Abkommen heißt es weiter:

„Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen.“

Die NPD ist nicht nur in ihren Programmpunkten eine Nachfolgeorganisation der NSDAP, auch der Großteil ihrer Funktionäre hat unter dem

Hitlerregime wichtige Posten bekleidet.

Im Fernsehgespräch am 14. Dezember 1967 behauptete Bundestagspräsident Gerstenmaier:

„Die sowjetische Note brachte gar nichts Neues. Sie wiederholt die alte These, daß eben die Deutschen geborene Militaristen und Revanchisten seien.“

Auch das ist eine Lüge. Die Note der Sowjetregierung zeigt, daß die Sowjetmenschen und die KPdSU um den Frieden ganz Europas besorgt sind. Daß sie das Volk der Bundesrepublik nicht mit den Militaristen, Revanchisten und Neonazisten in Regierung und NPD gleichsetzt.

In der sowjetischen Note heißt es:

„Die Hitlerschen Spekulationen auf den deutschen bürgerlichen Nationalismus haben das deutsche Volk beinahe eine ganze Generation junger Deutscher gekostet, deren Leichen die Felder Europas bedeckten. Nur Leute, die sich vorsätzlich das verbrecherische Ziel gesetzt haben, die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erneut mit dem Antikommunismus und Militarismus zu vergiften, können derartige Lehren der Vergangenheit außeracht lassen.“

Die wahren Verleumder am Pranger

Das Organ der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, „Gewerkschaftspost“, stellt zu den verleumderischen Behauptungen von Kiesinger und Gerstenmaier fest:

„Entlarvend für den Geisteszustand bestimmter rechtsbürgerlicher Kreise in der Bundesrepublik ist die erste Reaktion auf die Sowjetnote. Diese Herrschaften müßten sich eigentlich

genau an die geschichtlichen Vorgänge erinnern. Franz-Josef Strauß hatte den traurigen Mut, den Sowjets zu unterstellen, sich die NPD als Schreckgespenst aufzubauen. Er meinte, man habe fast den Eindruck, daß „Moskau“ die NPD wünsche, damit eine bestimmte Art antideutscher Propaganda aufrechterhalten wird.“

Und Bundeskanzler Kiesinger sprach schlicht von Verleumdung. Eine solche Mißachtung der Sorgen der Sowjetregierung — und so kann man ohne weiteres hinzufügen — des russischen Volkes ist eine unerträgliche Anmaßung. Kiesinger warnt vor vorschnellen Entschlüssen. Von Strauß weiß man nicht genau, ob er sogar die Koalitionsfähigkeit der NPD in seine Rechnung einbezieht. Muß man nach den Schrecken des Dritten Reiches wirklich davor warnen, mit den Neo-

nazisten zu paktieren? Wenn die Dinge in der Bundesrepublik so weitertreiben, wird es spätestens bei der Bundestagswahl 1969 ein schlimmes Erwachen geben. Vielleicht droht ein ähnlicher Erdrutsch wie 1930, als die Nazis plötzlich mit über 100 Mandaten in den Reichstag einzogen. Man muß in der Bundesrepublik endlich die Berichtigung der von Reichskanzler Wirth geprägten These begreifen, „der Feind steht rechts.“

Antifaschistische Sammlung Gebot der Stunde

Die KPD hat nicht nur bloßgelegt, wo die Wurzeln des wiedererstehenden Nazismus, die Erfolge der NPD, zu suchen sind. Sie hat immer wieder zur Sammlung aller demokratischen Kräfte aufgerufen, weil nur durch eine grundlegende Änderung der Politik der Bundesrepublik der neonazistischen Gefahr der Boden entzogen werden kann.

Das Politbüro der KPD hat sich in seinen Stellungnahmen zur Erklärung der Sowjetregierung am 11. Dezember und neuerdings aus Anlaß der 35. Wiederkehr der Machtübernahme der Faschisten insbesondere an die sozialdemokratischen Genossen gewandt und sie zu entschlossenen Aktionen gegen den Neonazismus aufgefordert. In seiner Stellungnahme vom 11. Dezember 1967 erklärte das Politbüro der KPD:

„Es ist notwendig, der revanchistischen und auf die Zerstörung des Grundgesetzes gerichteten Politik der Bundesregierung entgegenzutreten, weil sonst der Boden nicht beseitigt wird, aus dem der Neonazismus wuchert. Es geht darum, eine

neue Politik in der Bundesrepublik durchzusetzen: eine Politik, die Schluß macht mit dem Revanchismus, die bestehenden Grenzen anerkennt, auf Alleinvertretungsanmaßung und Anspruch auf Miteinander oder Mitverfügung an Atomwaffen verzichtet. Die demokratischen Rechte und Freiheiten müssen gerettet, die Notstandsgesetze müssen verhindert, das Treiben der Neonazis muß unterbunden, die Legalität der KPD wieder hergestellt werden.“

Im offenen Brief an die Sozialdemokraten vom Januar 1968 fordert die KPD mit allen Demokraten die sofortige Auflösung der NPD, die Beseitigung „von nazistischer und völkerverhetzender Propaganda aus Presse, Funk, Fernsehen, Schule, Film und Literatur, wie es das Grundgesetz gebietet.“ Die KPD gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß Kommunisten und Sozialdemokraten, mit den Gewerkschaften und allen Demokraten die Kraft haben „dem Neonazismus den Weg zu versperren, um eine demokratische und friedliche Zukunft unserer Heimat zu gestalten.“

Hört den deutschen Freiheitssender 904

Jeden Abend um 19.00 Uhr, 21.00 Uhr, 22.30 Uhr

Jeden Morgen um 4.30 Uhr, 5.00 Uhr, 5.30 Uhr

Hört die Welle des Deutschen Freiheitssenders 904 = 331,9 m

Für die Mappe des Propagandisten

Eine Wirtschaftsbilanz des sozialistischen Weltsystems

I.

Das sozialistische Weltsystem besteht etwa zwei Jahrzehnte. Es entwickelt sich unter komplizierten, schwierigen Bedingungen, dennoch gewinnt es dem Kapitalismus siegesgewiß eine Stellung nach der anderen ab.

Wirtschaftlich haben die sozialistischen Länder ein Mehrfaches des Vorkriegsstandes erreicht. Im Laufe von 15 Jahren (1951—1965) ist die industrielle Produktion aller sozialistischen Länder zusammen auf das 5,1fache gestiegen.

Einst schwachentwickelte Länder wie Rumänien, Bulgarien oder Jugoslawien verfügen nun über eine Schwerindustrie (Metallurgie, Maschinenbau, Energiewirtschaft, Chemie). Dank der Industrialisierung können diese Länder die materiell-technische Basis des Sozialismus schaffen und ihre Souveränität und Unabhängigkeit ökonomisch untermauern.

Hier einige Angaben dazu:

Wachstum der industriellen Produktion im Jahre 1965

	Steigerung gegenüber dem Vorkriegsstand	Gegenüber dem von 1950 stand auf das das
UdSSR	7,9fache	4,6fache
DDR	4,2fache	3,9fache
Polen	11,1fache	5,1fache
Rumänien	9,6fache	6,5fache
Ungarn	6,1fache	3,9fache
Bulgarien	21,0fache	6,9fache
Tschechoslowakei	5,2fache	3,6fache
Jugoslawien	7,5fache	4,3fache
Albanien	34,8fache	8,4fache

Groß sind die Leistungen der sozialistischen Staaten in der Landwirtschaft. In den meisten Ländern ist die Umbildung der kleinen Warenproduktion in eine sozialistische Genossenschaftsproduktion vollendet. Die Bruttonproduktion der Landwirtschaft aller sozialistischen Staaten ist von 1951 bis 1965 schätzungsweise auf das 1,6fache gestiegen. Die Sowjetunion brachte 1966 den größten Erntertrag in der Geschichte des Landes ein.

Die sozialistischen Länder entwickeln sich wirtschaftlich schneller als die kapitalistischen. In den 15 Jahren, von 1951 bis 1965, wuchs die Industrie der sozialistischen Länder 2,8mal so rasch wie die der entwickelten kapitalistischen Länder. Nimmt man den Zeitraum von 1951 bis 1964, so vergrößerte sich die Produktion bei Roheisen, Kohle und Zement in den sozialistischen Ländern 1,7mal so rasch wie in der Welt überhaupt, bei Erdöl doppelt so rasch, bei Stahl, Strom, Kunstdünger, Baumwolle und Wollgeweben sowie Streuzucker 1,5- bis 1,6mal so rasch.

In der Sowjetunion, dem höchstentwickelten unter den sozialistischen Ländern, waren die wirtschaftlichen Zuwachsralten größer als in den Vereinigten Staaten. Das gilt sowohl für die fünfziger Jahre als auch für das jetzige Jahrzehnt. Verglichen mit den USA waren die Zuwachsralten der UdSSR auf dem Gebiet des National-einkommens 2,2mal, auf dem der industriellen Produktion 2,4mal, der Agrarproduktion 1,4mal so groß und auf dem der Arbeitsproduktivität in der Industrie um 35 Prozent höher. Die Investitionen wuchsen fast 3mal so rasch.

Die neuen Perspektivpläne der sozialistischen Länder legen ein befreites Zeugnis von ihrem weiteren

Entwicklungstempo ab. Dazu folgende Zahlen:

Geplante prozentuelle Zuwachsraten für 1966—1970 in den sozialistischen Ländern Europas

	Nationaleinkommen	Bruttoproduktion der Industrie	Agrarproduktion im Jahresdurchschnitt	Realeinkommen je Kopf der Bevölkerung*
UdSSR	38—41	47—50	25	30
DDR	28—32	37—40	15	19—21
Bulgarien	50	70	30	30
Polen	34	44	15,8—17,2	10
Rumänien	47	73	26—32	25
Ungarn	19—21	32—36	13—15	14—16
Tschechoslowakei	22—24	28—30	15	17—18
Jugoslawien	43—50	54—61	25	40—45
Albanien	45—50	50—54	71—76	15—17

* Bei Polen und Rumänien: Reallöhne der Arbeiter und Angestellten.

Die Erfolge der sozialistischen Länder sind groß und unbestreitbar. Zugleich darf man auch die bedeutenden Mängel und ungelösten Probleme beim wirtschaftlichen Aufbau der sozialistischen Staaten nicht übersehen. Diese Mängel und Probleme stehen bei der Nutzung der Vorzüge des Sozialismus hemmend im Wege. Davon zeugt das Sinken der Zuwachsraten in der industriellen Entwicklung einiger sozialistischer Länder, das Anfang der 60er Jahre zu bemerken war, wie auch das zu lange dauernde Zurückbleiben der Landwirtschaft und die ungenügende Hebung des Volkswohlstandes in einzelnen Jahren.

Um einen neuen Aufschwung der Volkswirtschaft und eine Hebung ihres Nutzeffekts zu gewährleisten, sind in den sozialistischen Ländern Wirtschaftsreformen angelaufen. Das gilt für die Sowjetunion, die DDR, Ungarn, Bulgarien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien. In Polen wird die Planung stark verändert.

Die Reformen sind vor allem infolge des wirtschaftlichen Wachstums und der gewaltigen Strukturwandelungen in der Volkswirtschaft der sozialistischen Länder nötig geworden. Diese Länder sind in ihrer Entwicklung weit vorangeschritten, so daß die Formen, in denen die Wirtschaft früher betrieben wurde, überholt sind. Den Wandlungen, die so oder anders in allen genannten Ländern im Gange sind, liegt das Bestreben zugrunde, die objektiven Wirtschaftsgesetze und die Vorzüge des Sozialismus besser zu nutzen.

Wie diese oder jene konkreten Probleme in den sozialistischen Ländern gelöst werden, darin gibt es zahlreiche Unterschiede. Maßgebend für alle Reformen ist jedoch das Bestreben, vollkommene Mittel zur Organisierung der Arbeit und der Produktion zu finden, damit die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion jäh gesteigert wird, damit die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung maximal zur Geltung kommen.

III.

Hand in Hand mit der raschen wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Länder geht der Ausbau ihrer wirtschaftlichen Wechselbeziehungen und ihrer Zusammenarbeit.

Die Außenhandelsumsätze der Länder, die dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehören, vergrößern sich etwa 1,5mal so rasch wie ihr jeweiliges Nationaleinkommen. Darum spielen

die außenwirtschaftlichen Beziehungen im Reproduktionsprozeß eine immer größere Rolle.

Die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder nimmt unterschiedliche Formen an. Die wichtigsten von ihnen sind Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, zwischenstaatliche Spezialisierung und Kooperation der Produktion, Handel, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und Finanz- und Kredithilfe.

Der sozialistische Handel vollzieht sich auf der Basis des staatlichen Außenhandelsmonopols. Zum Unterschied vom kapitalistischen Markt ist er stabil und krisenfest. Es ist interessant festzustellen, daß die RGW-Länder im Handelsbereich einiger sind als die EWG-Länder. Der Anteil des gegenseitigen Handels der RGW-Länder an ihrem gesamten Handelsvolumen ist doppelt so groß wie unter den EWG-Partnern.

Internationalisierung des Wirtschaftslebens, plannmäßige Vertiefung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung und Ausbau der Außenhandelsbeziehungen sind unbestreitbare und markante Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Länder.

Lenin wies im Zusammenhang mit den Perspektiven des internationalen sozialistischen Aufbaus darauf hin, daß sich die staatlichen und nationalen Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern „noch sehr, sehr lange sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten“ werden. Zugleich war er der Ansicht, daß in letzter Instanz die bereits im Kapitalismus deutlich zutage tretende Tendenz zur Schaffung einer einheitlichen, nach gemeinsamem Plan vom Proletariat aller Nationen regulierten Weltwirtschaft als Ganzes triumphieren wird.

Die Festigung der Wirtschaft des Weltsozialismus und der Vormarsch zu einer einheitlichen kommunistischen Weltwirtschaft setzen voraus, daß die beträchtlichen Unterschiede im wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstand der sozialistischen Länder überwunden werden. Dieser Prozeß er-

Die sozialistischen Länder haben ihren Außenhandel von 1951 bis 1965 auf das Vierfache gebracht, darunter die RGW-Länder auf das 4,8fache. Fast 70 Prozent des Warenumsatzes der sozialistischen Länder entfallen auf den Handel unter den RGW-Ländern. Im laufenden Planjahr fünf wird der Außenhandel der sozialistischen Länder wiederum beträchtlich erweitert, schätzungsweise um mindestens 50 Prozent.

Im Rahmen gegenseitiger Lieferungen decken die RGW-Mitglieder 98 Prozent ihres Importbedarfs an Steinkohle, rund 90 Prozent an Erdöl- und Erdölprodukten, rund 80 Prozent an Eisenerz, den größten Teil ihres Bedarfs an NE-Metallen, phosphor- und kalihaltigen Rohstoffen, Nutzholz und Baumwolle. Über 95 Prozent ihres Bedarfs an Ausrüstungen und Maschinen decken die sozialistischen Länder aus der Eigenproduktion und im Rahmen des Austausches untereinander.

IV.

faßt sowohl die materiell-technische Basis der gesellschaftlichen Produktion als auch die Produktionsbeziehungen, die Arbeitsproduktivität, den Verbrauch, die Kultur und die Lebensweise.

War die Sowjetunion beim Aufbau ihrer Industrie nur auf sich selbst gestellt, so genießen die Länder, die ihre Industrialisierung erst in Angriff nehmen mußten, die umfassende Unterstützung der UdSSR, ebenso wie sie sich auch die Erfahrungen und technischen Errungenschaften der anderen industriell entwickelten sozialistischen Länder zunutze machen. Die Sowjetunion z. B. erwies und erweist den sozialistischen Bruderländern technische Hilfe beim Bau von 1394 Betrieben, von denen viele bereits die Produktion aufgenommen haben. Sind sie alle angelauft, so werden ihre Kapazitäten betragen: bei Strom 24 Millionen Kilowatt, bei Kohle 55 Millionen Tonnen, bei synthetischem Kautschuk 191 000 Tonnen usw. usf. Die wissenschaftlich-technischen Unterlagen, die die UdSSR den anderen sozialistischen Ländern unentgeltlich übergeben hat, haben einen Wert von fast 9 Milliarden Rubel. An Krediten und Anleihen hat die UdSSR ihnen

mehr als 9 Milliarden Valutarubel zur Verfügung gestellt. Die anderen sozialistischen Länder helfen der Sowjetunion ihrerseits viel bei der Erfüllung ihrer Fünfjahrpläne. Das, was bei der Überwindung der Unterschiede in den Wirtschaftsniveaus und beim Auf-

schwung der Volkswirtschaften aller sozialistischen Staaten bereits geleistet ist, muß als größte Errungenschaft des Weltsozialismus gewertet werden.

(Genadi Soroki, Akademie der Wissenschaften der UdSSR)

Tatsachen aus der DDR

Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1967

Die Statistische Zentralverwaltung der DDR veröffentlichte die Entwicklung der Ergebnisse in der Volkswirtschaft im Jahre 1967. Aus dem Wortlaut geht folgendes hervor:

Das produzierte Nationaleinkommen stieg um 5 Prozent, das sind 4,5 Milliarden Mark. Die Investitionen nahmen um 9 Prozent zu und betrugen 24 Milliarden Mark. Die individuelle Konsumtion der Bevölkerung erhöhte sich um 4 Prozent.

In der Industrie nahm die Warenproduktion um 6,8 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 7,2 Prozent zu. Das staatliche Aufkommen an tierischen Erzeugnissen vergrößerte sich um 4,6 Prozent.

Der Export stieg um 8 Prozent.

Die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche wurde eingeführt. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen ist im Vergleich zu 1965 in den Haushalten mit Kindern um 8 Prozent und in Haushalten ohne Kinder um 6,5 Prozent gewachsen.

Die Zahl der Plätze in Kinderkrippen und Dauerheimen erhöhte sich um 8700, in Kindergärten um 23 200.

An den Universitäten, Hoch- und Fachschulen wurden für das Studienjahr 1967/68 rund 64 800 Studenten immatrikuliert.

Die Zahl der wissenschaftlich-technischen Fachkräfte in den sozialistischen Betrieben und Einrichtungen stieg von 557 000 im Jahre 1966 auf über 590 000.

Volkswirtschaftsplan und Staatshaushalt 1968

Maximaler Zuwachs an Nationaleinkommen und dessen effektivste Verwendung verlangen vor allem:

- hohe wissenschaftliche Leistungen
- Konzentration von Wissenschaft und Technik auf die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte
- kurzfristige Überführung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die Produktion
- Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes hinsichtlich Gebrauchseigenschaften, Qualität und Kosten bei strukturbestimmenden Haupterzeugnissen und Erzeugnisgruppen
- Einführung hochproduktiver Verfahren und Technologien
- Vervollkommenung der wirtschaftlichen Rechnungsführung
- Entwicklung eines wissenschaftlichen Systems der sozialistischen Betriebswirtschaft
- wissenschaftliche Gestaltung der Kooperationsbeziehungen
- schöpferische Masseninitiative der Werktägigen in der Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung im sozialistischen Wettbewerb

Der Hauptweg: die komplexe Rationalisierung durch Automatisierung und Mechanisierung ganzer Produktionsprozesse.

Enge Koordinierung der Perspektivpläne der Volkswirtschaft der DDR und der UdSSR, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Weiterentwicklung der Kooperation der Industrieproduktion.

Hauptkennziffern für 1968

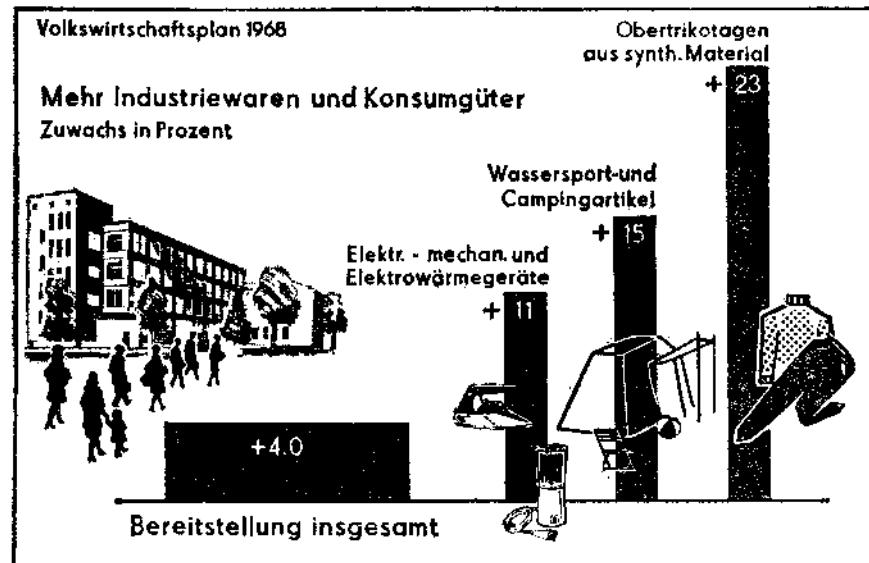
In Prozent von 1967

Produziertes Nationaleinkommen

105,4

Fondsrentabilität der volkseigenen Industrie und des Bauwesens	116,5
Industrielle Warenprodukt.	106,4
Bau- u. Montageproduktion	107,5
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	102,7
Investitionen	110,7
Außenhandelsumsatz	107,0
Warenfonds	103,9
Arbeitsproduktivität in volkseigener Industrie und Bauindustrie	107,0

höchste Effektivität der eingesetzten Fonds führen. Mit kleinstem Aufwand höchstmöglichen Ertrag sichern. Mehr als 38 Prozent der Gesamtausgaben des Staatshaushalts für Bildung, geistig-kulturelle Leben und gesundheitliche und soziale Betreuung. Örtliche Volksvertretungen haben 700 Millionen M mehr als 1967 zur Verfügung. Verschärfung der internationalen Lage erfordert die weitere Stärkung der Verteidigungspotenzen.



Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung steigt um 4 Prozent

Einzelhandel wird für 2,3 Milliarden Mark mehr Waren verkaufen

Erhöhte Reparatur- und Dienstleistungen für die Werkältigen

Zuwachs von 3400 Unterrichtsräumen in allgemeinbildenden Schulen, von 21 900 Plätzen in Einrichtungen der Tageserziehung, von 31 800 Plätzen in Kindergärten und 9600 Plätzen in Kinderkrippen

Bessere Wohnverhältnisse für etwa 300 000 Bürger.

Der Staatshaushalt der DDR

Staatshaushaltplan widerspiegelt stabile Entwicklung. Hauptproblem für 1968: Überall den Kampf um

Mehr Mittel für Gesundheitswesen

Fast 5,5 Milliarden Mark stehen dem Gesundheits- und Sozialwesen in diesem Jahr aus dem Staatshaushalt für die medizinische Betreuung der Bevölkerung der DDR zur Verfügung. Bei den im Volkswirtschaftsplan festgelegten Aufgaben treten 1968 die Prophylaxe sowie die Früherfassung und -diagnostik immer stärker in den Vordergrund. Noch intensiver als bisher soll die ambulante und stationäre Betreuung der Werkältigen erfolgen. Die Zahl der Ärzte in der Republik auf je 10 000 Einwohner wird sich bis 1970 auf 15 erhöhen. Im gleichen Zeitraum erweitert sich auch das Netz der ärztlichen und zahnärztlichen Einrichtungen um etwa 2500 Arbeitsplätze.

Über zwei Millionen kamen zu Wort

Die Pressestelle des Bundesvorstandes des FDGB gibt folgende Ergebnisse der Wahlen in den Gewerkschaftsgruppen bekannt: An den Mitgliederversammlungen zur Wahl der Gruppenfunktionäre beteiligten sich 85 Prozent der Mitglieder. 1963, in Vorbereitung des 6. FDGB-Kongresses, betrug die Beteiligung 80 Prozent. An der Diskussion in den Wahlversammlungen nahmen 2,2 Millionen Kollegen teil.

In den 208 721 Gewerkschaftsgruppen wurden insgesamt 757 750 Funktionäre gewählt. Unter den neuen Vertrauensleuten, Kulturobleuten, Bevollmächtigten für Sozialversicherung und Arbeitsschutzbüroleuten befinden sich 320 455 Frauen, das sind 63 144 mehr als 1963.

Über 103 000 Jugendliche und mehr als 68 000 Angehörige der Intelligenz übernahmen in den Gewerkschaftsgruppen Funktionen. Der Verlauf der Wahlen zeigte, daß die Leitungen die Interessen der Mitglieder immer wirkungsvoller vertreten.

Ausbildung

Gegenwärtig werden etwa 500 000 Lehrlinge in 1145 Ausbildungsstätten der DDR von 37 880 Lehrern und Lehrmeistern ausgebildet. Bis 1970 werden jährlich etwa 200 000 junge Menschen in den Ausbildungsprozeß aufgenommen und zu hochqualifizierten sozialistischen Facharbeitern er-

zogen und ausgebildet. In die Abiturklassen der Berufsausbildung kommen in jedem Jahr 8000 Jungen und Mädchen, die zuvor erfolgreich die 10. Klasse der Oberschule abgeschlossen haben.

Berufsberatung

Um die jungen Menschen auf die zukünftigen Erfordernisse der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten, muß die Berufsberatung verbessert werden. Hier leistet der Bezirk Cottbus eine vorbildliche Arbeit. Ausgehend von der volkswirtschaftlichen Entwicklung im Bezirk wurde eine Arbeitsrichtlinie erlassen, die ein System einheitlicher Maßnahmen für die staatlichen Organe und Betriebe festlegt, um eine langfristige und planmäßige sozialistische Berufsberatung zu verwirklichen.

Neue Fächer

Ab September 1968 werden schrittweise in einigen ausgewählten Berufen neue Fächer eingeführt: Grundlagen der Automatisierungstechnik und Grundlagen der Datenverarbeitung. Zum gleichen Zeitpunkt wird auch der überarbeitete Rahmenlehrplan „Betriebsökonomie“ für alle Ausbildungsberufe eingesetzt. Die langfristige Vorbereitung für alle Kader der Berufsausbildung, die im nächsten Lehrjahr diese Disziplinen unterrichten, hat bereits begonnen.

DAS NEUE BUCH

Seine Theorie wurde zur materiellen Gewalt

Neue Marx-Biographie erschienen

Karl Marx. Eine Biographie. Von Heinrich Gemkow in Zusammenarbeit mit Oskar Hoffmann sowie Heinz Hümmler, Erich Kundel, Karl Obermann, Horst Ullrich, Gerhard Winkler. Berlin: Dietz Verlag 1967. 445 S., 74 Abb. und 2 Karten, Ganzleinen, 6,80 Mark.

I.

Geraade rechtzeitig zum 150. Geburtstag von Karl Marx erschien in der DDR eine Biographie über diesen

größten Sohn des deutschen Volkes, der man mit Sicherheit hohe Auflagen und weite Verbreitung voraussagen

kann. Dem Autorenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr. Heinrich Gemkow ist es in bemerkenswerter Weise gelungen, die ganze Persönlichkeit Karl Marx vor dem Leser lebendig werden zu lassen: den genialen Wissenschaftler, der die Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft und die historische Mission des Proletariats entdeckte und damit die theoretische Grundlage schuf für die weltverändernde kommunistische Bewegung; den glühenden Revolutionär, der als Chefredakteur der „Nenen Rhenischen Zeitung“ in der 48er Revolution für die einzige deutsche demokratische Republik stiftete, der mit Umsicht und Konsequenz die große Internationale Arbeiterassoziation organisierte und leitete, der sich mit den Kommunarden von Paris solidarisierte und in seinen letzten Lebensjahren der anerkannte Führer und Ratgeber des internationalen Proletariats war. Die Biographie läßt den Menschen Karl Marx aber auch lebendig werden als liebenden Gatten, als gütigen Vater, als geduldigen Lehrer, als selbstlosen Freund und Kampfgefährten.

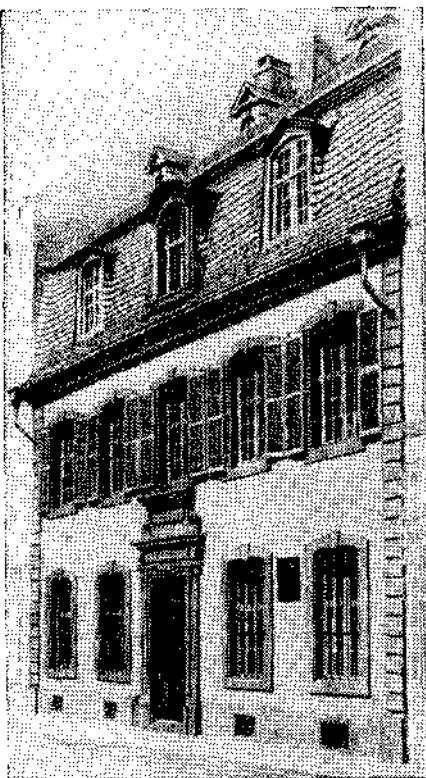
Die Literatur über Marx, auch die biographische, ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik sprunghaft angewachsen, deutlicher Beweis für das weit verbreitete Interesse am Marxismus. Doch was wird da alles als Marx angeboten! Calvez sieht in Marx den Propheten, der dem Proletariat eine dem Christentum verwandte neue Erlösungsreligion stiftete.¹⁾ Kux versucht die Marxsche Lehre aus der Romantik zu erklären.²⁾ Und Künzli bemüht in seinem pseudo-

¹⁾ Jean Yves Calvez SJ: Karl Marx. Darstellung und Kritik seines Denkens. Olten und Freiburg im Breisgau: Walter-Verlag (1964)

²⁾ Ernst Kux: Karl Marx. Die revolutionäre Konfession. Erlenbach-Zürich, Stuttgart: Rentsch (1967)

³⁾ Arnold Künzli: Karl Marx. Eine Psychographie. Wien, Frankfurt, Zürich: Europa Verlag (1966)

wissenschaftlichen Machwerk³⁾ sogar die Psychoanalyse, um Marx alle möglichen Komplexe anzudichten, einen Mutterkomplex, jüdischen Selbsthaß, allgemeine Menschenverachtung, dämonischen Trieb zur Zerstörung und vieles mehr.



Das Geburtshaus in Trier

Diesen Produkten westlicher Marx-tötern ist gemeinsam, daß sie das Wesentliche an Marx' Leben und Werk verkennen oder bewußt entstellen: Der revolutionäre bürgerliche Demokrat Karl Marx stellte sich bereits mit 25 Jahren bedingungslos an die Seite des Proletariats und widmete fortan sein ganzes Leben dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der Ausarbeitung seiner theoretischen Grundlagen.

II.

Gerade diese un trennba re Einheit von Theorie und Praxis im Leben von Marx bringt die neue Biographie treffend zum Ausdruck. Sie ist vom Standpunkt des historischen Materialismus geschrieben und stellt Marx' Leben und Werk im Zusammenhang mit der Entwicklung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung dar. Die besondere Bedeutung des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus für des deutschen Volkes Weg zu Demokratie und Sozialismus wurde klar herausgearbeitet. Die theoretischen Quellen des Marxismus werden gewürdigt, und die Hauptetappen der Herausbildung und Entwicklung des Marxismus werden dargestellt. Da in diesem Zusammenhang auf die wichtigsten Werke von Marx, hervorgehoben seien hier das „Kommunistische Manifest“ und „Das Kapital“, eingegangen wird und damit Grundgedanken des Marxismus vermittelt werden, ist die Biographie auch geeignet, Interessierte erstmals mit dem Marxismus bekannt zu machen und an das Studium marxistischer Literatur heranzuführen.

Bürgerliche Marx-„Spezialisten“ pflegen bei der Behandlung von Marx meistens Friedrich Engels zu ignorieren oder aber angebliche Gegensätze zwischen beiden zu konstruieren. In der vorliegenden Biographie wird

deutlich, welch bedeutende Rolle Friedrich Engels im Leben von Marx spielte als bester Freund und „Intimus“, als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Berater, als uneigennütziger Helfer der Familie Marx. Auch der selbständige Anteil von Engels an der Ausarbeitung des Marxismus wird gebührend gewürdigt und die völlige Übereinstimmung beider in allen wichtigen Fragen nachgewiesen.

Ein besonderer Vorzug dieser Biographie ist es, daß sie nicht nur die historische Persönlichkeit Karl Marx lebendig werden läßt, sondern uns auch den Menschen Karl Marx im Kreise seiner Familie und seiner Freunde nahebringt. Das Leben der Familie Marx im Exil war schwer und entbehrungsreich: jahrelange Sorge um das tägliche Brot, Krankheit, Exmittierung und der Tod dreier Kinder. In dieser Zeit bewährte sich die menschliche Größe von Jenny Marx, die einen großen Teil der täglichen Sorgen von ihrem geliebten „Mohr“ fernhielt, als seine Sekretärin die Korrespondenz erledigte oder Manuskripte abschrieb, um ihm Ruhe für seine wissenschaftlichen Arbeiten zu schaffen. Die Autoren lassen uns auch die fröhlichen Stunden der Familie Marx nacherleben, so zum Beispiel die Wanderungen mit den Kindern, auf denen viel gelacht, gesungen und gespielt wurde.

III.

An der Ausarbeitung der vorliegenden Biographie waren namhafte Marx-Engels-Forscher der DDR, Historiker und Philosophen beteiligt. Darüberhinaus wurden eine ganze Reihe weiterer Gesellschaftswissenschaftler, darunter auch der bekannte Marx-Engels-Biograph Auguste Cornu, konsultiert, so daß hier eine echte Gemeinschaftsarbeit vorliegt, die den neuesten Stand der Wissenschaft auf diesem Gebiet repräsentiert, gleichzeitig aber im besten Sinne populär ist. Die Biographie wendet sich nicht in erster Linie an den Fachgelehrten, sondern an die breite Öffentlichkeit. Lebendig und interessant geschrieben, wird sie sicher ihr Publikum finden.

Der Menschheit zu dienen und die Wirklichkeit menschlich zu gestalten — darin sah der 17jährige Abiturient Karl Marx den Sinn und das Glück des Lebens: „Wenn wir den Stand gewählt, in dem wir am meisten für die Menschheit wirken können, dann können uns Lasten nicht niederbeugen, weil sie nur Opfer für alle sind; dann genießen wir keine arme, eingeschränkte, egoistische Freude, sondern unser Glück gehört Millionen, unsere Taten leben still, aber ewig wirkend fort...“ Indem die vorliegende Biographie zeigt, wie Marx getreu diesem Wahlspruch lebte, wie er im Kampf für die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Krieg

den Sinn und die Erfüllung seines Lebens sah, ist sie besonders geeignet, jungen Menschen Karl Marx als ein

Vorbild nahe zu bringen, dem nachzueifern es sich lohnt.

Elmar Julier

Neue Bücher in der Sowjetunion zum 150. Geburtstag von Karl Marx

Der Chefredakteur der Hauptredaktion für gesellschaftswissenschaftlich-politische Literatur des Pressekomitees beim Ministerrat der UdSSR, A. S. Machow, gab kürzlich der sowjetischen Presse Mitteilungen über Neuerscheinungen aus Anlaß des 150. Geburtstags von Karl Marx. Neben Neuerscheinungen wird in der Sowjetunion der Geburtstag von Karl Marx auch mit Neuauflagen seiner Werke gewürdigt. Nachfolgend einen Auszug aus der „Krasnaja swesta“ vom 6. Januar 1968:

In der Verlagstätigkeit des sowjetischen Staates nahmen die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus schon immer einen führenden Platz ein. Die Bücher von Marx, Engels und Lenin, die zum Leitfaden für Millionen Menschen wurden, erfuhren in unserem Land eine wahrhaft großartige Verbreitung. In den Jahren der Sowjetmacht wurden die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels in der UdSSR 2350 mal in 76 Sprachen herausgegeben. Ihre Auflage betrug 84 Millionen Exemplare. Zum bevorstehenden 150. Geburtstag von Karl Marx wurde die zweite vollständige Ausgabe der gesammelten Werke von Marx und Engels in 39 Bänden abgeschlossen. Als Jubiläumsausgaben erschienen auch das „Manifest der Kommunistischen Partei“, „Das Kapital“ (erster Band) und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU vorbereitet eine Dokumentensammlung „K. Marx, F. Engels und das revolutionäre Rußland“.

Auch für das Jahr 1968 kann ich mehrere Titel nennen, die von führenden Verlagen der UdSSR zum 150. Geburtstag von Karl Marx herausgegeben werden. Dazu gehören die Werke von Marx, Engels und Lenin, Forschungsarbeiten, die dem Begründer des Marxismus gewidmet sind, Memoiren und Erinnerungen an Karl Marx, populärwissenschaftliche Literatur und Anschauungsmaterial für den Unterricht.

Aus der Vielzahl der Neuerscheinungen ist vor allem die von einem Kollektiv sowjetischer Wissenschaftler

unter Leitung von Akademiemitglied P. N. Fedossejew verfaßte „Biographie von Karl Marx“ hervorzuheben. Das ist die erste wissenschaftliche Biographie des Führers und Lehrers des Weltproletariats, die in der UdSSR herausgegeben wird. Ihre Autoren berichten ausführlich über das Leben und die Tätigkeit Marx' und zeichnen den Prozeß der Formierung und Entwicklung der marxistischen Lehre nach. Ebenfalls ein Autorenkollektiv bereitet das Buch „Das große Erbe der Begründer des Marxismus. Über die zweite Ausgabe der gesammelten Werke von K. Marx und F. Engels“ vor. Es soll eine Vorstellung davon geben, welch reicher Ideengehalt in diesen Werken zu finden ist. Großes Interesse wird ohne Zweifel der Sammelband „Russische Zeitgenossen über K. Marx und F. Engels“ finden.

Aus der Vielzahl weiterer Erscheinungen seien nur noch einige Titel der populärwissenschaftlichen Literatur genannt: „Die großen Begründer des Marxismus“ (nach Materialien des Marx-Engels-Museums) von Iwanow und N. Matkowski, „Der junge Marx“ von N. Lapin sowie „Das Kapital und die Methodologie des wissenschaftlichen Forschens“ von G. Jugaja und L. Naumenko.

Einst hat Marx voller Freude und Stolz über Rußland geschrieben: „Die erste Nation, die „Das Kapital“ übersetzt hat, ist die russische...“ Heute tragen die sowjetischen Ausgaben der Werke der großen Lehrer des Kommunismus die weltverändernden Ideen über den ganzen Planeten.

